



Jana Faus, Rainer Faus, Alexandra Gloger

Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland

STUDIE



**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Forum Berlin





Jana Faus, Rainer Faus, Alexandra Gloger

Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland

Qualitativ-quantitative Studie im
Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Berlin

Impressum

ISBN: 978-3-95861-549-6

Herausgegeben von
Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Irina Mohr
Dr. Dietmar Molthagen
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autor_innen
Jana Faus
Rainer Faus
Alexandra Gloger

Lektorat
adlitteras Lektorat & Korrektorat
Matthias Jerger

Umschlagfotos:
dpa Picture Alliance; Meinzahn/istockphoto.com
Icons: Freepik/www.flaticon.com

Gestaltung
Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Druck
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei



© 2016 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin

Inhalt

Vorwort der Friedrich-Ebert-Stiftung	4
1 Einleitung	6
2 Die Gesellschaft bewegt sich: Theoretischer Hintergrund und Relevanz	8
3 Ziel und Ausgangslage: Erkenntnisinteresse und Fragestellung	14
4 Route: Methode und Vorgehensweise	16
5 Rundblick: Die allgemeine Stimmung im Land – was eint und was trennt die Gesellschaft?	22
5.1 Wahrnehmungen zum Leben in Deutschland	22
5.2 Sicht auf Politik, Staat und demokratisches System	28
5.3 Aktuelle Themen	33
5.4 Zusammenfassung: verbindende und trennende Elemente	46
6 Einzelne Etappen: Segmente in der deutschen Bevölkerung	49
6.1 Hintergrund der einstellungsbasierten Segmentierung	49
6.2 Segmentspezifische Einstellungen	51
6.2.1 Sicht auf Politik und Staat	55
6.2.2 Persönliche Situation	56
6.2.3 Einstellungen zu Gesellschaft und Wirtschaft	60
6.2.4 Kurzcharakteristika und Verortung der Segmente	66
6.3 Profilierung der Segmente	69
7 Wohin geht die Reise? Erkenntnisgewinn	78
7.1 für die Gesellschaft	78
7.2 für Politik und politische Bildungsarbeit	82
8 Fazit	88
Anhang: Besuch verschiedener Lebenswelten: Prototypen der Segmente	90
Literatur	123
Abbildungsverzeichnis	126
Die Autorinnen und der Autor	128

Vorwort der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Wie tickt Deutschland?“ Diese ebenso einfach zu stellende wie unmöglich zu beantwortende Frage stand am Anfang der hier vorliegenden Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es gibt viele Analysen, die besagen, dass Gesellschaften immer heterogener werden: Lebensstile individualisieren sich, es bilden sich neue und mehr Subkulturen, die sozialen Medien schaffen durch Algorithmen Teilöffentlichkeiten und politisch sprechen wir schon lange von einer Auflösung traditioneller Parteimilieus.

Hinzu kommt mit Blick auf politische Einstellungen, dass in den letzten Jahren zusätzlich zu dem länger bekannten geringen Vertrauen in Parteien und Politiker_innen die politische Polarisierung zugenommen hat. Das Entstehen einer rechtspopulistischen Bewegung ist dessen sichtbarster Ausdruck. Die stark polarisierte Meinung zur Aufnahme Geflüchteter, zur Europäischen Union oder zur Funktionsfähigkeit und Problemlösungskompetenz des demokratischen Systems in Deutschland sind sichtbarer Ausdruck der Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland momentan vieles trennt.

Aber gibt es bei all dieser Heterogenität und trotz der Polarisierung in einigen Themen dennoch erkennbare politische Gemeinsamkeiten zwischen Bürgerinnen und Bürgern? Lassen sich Gruppen finden, die politisch ähnlich denken und gemeinsame thematische Interessen haben? Um dieser Frage nachzugehen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung die vorliegende Studie vergeben, die zur Aufgabe hatte, eine politische Kartografie der deutschen Bevölkerung vorzunehmen. Für einen Anbieter politischer Bildung ist es von zentraler Bedeutung, die Einstellungen der Bevölkerung zu politischen Grundfragen, zu Demokratie und Parteien ebenso zu kennen wie aktuelle thematische Präferenzen und wahrgenommenen politischen Handlungsbedarf. Das zu erfahren, war Erkenntnisinteresse der Friedrich-Ebert-Stiftung, um ein politisches Bildungs- und Beratungsangebot entwickeln zu können, dass die Bürgerinnen und Bürger interessiert, thematisch auf der Höhe der Zeit ist, bestehende Kontroversen aufgreift und dadurch einen Beitrag zum gelingenden Zusammenleben in Vielfalt leisten kann.

Anders als bei anderen Studien begann diese Studie mit einem leeren weißen Blatt. Ohne einen bereits feststehenden Fragebogen, ohne Leitfaden und ohne Vorannahmen besuchten die Forscher_innen 50 Bürgerinnen und Bürger, um mit ihnen über Politik zu sprechen, über Demokratie und über die Einschätzung der Situation in Deutschland. Und so füllte sich das anfangs leere Blatt mit authentischen Eindrücken und den politi-

schen Gedanken, die man gegenwärtig im Land findet. Ausgehend davon entstand die Kartografie der politischen Landschaft Deutschlands, die schließlich in einer großen Befragung verifiziert und quantifiziert wurde. Die dabei herausgefundenen politisch ähnlich denkenden Segmente der Bevölkerung werden in diesem Band vorgestellt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung legt damit zum einen eine Zustandsbeschreibung der Demokratie in Deutschland vor – sowohl der gelebten als auch der gefühlten. Zum anderen wird deutlich, dass es bei aller gesellschaftlichen Vielfalt durchaus verbindende politische Einstellungen gibt. Und dass es dabei Themen gibt, die die Bevölkerung spalten – ebenso wie klare Wünsche an Parteien und politische Verantwortungsträger_innen. Das Gefühl mangelnder Anerkennung individueller Lebensleistungen ist dabei ebenso zu nennen wie das fundamentale Gefühl, dass es in mancherlei Hinsicht ungerecht zugeht in dem reichen und alles in allem gut funktionierenden Land. Dass Politik immer weiter heruntergebrochen und in immer kleineren und wenig komplexen Häppchen der Bürgerin oder dem Bürger dargereicht werden sollte, kann diese Studie ganz eindeutig nicht belegen. Vielmehr wissen die Menschen durchaus, dass Politik komplex ist, wünschen sich aber trotzdem die Erklärung des jeweiligen politischen Handelns. Und interessanterweise wünschen sich viele der Befragten dabei mehr Vision, mehr Ideen, wie es in Deutschland in 5, 10 oder 15 Jahren aussehen soll, wie wir zusammen leben können und wie sich die Stärken dieses Landes fördern ließen. Alles in allem zeigt die vorliegende Studie: Es ist eine gute Zeit für Politik.

Allen an dieser Studie Beteiligten dankt die Friedrich-Ebert-Stiftung herzlich. Insbesondere den Bürgerinnen und Bürger, die sich für die ersten, ergebnisoffenen Interviews bereit erklärt haben sowie denjenigen, die in Fokusgruppen erste Thesen diskutiert und dabei bestätigt oder verworfen haben.

Auch dieses Buch ist wieder nicht die einzig mögliche und schon gar nicht die einzig wahre Erklärung der politischen Gegenwart. Aber es versammelt sehr viele Gedanken, die sich Bürgerinnen und Bürger gegenwärtig über Deutschland machen und kommt dadurch der Wahrnehmung von Politik nahe. Die hier vorgenommene Kartografie der politischen Landschaft Deutschlands zeigt ein vielgestaltiges Bild der politischen Einstellungen und kann dadurch verstehen helfen, welche Entwicklungen sich momentan in Parteienlandschaft, Medienwelt und soziokultureller Dynamik vollziehen. Deswegen seien diesem Buch viele Leserinnen und Leser gewünscht. Denn demokratische Politik ist dann erfolgreich, wenn sie im Bewusstsein dessen geschieht, was die Bürgerinnen und Bürger denken und wollen – schließlich geht von ihnen die politische Macht in der Demokratie aus.

Dr. Irina Mohr
Friedrich-Ebert-Stiftung
Leiterin Forum Berlin

Dr. Dietmar Molthagen
Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin
Arbeitsbereich empirische Sozialforschung

1 Einleitung

Die heutige deutsche Gesellschaft ist durch zahlreiche Kontraste und scheinbar Unvereinbares gekennzeichnet: Auf der einen Seite steht die zunehmende Flexibilisierung des Alltags und der Arbeitswelt, auf der anderen Seite stehen Hektik, Überforderung und hohe Anforderungen. Mit dem insgesamt hohen Wohlstandsgefühl gehen Armut und soziale Ungerechtigkeit, die Sorge vor sozialem Abstieg sowie Chancenungleichheit einher. Etwas bewahren zu wollen, der Wunsch nach Kontinuität und die Angst vor Veränderung sowie Unbekanntem kennzeichnen die heutige Gesellschaft ebenso wie Modernisierungswünsche und Innovation. Neue Risiken und Gefahren verstärken das Streben nach Sicherheit und erzeugen zugleich neue Unsicherheiten. Gesellschaftliche Werte wie Toleranz und Freiheit treffen auf Stereotype, Diskriminierung und Intoleranz. Globalisierung steht Nationalstaatlichkeit und Regionalisierung gegenüber.

Trotz aller Individualisierung und des Versuchs der Selbstoptimierung scheint ferner eine Sehnsucht nach Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit in der Gesellschaft verwurzelt zu sein, die sich unter anderem in ehrenamtlichem Engagement ausdrückt, aktuell etwa in zahlreichen Flüchtlingshilfeinitiativen. Als Reaktion auf die zunehmende Komplexität von Politik und Gesellschaft (Miegel, 2014) ist jedoch zugleich ein Rückzug in das Private zu beobachten, der das Ausklinken aus dem gesellschaftspolitischen Diskurs und abnehmende Partizipation nach sich zieht.

Die Gesellschaft setzt sich also aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen zusammen, den gesellschaftspolitisch Aktiven und Passiven. Sichtbar wird dies unter anderem an der Wahlbeteiligung, die auf niedrigem Niveau stagniert. Zudem zeigen Ergebnisse der Wahlforschung, dass bestimmte Gruppen der Wahl überdurchschnittlich stark fernbleiben. Andere Bevölkerungsgruppen äußern hingegen den häufig zu ver-

nehmenden Wunsch nach mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.¹ Die Gesellschaft ist folglich komplex und heterogen.

Angesichts dessen stellen sich verschiedene Fragen: Wer sind die Aktiven und wer sind die Passiven? Was unterscheidet die Bevölkerungsgruppen voneinander und welche Eigenschaften, Einstellungen oder Merkmale entscheiden über die Partizipationsbereitschaft der Bürger? Wer sind die Politikfernen, wer sind die Engagierten und welche Anreize können derzeit passive Bürger zur politischen Partizipation motivieren? Welche Themen treiben die Menschen in Deutschland um? Was trennt und was eint verschiedene Segmente der Gesellschaft?

Um diesen Fragen nachzugehen, haben die Forscher von pollytix strategic research im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in einem dreistufigen Forschungsprozess und durch eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Methoden die Bevölkerung in Deutschland unter die Lupe genommen. Sie haben zunächst Einzelinterviews mit Personen geführt, deren Gesamtheit dem Querschnitt der deutschen Bevölkerung entspricht, haben deren Lebenswelt und alltägliche Probleme kennengelernt sowie ihre Einstellungen zu Politik und Gesellschaft erfahren. Diese Ergebnisse wurden anschließend in Gruppendiskussionen bundesweit vertieft und ergänzt. Am Ende des Forschungsprozesses stand eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zur statistischen Validierung der Ergebnisse. Die Erkenntnisse dieser „Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland“ werden in diesem Buch beschrieben.

1 Zur Vereinfachung der Lesbarkeit wird im Folgenden auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen in diesem Buch beziehen sich aber selbstverständlich auf beide Geschlechter.

2 Die Gesellschaft bewegt sich: Theoretischer Hintergrund und Relevanz

Die Gesellschaft unterliegt einem ständigen Wandel. Ökonomische, kulturelle, soziale und politische Entwicklungen wie Digitalisierung, Klimawandel, Flexibilisierung, Globalisierung, Zuwanderung, Mobilität, demografischer Wandel oder Terror beeinflussen die Art und Weise des Arbeitens, Denkens und Zusammenlebens der Gesellschaft. Ein Merkmal von Wandlungsprozessen in der modernen Gesellschaft ist die prinzipielle Unvorhersehbarkeit, mit der Veränderungen häufig auftreten, da sie teilweise längere Zeit verborgen bleiben. Ein weiteres Merkmal ist ihre oft tief greifende und nachhaltige Wirkung (vgl. Faas, Zipperle, 2014). Ein Wandel kann sich über längere Zeit hinweg vollziehen, häufig im Verborgenen oder sehr plötzlich durch massive Veränderungen von Strukturen oder Ereignisse „hereinbrechen“.

Sozialer Wandel kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen und je nach Ausmaß unterschiedliche Gesellschaftsbereiche erfassen. Auf der Makroebene, also die ganze Gesellschaft betreffend, können sich Kultur, Sprache, Tradition oder Sozialstruktur wandeln. Dies schließt die Verteilung von Wohlstand, Bildung, Wohnverhältnisse, Arbeitswelt und Beschäftigung, Gesundheitssystem, Familienleben, Wirtschaft, Politik und Sozialstaat ein. Auf der Mesoebene, also mit Blick auf einzelne Gesellschaftsbereiche, können bestimmte Teilgruppen oder Institutionen der Gesellschaft betroffen sein. Ferner betrifft sozialer Wandel nicht nur die Gesellschaft mit ihren Strukturen, sondern auf Mikroebene auch die einzelnen Gesellschaftsmitglieder mit ihren persönlichen Lebensläufen, ihren Einstellungen oder materiellen Verhältnissen (Weymann, 1998). Das Leben des modernen Menschen ist demzufolge geprägt durch sozialen Wandel und die immer wieder erforderliche Anpassung an neue Strukturen.

Tief greifende Veränderungen der deutschen Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten waren etwa die Studentenbewegung der 1960er-Jahre und die folgende Bildungsexpansion, die friedliche Revolution und die folgende deutsche Wiederver-

einigung 1989/90, welche die Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik Deutschland erheblich veränderte und persönliche Lebensläufe insbesondere in Ostdeutschland geprägt hat. Einen massiven Wandel erfuhr die gesamte Weltbevölkerung durch die Vernetzung per Internet und die Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche. Mit dem Internet wurde ein enormer Modernisierungsschub ausgelöst, der Wirtschaft, Informationsverhalten, Medien, Art und Weise der Kommunikation, Arbeitsleben, Forschung, Technik und Medizin revolutionierte. Wandel in den europäischen Gesellschaften brachten die Gründung der Europäischen Union, später die Erweiterungsprozesse und die Einführung der gemeinsamen Währung um die Jahrtausendwende. Ein Beispiel aus dem Bereich der Wirtschaft ist der Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte im Jahr 2008, der tief greifende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und viele Staatshaushalte hatte (vgl. auch Schimank, 2012).

Mit wachsendem Wohlstand der Gesellschaft, Konsummöglichkeiten und Bildungsangeboten, mehr sozialer Sicherheit und Mobilität hat sich der moderne Mensch mehr und mehr individualisiert, das heißt, er verfügt über mehr Optionen und Ressourcen, die es ihm ermöglichen, sich aus den Strukturen und Bindungen, in die er hineingeboren wurde (Stand, soziale Klasse, Familie, Schicht, Gemeinde, Religion), zu lösen. Vielmehr kann und möchte er durch eigene Entscheidungen und eigenes Handeln seinen persönlichen Lebenslauf stärker gestalten (Beck, 1986). Mit zunehmenden Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsfreiheiten steigt auch die individuelle Verantwortung, was zu Orientierungslosigkeit, einem Gefühl der Überforderung oder sozialer Isolation führen kann. Die Gefahr besteht darin, dass der moderne und flexible Mensch sich nicht nur aus traditionellen Rollen und Gefügen löst, sondern aus dem sozialen Gesamtgefüge. Insbesondere jene, die es nicht schaffen, sich an die steigenden Anforderungen anzupassen, können „durch das Raster der Gesellschaft“ fallen (Sennett, 1998/2006). Nach Richard Sennett bedroht insbesondere die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die Persönlichkeit des Menschen“. Sowohl bessere Bildungschancen und -angebote als auch der Wandel der Weltwirtschaft haben zu neuen Berufsfeldern, höheren Einkommen, Mobilität, Flexibilität, Aufstiegschancen und Leistungsorientierung geführt, aber auch zu höheren Anforderungen und stärkerem Konkurrenzdruck. Arbeit ist immer mehr zu einem „knappen Gut“ (Dahrendorf, 1992) und Arbeitslosigkeit damit zu einer enormen Bedrohung geworden, die zum „dauerhaften Ausschluss“ aus der Gesellschaft werden und zum Verlust von „Lebenschancen“ führen kann. Dies spüren auch die Menschen, mit denen pollytix strategic research in der qualitativen Phase der Studie gesprochen hat.

»Die Arbeitswelt hat sich verändert. Früher hatte man Zeit, einen Plausch zu halten, Kaffee zu trinken. Der Druck ist sehr stark.«²

Mit der Loslösung aus sozialen Klassen und Versorgungszusammenhängen (Beck, 1986) sind auch in der Soziologie und Gesellschaftsanalyse neue Ansätze aufgekommen. Alte Schichtungsmodelle, die Bevölkerungsgruppen ausschließlich nach soziodemografischen Statusmerkmalen wie Einkommen oder Bildungsniveau gruppieren, werden der Komplexität und Pluralisierung von Lebensweisen nicht mehr ausreichend gerecht, denn Menschen definieren sich nicht mehr hauptsächlich über Schichtzugehörigkeit und Beruf. Mit der allgemeinen Wohlstandssteigerung ging man in den 1980er-Jahren davon aus, dass vertikale soziale Ungleichheiten abnehmen und ein „Fahrstuhleffekt“ eintrete, durch den soziale Unterschiede zwar weiterhin existierten, jedoch auf einer insgesamt höheren Ebene und auf latenterer Art und Weise.

Für die Analyse der Bevölkerung rückten Einstellungen und Werte in den Fokus. Statt Klassen und Schichten wurden soziale Milieus betrachtet, um Ähnlichkeiten in der Lebensauffassung und Lebensweise von Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden. Eine Bevölkerungsanalyse nach sozialen Milieus kommt zwar ohne die Unterscheidung in Unterschicht, Mittelschicht und Oberschicht nicht aus, dennoch differenziert sie zwischen Werten und Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen. Sie kombiniert in der Regel Einstellungen und sozialen Status, indem sie die unterschiedlich großen Bevölkerungsgruppen vertikal nach sozialem Status und horizontal nach ihrer Wertorientierung verortet.

Die moderne Analyse von Bevölkerungsgruppen kann nicht mehr ausschließlich soziodemografische Merkmale betrachten, da sich die Gruppen heutzutage nicht mehr nur sozialstrukturell, sondern vor allem soziokulturell unterscheiden. Soziale Ungleichheiten sind damit natürlich nicht verschwunden. Seit den 1990er-Jahren wird im Zusammenhang mit zunehmender Arbeitslosigkeit, Konsumrückgang und abnehmendem Wirtschaftswachstum eine neue Dimension sozialer Ungleichheit benannt. Man ging gar von einer Verschärfung sozialer Ungleichheit aus, die einen radikalere Ausschluss aus der Gesellschaft und die zunehmende Gefährdung der sozialen Inte-

2 Zitate in diesem Buch sind inhaltlich unverändert, aber gegebenenfalls sprachlich und grammatikalisch geglättet.

gration beinhaltet, unter anderem bedingt durch den Rückzug des Staates aus sozialen und öffentlichen Aufgaben und den Rückbau des Sozialstaates durch die Reformen zu Beginn der 2000er-Jahre. Der individualisierte Mensch hat immer mehr wirtschaftliche und soziale Risiken selbst zu tragen, wodurch sich soziale Ungleichheiten auf eine andere Ebene verlagern (Bourdieu, 1993), auf die Ebene der Gesellschaft, indem man sich von dieser ausgeschlossen fühlt. Milieus rücken daher vertikal weiter auseinander (Müller, 2012). Dies hat wiederum Einfluss auf Einstellungen und Werte, denn wachsende Ungleichheit prägt das Alltagshandeln der Menschen:

»Die Weltpolitik oder Weltwirtschaft ist so rasant, man muss mithalten [...] und daran erkrankt die Gesellschaft.«

Ferner wird die Lebenswirklichkeit zunehmend nicht nur durch eigene Entscheidungen, sondern durch globale Umweltereignisse und Risiken beeinflusst (Giddens, 1996; Beck, 1999, 2007), die das Individuum gefühlt nicht mehr „in der Hand hat“. Ein Gefühl von Unsicherheit wächst. Die Gesellschaft sieht sich von diffuser werdenden Gefahrenlagen bedroht, die weder konkret greifbar noch vorhersehbar sind (Daase, Engert, Junk, 2013). Risiken und Problemlagen in der globalisierten und vernetzten „Weltrisikogesellschaft“ (Beck, 1997; 2007) sind zu globalen Anliegen geworden und können nicht mehr in alten nationalstaatlichen Strukturen isoliert betrachtet und gelöst werden. Wenn Menschen heutzutage aus ihrem Land flüchten müssen, dann handelt es sich demzufolge nicht, wie auch der Journalist Assheuer (2015) in der Online-Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ schreibt, um ein „italienisches, griechisches oder ungarisches Problem“, sondern um einen Prozess, der die ganze Europäische Union und Weltgesellschaft betrifft. Die heutigen Konflikte und komplexen Zusammenhänge machen keinen Halt mehr vor Landesgrenzen oder der eigenen Lebenswelt. Mit zunehmendem Bewusstsein, dass Krisen und Konflikte heutzutage nicht vor nationalstaatlichen Grenzen haltmachen, sondern Teil der eigenen Lebensrealität werden, wächst auch die Unsicherheit in der Bevölkerung:

»Die Ukraine Krise macht mir Angst – dass das hierherkommen kann.«

Assheuer (2015) spricht von einem Gefühl, das sagt: „Wir leben in einer Zwischenzeit; eine vertraute Welt geht zu Bruch, und die neue kennt man nicht.“ Dies drückt sehr gut das Gefühl von Verunsicherung vieler Menschen als Teil der modernen Lebenswelt aus, die geprägt ist von zahlreichen Prozessen sozialen Wandels, aber

Denkmustern, die noch in alten Strukturen verharren und Zeit benötigen, um sich ebenso zu wandeln. Sozialer Wandel kann die Herausbildung neuer Strukturen oder Gesetze bedeuten, aber auch einen Wandel gesellschaftlicher Werte und Denkweisen auslösen. Dies erfordert immer wieder neue Anpassung und birgt auch Risiken, denn immer wieder stellt sich dabei die Frage, wie sich möglichst viele gesellschaftliche Gruppen und Bürgerinteressen vereinen lassen, damit die Demokratie bewahrt und gelebt werden kann. Sind Gesellschaftsmitglieder den Veränderungen oder einem Fortschritt gegenüber positiv eingestellt, dann kann ein Wandel sehr schnell erfolgen. Nach Lévi-Strauss (1962) sind Gesellschaften, die stark an Traditionen festhalten, aber bestrebt, „jeglichen Wandel“ nach Möglichkeit zu bremsen oder zu verhindern.

Derzeit erleben wir solch eine Phase des gesellschaftlichen Umbruchs, aber auch, wie Gefühle wachsender Unsicherheit in der globalisierten, individualisierten Welt einen neuen Wunsch nach Sicherheit, Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft hervorrufen, worin wiederum Chancen für die Gesellschaft bestehen. Individualisierung muss daher nicht unbedingt in einer individuellen Lebensweise münden, sondern kann auch das scheinbare Gegenteil zur Folge haben, nämlich die Herausbildung „gleichförmiger sozialer Gruppierungen“ (Müller, 2012). Menschen suchen Halt und Orientierung in neuen Gemeinschaften oder Vorbildern aus den Medien. So ist die moderne Gesellschaft gerade auch durch Zusammenschlüsse von Menschen oder die Herausbildung von Subkulturen gekennzeichnet, die ähnliche Lebensweisen, Lebensstile oder Werte teilen, die sich wiederum aber auch durch Flüchtigkeit und schnellen Wandel auszeichnen: „Waren früher religiöse Gemeinschaften, Klassenkulturen und regionale Zugehörigkeiten meist lebenslang prägend, verlassen oder wechseln individualisierte Menschen die neuen Wahlgemeinschaften, wenn andere Umstände oder Neigungen es nahelegen“ (Müller, 2012).

Ebenso verhält es sich mit den Parteien. Feste Parteibindungen haben sich gelöst, das Wahlverhalten ist flexibler geworden, Menschen verorten sich weniger stark in Klassen oder Glaubensgemeinden und die Volksparteien können sich weniger auf eine breite Basis von Stammwählern verlassen. Sie konkurrieren viel stärker um dieselben Wähler, sodass sich die Parteien einander angenähert haben (Neugebauer, 2007). Temporäre Ansichten, das aktuelle Image einer Partei und Kandidatenprofile haben gegenüber traditionellen Parteibindungen und Orten politischer Sozialisation daher an Bedeutung gewonnen.

Die Herausforderungen sozialen Wandels und die Schnelligkeit von Entwicklungen stellen hohe Anforderungen an Politik und Gesellschaftsmitglieder und lassen auch Unzufriedenheit, Unsicherheit, Zukunftsängste, Enttäuschungen oder Skepsis in der Bevölkerung erwachsen (Neugebauer, 2007). Dies zeigen auch Aussagen der Befragten im Rahmen dieser Studie:

»Es kann sich nicht alles so schnell verändern. Veränderungen brauchen Zeit. Es ist gut, wenn ein Umschwung passiert, aber damit sind viele Erwartungen inbegriffen, die nicht erfüllt werden können. Das kann zu Politikverdrossenheit führen.«

Aufgrund der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft sind die Interessen der Menschen sehr vielfältig und es stellt eine enorme Herausforderung dar, alle Interessen und Erwartungen durch Reformen auf der einen Seite oder Stabilität und Sicherheit auf der anderen Seite zu bedienen. Auch die Kommunikation zwischen Politik und Gesellschaft erschwert sich. Lebensumstände, Sorgen und Enttäuschungen müssen ernst genommen werden, da die Einbindung der Bürger in die politische Gestaltung durch Wahl, Partizipation oder Diskurs ein Grundprinzip der Demokratie darstellt. Partizipation steuert und legitimiert politisches Handeln und ist damit für die Unterstützung oder Ablehnung des politischen Systems essenziell. Passivität und die steigende Wahlenthaltung sind als Zeichen von Demokratieverdrossenheit, Unzufriedenheit und mangelnder Teilhabe ein ernst zu nehmendes Problem. Um Unzufriedenheit, Enttäuschungen und Ängste der Bevölkerung zu verstehen und Mittel gegen Politikverdrossenheit zu entwickeln, ist es erforderlich, die Motive und Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen gesondert zu verstehen und zu hinterfragen und auch den Anteil der jeweiligen Gruppe an der Gesamtbevölkerung zu beachten.

3 Ziel und Ausgangslage: Erkenntnisinteresse und Fragestellung

Zu Beginn der Reise durch die politische Landschaft Deutschlands stellt sich zunächst die übergeordnete Frage: Wie ist die derzeitige Stimmung im Land und wie lässt sie sich in den zuvor beschriebenen Kontext einer modernen Gesellschaft einordnen? Was eint und was trennt die Mitglieder der Gesellschaft in Deutschland? Gibt es gesellschaftliche Gruppen, die sich mehr oder weniger einbezogen bzw. von der Gesellschaft gar ausgeschlossen fühlen?

In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern wollen wir herausfinden, ob und an welcher Stelle das Gefühl entsteht, von der Gesellschaft und Politik „abgekoppelt“ zu sein. Wer fühlt sich hingegen als Teil der Gesellschaft? Wie sehen die Lebensumstände verschiedener Bevölkerungsgruppen aus? Welche Probleme, Ängste oder Enttäuschungen bewegen die Menschen? Was hindert politikferne Gruppen (bisher) an politischer Partizipation? Was motiviert Engagierte und Aktive? Wo und wie leben die verschiedenen Gesellschaftsgruppen? Welche Einstellungen besitzen sie zu politischen und gesellschaftlichen Themen?

Konkret sollen die Gespräche mit den Bürgern sowie die groß angelegte, repräsentative Bevölkerungsbefragung Antworten auf folgende forschungsleitende Fragen geben:

- Welche Meinungen und (politischen) Einstellungen sind in der deutschen Bevölkerung derzeit verbreitet? Welche Merkmale besitzt sie? Wie ist es um die allgemeine Stimmung im Land bestellt?
- Welche Einstellungen einen die Gesellschaft, welche trennen sie?
- Gibt es bei aller Individualisierung Bevölkerungssegmente, die ähnliche Einstellungen aufweisen, und wie unterscheiden sich diese Segmente gegebenenfalls voneinander?

- Wie können einzelne Segmente charakterisiert werden? Was lässt sich über die Lebenslage, Demografie, Merkmale, Einstellungen, Partizipation und das Wahlverhalten einzelner Segmente aussagen?
- Wie stehen einzelne Segmente Staat und Gesellschaft sowie dem demokratischem System gegenüber?
- Wie sieht das Informationsverhalten der einzelnen Segmente aus? Welche Medien und sozialen Netzwerke werden genutzt? Wie sind die Segmente hinsichtlich ihres Informationsverhaltens miteinander vernetzt? Wie stark sind sie selbst Meinungsführer oder aber abgekoppelt vom gesellschaftspolitischen Geschehen?
- Welche politischen Themen sind für die einzelnen Bevölkerungsgruppen besonders relevant? Welche Erwartungen werden an die Politik gerichtet? Unterscheiden sich Bevölkerungsgruppen auch hinsichtlich ihrer Forderungen an die Politik oder sind Erwartungen sehr homogen? Welche gesamtgesellschaftlichen Aufgaben werden gesehen?
- Wie können politikferne und politisch passive Bevölkerungssegmente wieder stärker in die Gesellschaft und in die Demokratie einbezogen werden? Was benötigen sie dafür? Wie lassen sich politisch Engagierte unterstützen?
- Und schließlich: Was bedeuten die einzelnen Ergebnisse für die politische Bildungsarbeit? Wie können einzelne Bevölkerungsgruppen am besten erreicht und angesprochen werden?

In den folgenden Kapiteln wird zunächst das methodische Vorgehen erläutert, bevor basierend auf den Ergebnissen der repräsentativen Befragung die allgemeine Stimmung im Land erörtert wird. Daraufaufgehend wird die Bevölkerung in verschiedene Segmente eingeteilt, segmentspezifische Einstellungen beleuchtet, die Segmente werden profiliert und mithilfe von Prototypen zum Leben erweckt. Abschließend werden Implikationen herausgearbeitet, zum einen für die Gesellschaft, zum anderen in Bezug auf politische Kommunikation und Bildungsarbeit.

4 Route: Methode und Vorgehensweise

Wie lässt sich eine Bevölkerung mit ihren verschiedenen Merkmals- und Einstellungsgruppen am besten untersuchen? Wie lassen sich die zuvor formulierten Fragen angemessen beantworten? Für die vorliegende Studie wurde ein dreiphasiger Ansatz gewählt. Die Teilergebnisse aus den drei Stufen fügen sich schlussendlich zu einem großen Gesamtbild zusammen. Dieser dreistufige Forschungsprozess und der Mix aus drei verschiedenen Erhebungsmethoden haben ein umfassendes, tiefes und fundiertes Verständnis der Bevölkerungssegmente ermöglicht, das von ersten Erkenntnissen auf der Individualebene einzelner Bürgerinnen und Bürger über das weiterführende Verständnis von Teilgruppen in der Bevölkerung bis hin zu der finalen Segmentierung reicht. Die Fragestellungen ließen sich dadurch aus verschiedenen Perspektiven schrittweise beleuchten.

In den zwei ersten, qualitativen Forschungsphasen wurden Erkenntnisse durch persönliche Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern in deren Wohn- und Lebensumfeld (Phase 1) und durch Fokusgruppen-Diskussionsrunden (Phase 2) gewonnen. Phase 1 bestand aus 50 ethnografischen Tiefeninterviews mit wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern aus den Regionen Berlin und Brandenburg, Dresden und Sachsen, Rhein-Ruhr, Hannover und Niedersachsen sowie Mannheim und Rhein-Neckar. Die Interviews fanden im Frühjahr 2015 (vom 25. März bis zum 16. April) bei den Befragten zu Hause statt und wurden von qualitativen Forschern von pollytix strategic research geführt.

Die Gespräche waren zwar durch einen groben Leitfaden strukturiert, allerdings ließen die Forscher ihren Interviewpartnern den nötigen Raum, um selber zu steuern, über welche Themen sie sprechen wollten. Dieses Vorgehen erlaubte es, einerseits die individuellen Lebensentwürfe, -lagen und -welten besser zu verstehen, andererseits ohne Vorgaben jene Themen herauszukristallisieren, die den Menschen „unter

den Nägeln brennen“. Damit konnte verhindert werden, dass ausschließlich Themen besprochen wurden, die medial gerade auf der Agenda standen, und es wurde ein tiefer Einblick in den tatsächlichen Alltag der Menschen möglich.

Gesprächspartner, die zu Beginn von sich sagten, Politik habe nichts mit ihrem Leben zu tun, haben im Verlauf des Gesprächs durchaus über Dinge gesprochen, die hochpolitisch waren. So haben Eltern von den enormen Herausforderungen berichtet, die sie im Leben meistern müssen, und dargestellt, welche Hürden sie zu nehmen haben. Dass hier dem Thema „Kinderbetreuung und Randöffnungszeiten von Kitas“ eine zentrale Rolle zukommt, wurde deutlich. Menschen, die sich um alte und kranke Angehörige kümmern, haben beispielsweise davon berichtet, wie schwierig es ist, ihr eigenes Leben trotz dieser zusätzlichen Belastung weiterzuführen. Die Feststellung der Pflegestufe stand bei diesen Gesprächen im Vordergrund, aber auch flexible Arbeitszeiten. Deutlich wurde insbesondere auch, dass die Alltagssprache vieler Menschen kaum etwas mit der Sprache zu tun hat, die Parteien und Politiker verwenden.

Die Interviewpartner haben den Forschern auch erlaubt, sich in ihrer Wohnung umzusehen. Dadurch wurden vielerlei interessante Eindrücke gewonnen, was durch die Befragung von Fokusgruppen oder quantitative Erhebungen nicht möglich gewesen wäre. Besonders auffällig war, dass die Selbsteinschätzung, politisch interessiert und informiert zu sein, nur bedingt die „objektive“ Realität widerspiegelt. Das liegt nicht daran, dass Befragte bewusst „lügen“, sondern sich vielmehr mit ihrem unmittelbaren Umfeld vergleichen. Die Forscher sprachen beispielsweise mit einer Frau, die sich selbst als höchstens „durchschnittlich politisch informiert“ bezeichnete. Im Laufe des Gesprächs wurde schnell deutlich, dass sie mit Abstand die Gesprächspartnerin mit dem breitesten politischen Wissen war. Neben ihrem Couchtisch lag ein großer Stapel überregionaler Tageszeitungen, denen man ansah, dass sie gelesen worden waren. Als die Forscher die Frau darauf aufmerksam machten, erwiderte sie, dass sie nur zwei Tageszeitungen lese und *„am Wochenende natürlich noch ‚Die Zeit‘. Den ‚Spiegel‘ schaffe ich dann schon nicht mehr ganz, aber da suche ich mir dann immer die Themen raus, die mich besonders interessieren.“* In ihrem Umfeld werde viel mehr gelesen, auch wissenschaftliche Abhandlungen über aktuelle Themen, aber das schaffe sie neben Familie und Berufstätigkeit bedauerlicherweise nicht mehr. Den „Durchschnitt“, an dem sie sich maß, sah sie demzufolge in ihrem privaten Umfeld, nicht in der breiteren Gesellschaft.

Am Ende des Gesprächs wurde den Interviewpartnern ein Set aus Einstellungen und Aussagen vorgelegt, die sie auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10 bewerten sollten. In unmittelbarem Anschluss daran haben die Forscher die Antworten angesehen und bei auffallenden Widersprüchen zu den Aussagen im Gespräch mit den Interviewpartnern darüber diskutiert, wie diese Inkonsistenzen zustande kamen. Dieses Vorgehen wurde als erster Pretest des Fragebogens für die dritte Phase verstanden. Sprachliche Schwächen, Verständnisprobleme und Fehlinterpretationen ließen sich dadurch ausbessern.

Mit einer Vielzahl von Themen und einem verbesserten Fragebogen begann die zweite Phase des Forschungsprojekts: zehn Fokusgruppendifkussionen mit jeweils acht Teilnehmenden in Berlin, Dresden, Bochum, Düsseldorf, Hannover und Mannheim. Die Diskussionen fanden zwischen dem 11. und 20. Mai 2015 statt, wobei die Gruppen nach Alter, Geschlecht und Bildungsabschluss zusammengesetzt wurden. Ferner wurden Gruppen mit Stadt- sowie Landbevölkerung gebildet. Vor dem Hintergrund der angesprochenen Themen, Probleme und Eindrücke aus Phase 1 ermöglichten die Diskussionen nun einen Diskurs der Bürgerinnen und Bürger verschiedener Bevölkerungsgruppen. Die Themenimpulse aus den Einzelinterviews dienten als Diskussionsgrundlage und wurden vom Moderator in die Gruppen hineingetragen. Durch Interaktionen in der Gruppe und den Austausch der Teilnehmer untereinander konnten einzelne Themen weiterführend, umfassend und lebhaft vertieft werden. Auch neue Aspekte wurden angesprochen. Phase 2 hat wesentlich dazu beigetragen, zu verstehen, welche Themen für verschiedene Gesellschaftsgruppen relevant sind und welche Einstellungen und Anliegen Bevölkerungsgruppen teilen. Nach den Fokusgruppendifkussionen zeichneten sich bereits erste Gruppierungen von Menschen ab, die ähnliche Merkmale und Einstellungen aufweisen. Gegen Ende der Fokusgruppendifkussionen wurde den Teilnehmern das nun bereits verbesserte Set aus Einstellungen und Aussagen vorgelegt, die sie auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10 bewerten sollten. Dies stellte einen zweiten Pretest des Fragebogens dar, der für die dritte Phase des Projekts nochmals verbessert wurde. Die Erkenntnisse aus den Interviews und Fokusgruppendifkussionen dienten dazu, verschiedene Bevölkerungsgruppen auf Basis ähnlicher Ansichten und Einstellungen zu identifizieren. Es konnten aus allen Gesprächspartnern und Gruppenteilnehmern sieben vorläufige gesellschaftliche Gruppen gebildet werden, die man bis dahin als Sortierung von Fallbeispielen hatte werten müssen.

Weiter verdichtet und validiert wurde diese erste Gruppierung in Phase 3, in einem dritten und nun quantitativen Schritt, durch eine bevölkerungsrepräsentative Befragung unter 5.000 Wahlberechtigten ab 18 Jahren. Der Erhebungszeitraum erstreckte sich auf einen Monat, vom 5. September bis zum 5. Oktober 2015. Die statistischen Erkenntnisse sichern vorherige qualitative Befunde ab. Ferner ergänzen sich die Befragungsergebnisse und der Ertrag aus den qualitativen Einzelgesprächen und Diskussionsrunden sinnvoll.

Während die Tiefeninterviews und Diskussionsrunden Erkenntnisse in Form von persönlichen Berichten, Hintergründen, Details und Erklärungen beisteuern, die zum tieferen Verständnis der Fragestellung beitragen, liefern die quantitativen Daten aus der Bevölkerungsbefragung konkrete Zahlenwerte zur Beantwortung der Forschungsfragen und bilden die Gesamtbevölkerung und Wählerschaft inklusive Nichtwählern ab. Eindrücke, die aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern gewonnen wurden, könnten nur durch quantitative Daten allein nicht abgebildet werden. Umgekehrt würden die qualitativen Befunde der Studie ohne eine nachfolgende statistische Absicherung kein repräsentatives Segmentierungsmuster der Bevölkerung gewährleisten.

Durch die quantitative Befragung konnte überprüft werden, ob die sieben qualitativ gewonnenen Gruppen valide sind, also tatsächlich Gültigkeit besitzen und sich auch aus den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung nach jenem Segmentierungsmuster bilden sowie reproduzieren lassen. Die Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung konnten diese erste Gruppierung sehr gut replizieren, allerdings wurde die finale Segmentierung um ein weiteres, achttes Segment erweitert und die Segmente um signifikante Merkmale und Einstellungen ergänzt. Umgekehrt lassen sich die Aussagen und Einstellungen aus den Diskussionen und Gesprächen den quantitativen Segmenten zuordnen. Insgesamt haben sich qualitative und quantitative Befunde sehr gut zu einem stimmigen Gesamtbild ergänzt und die erste Gruppierung lieferte bereits ein Bild, das erstaunlich nah an der finalen Segmentierung war.

Auch politische Einstellungen wurden durch die quantitative Befragung erhoben. Die Stichprobe wurde mit einer Fallzahl von 5.000 Befragten ausreichend groß gewählt, um auch innerhalb der identifizierten Segmente und demografischen Gruppen aussagefähige Ergebnisse zu gewährleisten. Der Vertrauensbereich der statistischen Ergebnisse, auch Konfidenzintervall genannt, liegt bei 95 %, das heißt, bei mehrmaliger Wiederholung der Befragung, durch zufällige Ziehung einer Stichprobe von 5.000 Personen aus

der Gesamtbevölkerung, können die Ergebnisse zwar um $\pm 1,2\%$ von der tatsächlichen Gesamtheit aller deutschen Wahlberechtigten abweichen, aber jenseits dieses Toleranzbereichs würden bei jeder neuen Ziehung mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% dieselben Zahlenwerte gemessen. Die Daten liefern daher – unter Beachtung der benannten maximal möglichen Fehlertoleranz von $1,2\%$ – ein zuverlässiges Abbild der Grundgesamtheit. Um ferner Repräsentativität zu gewährleisten, wurden die Daten nach amtlicher Statistik und soziodemografischer Verteilung, also tatsächlicher Verteilung in der Gesamtbevölkerung, gewichtet. Erhoben wurden die quantitativen Daten mittels einer telefonischen Befragung unter Einsatz computergestützter Befragungssoftware (CATI-Methode).

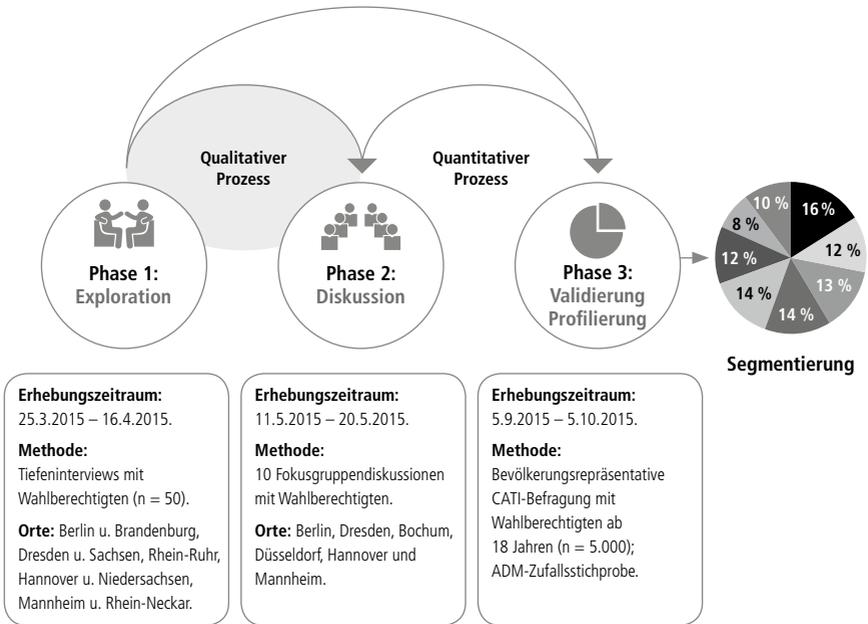
Die Entwicklung der finalen und auf quantitativer Erhebung beruhenden Segmente erfolgte ausschließlich auf Basis der Zustimmung zu bestimmten Aussagen und beruht nicht auf demografischen Faktoren. Die Segmente unterscheiden sich zwar, wie sich zeigen wird, recht stark hinsichtlich soziodemografischer Merkmale, wie Einkommen, Bildung oder Alter, dies beruht jedoch auf dem Zusammenhang zwischen soziodemografischen Merkmalen und Werten, Einstellungen sowie Lebensweisen. Im Gegensatz zu anderen Segmentierungen, die zum Teil auf sozioökonomischem Status basieren, sind diese aber nicht Basis der Segmentierung.

Für den Zweck der Segmentierung wurde im Rahmen der quantitativen Erhebung die Zustimmung zu 29 Aussagen auf einer Skala von 0 bis 10 abgefragt. Diese Items stellen ein kondensiertes Set von Aussagen dar, die für die erste qualitative Phase der Tiefeninterviews entwickelt und in den zwei qualitativen Phasen getestet und sprachlich feingeschliffen wurden, um sicherzustellen, dass diese von den Befragten verstanden werden und eindeutig sind. Die Aussagen beziehen sich auf die persönliche Situation und Erwartungen, die Sicht auf Staat und Politik, die Einstellungen zu Wirtschaft und Gesellschaft sowie gesellschaftliche Metathemen jenseits aktueller politischer Fragen. Durch ein mehrstufiges Verfahren³ wurden im Rahmen der quantitativen Datenanalyse zwölf Aussagen identifiziert, durch die sich die acht Segmente unterscheiden und auf denen die Segmentierung beruht.

3 Für die Segmentierung wurden fehlende Werte bei Aussagen durch Mittelwerte ersetzt, die Variablen wurden z-transformiert, sodass der Mittelwert 0 und die Standardabweichung 1 beträgt. Mithilfe einer Faktorenanalyse wurden relevante Dimensionen und Variablen identifiziert und die finalen Segmente mithilfe eines zweistufigen Prozesses aus hierarchischer und partitionierender Clusteranalyse gebildet.

Bevor die Segmente genauer vorgestellt und betrachtet werden, folgen zunächst die Befunde über die allgemeine Stimmung im Land und die Einstellungen der Gesellschaft als Ganzes. Auch hier resultieren die Ergebnisse aus allen drei Phasen des Untersuchungsprozesses und statistische Daten werden durch Eindrücke aus den Gesprächen und Gruppendiskussionen ergänzt. Zitate aus den Interviews und Fokusgruppen untermauern die Ergebnisse. Über gemeinsame und trennende Elemente der Gesellschaft kommen wir schließlich in Kapitel 6 zu den Unterschieden, die die Segmente voneinander trennen und diese charakterisieren.

Abbildung 1: Dreiphasiger Forschungsprozess der Segmentierung



Quelle: pollytix strategic research.

5 Rundblick: Die allgemeine Stimmung im Land – was eint und was trennt die Gesellschaft?

Die Auswertung der Studie beginnt mit einer Betrachtung der Gesellschaft als Ganzes. Während zu Beginn die Entwicklungen der modernen Gesellschaft skizziert wurden, steht in diesem Kapitel die aktuelle Stimmung der Bevölkerung im Fokus. Zu beachten ist dabei, dass während der Studie die öffentliche Debatte stark von der Flüchtlingspolitik sowie den Terroranschlägen in Paris im Januar und November 2015 geprägt war. Daher ist zu erwarten, dass sich erstens bereits bestehende Verunsicherungen verstärkt haben, zweitens die Politisierung und drittens die gesellschaftliche Polarisierung gerade zu Fragen von Einwanderung und Integration zugenommen haben. Die Erkenntnisse wurden aus den persönlichen Gesprächen, Gruppendiskussionen und der repräsentativen Bevölkerungsbefragung gewonnen. Welche Themen brennen den Menschen derzeit unter den Nägeln, welche Unsicherheiten und Sorgen bewegen sie und welche Aspekte im Land und in der Politik werden negativ oder positiv gesehen? Wie sieht unsere derzeitige Gesellschaft konkret aus?

5.1 Wahrnehmungen zum Leben in Deutschland

Lebensqualität, -situation und -zufriedenheit

Insgesamt und allgemein betrachtet herrscht in Deutschland eine hohe Lebenszufriedenheit. 86 % der Bevölkerung stimmen zu,⁴ dass sie „alles in allem“ mit ihrem Leben zufrieden sind. Insbesondere Besserverdienende stimmen hier stärker zu. Im Süden ist die Zufriedenheit mit 90 % in Baden-Württemberg und Bayern besonders hoch. Unzufriede-

4 Hier wie auch bei folgenden Aussagen bezieht sich „Zustimmung“ auf die Werte 6 bis 10 auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10.

denheit mit dem eigenen Leben (insgesamt 6 % der Bevölkerung) äußern insbesondere Arbeitssuchende (24 %) stärker sowie Geringverdiener (14 %) und Alleinerziehende (12 %). Insgesamt herrschen jedoch relativer Wohlstand und hohe Sicherheit (vgl. auch Embacher, 2015). Die eigene wirtschaftliche Lage bewerten 70 % als gut.

»In Deutschland läuft es ganz gut, ist mein Gefühl. Wenn man sich dagegen Griechenland anguckt ... Ich habe erlebt, dass man aufgefangen wird, wenn man Hilfe braucht.«

Die Leistungsbereitschaft ist stark ausgeprägt. Mehr als sechs von zehn glauben an das Leistungsversprechen, dem zufolge jeder, der in Deutschland hart arbeitet, auch etwas erreichen kann. Diese Wahrnehmung steigt zwar mit höherem Einkommen, interessant ist aber, dass der Glaube an das Leistungsversprechen bei hoher Bildung und bei Menschen mit Hochschulabschluss etwas schwächer ausgeprägt ist. Im Westen des Landes ist der Glaube an das Leistungsversprechen mit 66 % stärker ausgeprägt als im Osten mit 56 % (vgl. auch Faus, Faus, Gloger, 2015).

Insgesamt herrscht im Land aber Übereinstimmung, dass Anstrengung erforderlich ist, um weiterzukommen. Dies und der Stolz auf die eigene Leistung motivieren und gehören zum Leben in Deutschland dazu. Die eigene Leistungsfähigkeit ist auch ein Ausdruck von Selbstbestimmung:

»Man musste bereit sein, zu lernen, Schulungen zu machen, das hat mich getrieben.«

»Ich wäre auch todunglücklich, wenn ich zu viele Luftlöcher hätte. Ich brauche auch einen gewissen Druck, damit das läuft.«

Wie zu Beginn bereits dargestellt, haben Leistungsgesellschaft und Wohlstand aber auch ihre Schattenseiten, die sich im Rahmen der Studie ebenso herauskristallisierten. Die subjektive Lebensqualität steht auch im Zusammenhang mit individuell empfundenen Belastungen und Ängsten, wie Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialer Isolation, Orientierungslosigkeit und Überforderung oder geringem Optimismus. So beklagt mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) die zunehmende Hektik des Lebens und weiß manchmal nicht, wie sämtliche Anforderungen bewältigt werden sollen. 41 % der Befragten bereiten Gedanken an die Zukunft Sorgen, im Osten mit 45 % überdurch-

schnittlich stark (vgl. auch Faus, Faus, Gloger, 2015; Nüchter et al., 2009). Vor allem in den mittleren Altersgruppen der 40- bis 59-Jährigen werden Sorgen geäußert. Andere aktuelle Forschungsergebnisse sprechen dafür, dass sich auch unter den jüngeren Menschen seit 2013 der Anteil derjenigen, die Angst verspüren, mehr als verdoppelt hat (vgl. Kaiser, 2015). Auch der Leistungsdruck am Arbeitsplatz hat stark zugenommen.

»Es gibt nicht umsonst Krankheiten wie Burn-out. Das kommt alles von irgendwoher. Man muss mehr Ruhe reinbringen. Den Leuten mehr Sicherheit geben, Ängste nehmen.«

Die individuell empfundene Zufriedenheit oder Belastung steht in enger Wechselwirkung mit der Einstellung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungsprozessen oder staatlichen Regelungen und dem Vertrauen in das demokratische System, Institutionen und Akteure. Zufriedenheit entscheidet unter anderem darüber, ob die eigene soziale Lage im Vergleich zu derjenigen anderer Menschen als gerechtfertigt angesehen oder im Zusammenhang sozialer Ungleichheit verortet wird (Nüchter et al., 2009, S. 95).

Abbildung 2: Übersicht Lebensqualität, -situation und -zufriedenheit

Alles in allem bin ich mit meinem eigenen Leben zufrieden.	86 %
Meine eigene wirtschaftliche Lage ist gut.	70 %
Wer hart genug arbeitet, kann in Deutschland auch etwas erreichen.	63 %
Das Leben wird immer hektischer. Manchmal weiß ich nicht, wie ich allen Anforderungen gerecht werden soll.	54 %
An meine Zukunft zu denken bereitet mir Sorgen.	41 %

Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10.

Quelle: pollytix strategic research.

Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit

Trotz der allgemein hohen Lebenszufriedenheit geht mit dem allgemeinen Wohlstand die Wahrnehmung einher, dass dieser nicht gleich verteilt ist und die Schere zwischen Arm und Reich größer wird. Das finden 72 % der Befragten. Das Urteil über die Gerechtigkeit im Land fällt demzufolge weniger positiv aus. Auch die individuelle Wahrnehmung der eigenen sozioökonomischen Situation wurde gemessen: 44 % der Bevölkerung stimmen der Aussage zu, dass es oft heißt, Deutschland gehe es wirtschaftlich gut, sie selbst profitierten aber nicht davon. Vor allem Menschen mit niedrigerer Bildung und niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen fühlen sich eher abgehängt vom gesamtgesellschaftlichen Wohlstand. Zudem bestehen deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. In Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt ist die Bevölkerung weit weniger der Ansicht, von der Gesamtlage zu profitieren (vgl. auch Faus, Faus, Gloger, 2015).

»Bei denjenigen, die Geld ohne Ende haben, kommt immer mehr dazu. Die Leute, die einmal arm sind, die bleiben das auch, es sei denn, die gewinnen im Lotto.«

Trotz des vorhandenen Wohlstands sehen sich Bürger in bedrängter Lage. Auch der aktuelle WSI-Verteilungsbericht belegt: Der wirtschaftliche Aufschwung geht an Teilen der Bevölkerung vorbei. Die Ungleichheit der Einkommen ist gestiegen und zugleich hat sich die Chancengleichheit verringert, denn „Arme bleiben heute mit höherer Wahrscheinlichkeit arm, Reiche reich“ (vgl. Spannagel, 2015).

Auch die abnehmende Chancengleichheit wird von der Bevölkerung wahrgenommen und somit wird Deutschland in mehrerlei Hinsicht als ungerechtes Land gesehen.

»Es gibt viele Gruppen, die Benachteiligung erleben. Wir haben nicht alle die gleichen Voraussetzungen, werden nicht gleich gefördert, haben nicht alle die gleichen Chancen, uns so zu entwickeln, wie man das gerne würde. Manche Leute haben weniger Geld als andere, weniger Bildungsmöglichkeiten, sind eine Minderheit, werden anders behandelt.«

Auch die Mittelschicht gerät zunehmend unter Druck. Damit verbunden ist häufig die Sorge vor dem sozialen Abstieg. Wie in den theoretischen Vorüberlegungen darge-

stellt, besteht in der modernen Gesellschaft ein neues Risiko sozialen Abstiegs und sozialer Ungerechtigkeit vor allem darin, dass soziale Isolation droht, also der Ausschluss aus der Gesellschaft, den staatliche und finanzielle Unterstützung allein nicht verhindern können. Vor allem dauerhafter Ausschluss aus der Gesellschaft wird zur Bedrohung, denn wer einmal aus der Leistungsgesellschaft, der Arbeitswelt ausgeschlossen oder ausgestiegen ist, der hat es oft sehr schwer, wieder hineinzugelangen. Die Möglichkeit staatlicher Unterstützung bietet daher zwar finanziell gesehen eine gewisse Sicherheit, aber die Sorgen vor dem gesellschaftlichen Ausschluss werden dadurch nicht beseitigt. Dementsprechend möchten die Bürger nicht in eine „Opferrolle“ geraten, denn staatliche Unterstützung bedeutet für viele zugleich ausufernde Bürokratie und Bevormundung, die ein individuelles und selbstbestimmtes Leben gefährden.

Auf der anderen Seite werden, wie oben bereits angerissen, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft großgeschrieben. 67 % sind der Ansicht, dass Menschen in Deutschland generell weniger fragen sollten, was der Staat für sie tun kann, sondern vielmehr, was sie selbst für die Gesellschaft leisten können.

»Man hat oft die Nehmermentalität, auch an den Staat, wenn es mir nicht gut geht, bekomme ich schon Unterstützung. Ich muss Menschen animieren, selbst etwas zu tun, nicht vom Staat etwas zu erwarten. Das ist ein großes Manko, das ist schlimm.«

Gleichzeitig muss sich Leistung aber lohnen. Es besteht der Wunsch nach mehr Anerkennung der eigenen Leistung und auch finanzieller Entlohnung der eigenen Leistung. Kritik wird bisweilen an denen laut, die scheinbar leisten könnten, aber nicht wollen.

»Gerecht heißt, dass ich von dem Lohn, den ich kriege, leben kann.«

»Dass Fleiß belohnt wird in unserem Land. Derjenige, der etwas leisten will, der Mittelstand, die kleinen Selbstständigen werden mit Vorschriften drangsaliert.«

Letztlich besteht bei vielen Bürgern die Sorge, den Anforderungen der Leistungsgesellschaft nicht standhalten zu können, sozial abzustiegen und gesellschaftlich ausgeschlossen zu werden.

Gemeinschaftliches Zusammenleben

Aus Sicht vieler Bürger entwickelt sich Deutschland immer mehr zu einer „Ellenbogengesellschaft“, in der Hektik und Egoismus vorherrschen, sozialer Zusammenhalt in der Gesellschaft schwindet und jeder nur noch an sich denkt (75 %). Diese Entwicklung betrachten die Bürger negativ, gleichzeitig klingt jedoch an, dass politische und wirtschaftliche Anforderungen und Erwartungen, denen man sich nur schwer entziehen kann, wenn man nicht ins Abseits geraten möchte, dieses Verhalten fördern.

»Es wird auch kein Miteinander mehr gewünscht. Man hat ein Gefühl, dass es eine Ellenbogengesellschaft ist und das von der Politik auch so gewollt wird.«

»Das betrifft die Zukunft unseres Landes. Ich habe das Gefühl, dass es darum geht, dass die Leute so erzogen werden sollen, dass sie funktionieren für unsere Konsumgesellschaft, damit man Leute hat, die am Ende arbeiten und das machen, wie es erwünscht ist, aber wenig Individualität auf der einen Seite. Es wird zum egoistischen Menschen hin erzogen. Hauptsache, du machst Karriere, du kannst viel Geld verdienen, du kannst dir ein Haus kaufen und ein Auto.«

Um vermeintlich zunehmendem Egoismus gegenzusteuern, wird von einer großen Mehrheit der Bürger (86 %) mehr Unterstützung seitens des Staates für Menschen gefordert, die sich ehrenamtlich engagieren. 43 % geben an, sich ehrenamtlich zu engagieren, darunter insbesondere höher Gebildete, junge Menschen, Studenten und Auszubildende, Besserverdienende und Menschen mit Kindern. Im Südwesten (Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) ist der Anteil ehrenamtlich Engagierter überdurchschnittlich hoch. In den östlichen Bundesländern, unter Geringverdienern, Arbeitssuchenden und weniger hoch Gebildeten ist Engagement hingegen weniger stark ausgeprägt. Die Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben, eigene Schwierigkeiten und Sorgen stehen einem ehrenamtlichen Engagement demzufolge eher im Weg, während Lebenszufriedenheit und Wohlstand Raum für ehrenamtliches Engagement schaffen. Ehrenamtliches Engagement ist ferner in kleinstädtischen Gegenden bzw. im städtischen und verdichteten Umland überdurchschnittlich hoch, in Kernstädten mit 39 % leicht unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Abbildung 3: Übersicht Soziale Gerechtigkeit und gemeinschaftliches Zusammenleben

Der Staat sollte Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, stärker unterstützen.	86 %
Der Zusammenhalt in der Gesellschaft geht zunehmend verloren, jeder denkt nur noch an sich.	75 %
Menschen in Deutschland sollten weniger fragen, was der Staat für sie tun kann, sondern sich fragen, was sie selbst für die Gemeinschaft tun können.	67 %
Oft heißt es, Deutschland gehe es wirtschaftlich gut, aber ich persönlich profitiere nicht von dieser Entwicklung.	44 %
Ich engagiere mich ehrenamtlich.	43 %

Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10 sowie einfache Zustimmung.

Quelle: pollytix strategic research.

5.2 Sicht auf Politik, Staat und demokratisches System

71 % der Bevölkerung bezeichnen sich als politisch interessiert. Allerdings ist der Wert vor dem Hintergrund sozial erwünschten Antwortverhaltens⁵ in Befragungen mit Vorsicht zu betrachten. Wie die Erkenntnisse aus den beiden qualitativen Studien zeigen, haben viele Wahlberechtigte ein eher peripheres Interesse an Politik und sind eher passiv.

»Klar, ich schaue Nachrichten. Aber ich setze mich da nicht wirklich mit auseinander.«

Für viele Wahlberechtigte hat Politik nur wenig mit dem eigenen Leben zu tun. Lediglich Steuern, Abgaben und Verwaltung haben einen spürbaren Einfluss auf die persönliche Situation.

»Bestimmt hat sie Einfluss darauf, wie teuer meine Krankenkassenbeiträge sind, ob ich vier Euro mehr netto verdiene, weil was erhöht wurde, aber ich fühle keinen Einfluss.«

5 Soziale Erwünschtheit liegt vor, wenn Befragte Antworten geben, von denen sie glauben, sie trafen eher auf Zustimmung als die tatsächliche Antwort, bei der sie soziale Ablehnung befürchten.

Die qualitativen Gespräche haben gezeigt, dass ein größeres Interesse noch an regionalen und „nahen“ Themen besteht. Dabei handelt es sich um kommunale Themen, aber auch um solche mit Bezug zum persönlichem Alltag, wie zum Beispiel Kinderbetreuung oder Familienpolitik.

»Wenn es um Düsseldorf geht, wenn es um Kinder geht, Kindertagesstätten, solche Sachen. Das sollte bürgernah oder stadtteilnah besprochen werden.«

Außerdem interessieren auch „sehr ferne“ Themen, wie Außenpolitik, aktuell die Krisen in Griechenland, der Ukraine und Syrien, mehr als andere. Ansonsten vermissen die Bürger einen spürbaren Einfluss der Politik auf die eigene Lebenswirklichkeit. Der Politik werden Lebensferne und mangelnde Werthaltung attestiert. Politiker werden als wenig bodenständig und fernab der Lebensrealität der Menschen wahrgenommen. Damit wird Politik zu einem Geschehen, das sich weit weg auf einer anderen Ebene abspielt.

»Ich habe das Gefühl, dass unsere Politiker nicht richtig wissen, was die Menschen wollen.«

Politik wird nach Ansicht der Befragten zu wenig für die Bürger gestaltet und ist stattdessen zu sehr von der Wirtschaft und Partikularinteressen beeinflusst. Diese weitverbreitete Meinung wird durch folgendes Zitat illustriert:

»Es ist ja heute so, dass die Politik beeinflusst wird von Unternehmen. Pharmaunternehmen schreiben Gesetzestexte, weil die Bundestagsabgeordneten damit überfordert sind.«

Viele Bürger vermissen bei Politikern Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und Berechenbarkeit. Politiker und Parteien sind für viele Bürger ein großes Einerlei. Sie sind der Ansicht, dass Wahlversprechen nicht eingehalten würden, da es nicht darum gehe, konkrete und langfristige Projekte zu verfolgen, durch die Wähler verprellt werden könnten, sondern lediglich ein Denken von Wahl zu Wahl verfolgt werde.

»Und die Politiker neigen dazu, den Leuten aufs Maul zu schauen bei Wahlen. Wo geht der Trend hin? Dementsprechend wird sich dem Trend angepasst, aber nach der Wahl passiert wieder das Gegenteil.«

Aus diesem Grund unterscheiden sich die großen Volksparteien in den Augen der meisten Bürger (53 %) immer weniger voneinander.

»Das Problem ist, dass sich die großen Parteien grundsätzlich nicht mehr voneinander unterscheiden. Die haben sich schon sehr angeglichen. So ist es eigentlich fast austauschbar.«

Einerseits nehmen die Bürger wahr, dass die Parteien sich angleichen, andererseits betrachten sie Streit zwischen und innerhalb der Parteien als negativ, obwohl sich ja gerade in diesen Konflikten die Unterschiede zwischen den Parteien zeigen. Nach Ansicht der Befragten behindert Streit zwischen den Parteien die Erarbeitung und Durchsetzung gemeinsamer Konzepte und lässt den Eindruck entstehen, dass es Politikerinnen und Politikern vordergründig um die eigene Macht und den eigenen Posten ginge anstatt darum, die Gesellschaft zu gestalten.

»Je mehr an der Regierung beteiligt sind, umso schwieriger ist es. Wenn die zusammen müssen und nicht miteinander können, dann wird immer nur Parteipolitik gemacht, aber nicht Politik für das Volk. Das ist das Problem.«

Hinzu kommt die Wahrnehmung, selbst keinen Einfluss auf die Politik zu haben. 43 % sagen, dass es für das Politikgeschehen keinen Unterschied mache, wen man wählt. 63 % der Bürger vermissen eine Politik mit visionärem Denken, die langfristige Ziele verfolgt, den Menschen also Perspektiven und Lösungswege aufzeigt. Insbesondere vor dem Hintergrund von Verunsicherung und Sorgen wünschen sich die Bürger eine Politik, die konkrete Anliegen formuliert und spürbar umsetzt. Damit einher geht der Wunsch nach Querdenkern und Persönlichkeiten, die einen klaren Standpunkt vertreten und auch mal anecken.

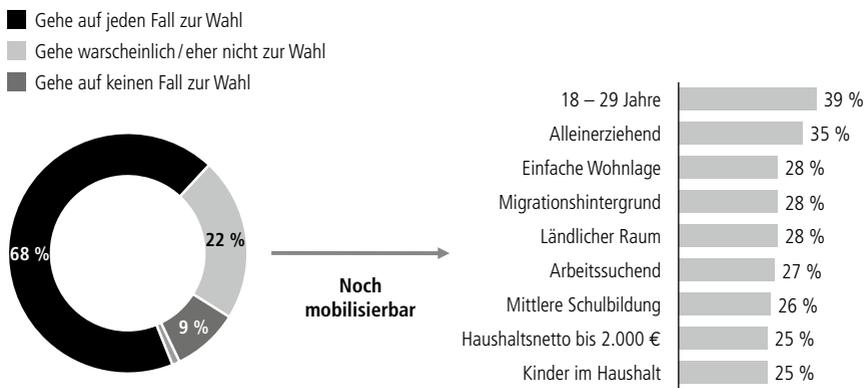
»Die, die Schärfe haben, werden abgesägt.«

»Ich wünschte mir wirklich heute bei den Jungen [...] solche Typen mit Biss, wie es zum Beispiel ein Helmut Schmidt war, ein Herbert Wehner.«

Dieser Befund zeigt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung nicht per se mit der Politik abgeschlossen hat, sich einfach nicht interessiert, sondern sich vielmehr eine konkretere, weniger abstrakte und greifbarere Politik wünscht, die Wahlbeteiligung und

Partizipation fördern kann. Viele sehen den Gang zur Wahlurne nach wie vor als bürgerliche Pflicht an, meinen aber ansonsten kaum Einflussmöglichkeiten auf die Politik zu haben. 68 % der Bevölkerung geben an, auf jeden Fall zur Wahl zu gehen, 22 % sind sich unsicher und 9 % sagen, dass sie auf keinen Fall wählen gehen. Wahlbeteiligung als Form von Partizipation korrespondiert ebenso wie ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement mit der eigenen Lebenszufriedenheit und Lebenssituation. Nichtwähler fühlen sich tendenziell eher abgehängt, haben eher Sorgen und ein eher geringes Haushaltsnettoeinkommen. Auch Jüngere und Bürger mit Migrationshintergrund sowie im Osten und im ländlichen Raum geben häufiger an, wahrscheinlich oder eher nicht zu wählen. Wenngleich aus der Wahlforschung bekannt ist, dass in Umfragen mehr Menschen angeben, zur Wahl gehen zu wollen, als später tatsächlich wählen, ist doch ein erheblicher Bevölkerungsteil – in dieser Befragung 22 % – weder gewonnen noch verloren und kann durch die Politik noch zur Wahlteilnahme motiviert und von der eigenen Position überzeugt werden.

Abbildung 4: Wahlbeteiligung und mobilisierbares Potenzial



Basis: Wahlberechtigte; Fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht“, „keine Angabe“.

Quelle: pollytix strategic research.

Vereinzelt werden dafür mehr plebiszitäre Elemente und Formen der Bürgerbeteiligung, insbesondere auf kommunaler Ebene, gefordert. Ferner sollen Politiker die Nähe der Bevölkerung stärker suchen und mit den Bürgern in einen Dialog treten.

»Es ist einfach zu wenig, was das Volk mitbestimmt. Wir dürfen zwar den Bundestag wählen und alle möglichen anderen, aber die entscheiden dann, was wir wollen. Das ist aber nicht das, was wir wollen.«

»Hier in Dresden waren Anfänge schon da, dass man mehr ins Gespräch kommt, mehr solche Diskussionsrunden oder Gesprächsrunden hat. Dass die Politiker nicht da oben sind und das Volk da unten, sondern auf Augenhöhe diskutieren. Das müsste sich ändern.«

Mit steigendem Interesse an Politik steigt auch das Wissen um Politik und mit dem Wissen kann sich wiederum Interesse verstärken. Immerhin 78 % der Bevölkerung haben mit Politik nicht abgeschlossen, sondern wünschen sich von den politischen Akteuren, dass sie ehrlicher sind und Entscheidungen besser erklären. Parteien und Politiker sollen prägnante Informationen in verständlicher Sprache liefern und erklären, welchen Einfluss politische Entscheidungen auf das Leben der Bürger haben.

Die relativ stabile und positive Lebenssituation in Deutschland kontrastiert mit näher kommenden externen Unsicherheiten und Bedrohungen, wie beispielsweise dem Ukraine-Konflikt, Flüchtlingen oder dem Terrorrisiko, die als Gefährdung von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Deutschland wahrgenommen werden. Dies alles sorgt für Irritationen, Kritik, Unsicherheiten und Ängste (vgl. Kaiser, 2015). Bürger fühlen sich in vielfacher Weise entkoppelt, gesellschaftlich durch fehlendes Miteinander, von Politik und politischen Themen, vom Finanzsystem sowie äußeren Bedrohungen.

Bei einigen münden die zunehmende politische Komplexität und die als mangelhaft wahrgenommene politische Kommunikation in Vertrauensverlust und Kritik an Politik, Medien und auch der EU. 51 % glauben, dass die Medien in Deutschland von der Politik gelenkt werden, und nur 49 % sehen in der EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile.

Gleichzeitig sind mit 64 % nur zwei von drei Deutschen der Ansicht, dass das demokratische System in Deutschland gut funktioniert. Im Westen des Landes ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie dabei weitaus höher (67 %) als im Osten (54 %). Ferner steht Demokratiezufriedenheit im Zusammenhang mit persönlichem Wohlstand, höherer Bildung und besserer Lebenslage. Mit zunehmend prekärer Lage wächst auch die Demokratieverdrossenheit.

Abbildung 5: Übersicht Politik, Staat und demokratisches System

Ich würde mir wünschen, dass politische Entscheidungen besser erklärt werden.	78 %
Ich interessiere mich für Politik.	71 %
Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut.	64 %
Der Politik fehlt es an einer Vision, wie es langfristig in Deutschland weitergehen soll.	63 %
Die Parteien unterscheiden sich immer weniger voneinander.	53 %
Ich habe den Eindruck, dass die Medien in Deutschland von der Politik gelenkt werden.	51 %
Die Mitgliedschaft in der EU bringt Deutschland mehr Vor- als Nachteile.	49 %
Was man wählt, macht keinen Unterschied für das, was in der Politik passiert.	43 %

Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10.

Quelle: pollytix strategic research.

5.3 Aktuelle Themen

Flüchtlinge und Einwanderung

Zum Befragungszeitpunkt war die Flüchtlingsfrage mit 55 % bereits das wichtigste Thema, das ungestützt als jenes benannt wurde, um das sich die Politik stärker kümmern sollte. Dabei werden die Themen Flüchtlinge, Einwanderung und EU verknüpft und polarisieren stark. Die Frage nach dem Umgang mit Flüchtlingen spaltet die Gesellschaft. Einerseits bestehen Ängste, dass angesichts der hohen Flüchtlingszahlen die Probleme der Bevölkerung vernachlässigt werden. 69 % geben zwar an, nichts gegen Flüchtlinge in der Nachbarschaft zu haben, dennoch fordern die Befragten mehr Mitspracherecht zum Beispiel beim Bau von Flüchtlingsunterkünften.

»Ich habe eigentlich nichts gegen Ausländer, aber warum werden die Leute, die im direkten Umfeld wohnen, nicht gefragt, ob sie es wollen? Ich finde, wir nehmen viel zu viele Flüchtlinge auf.«

»Klar soll man den Menschen helfen, außer Frage, aber man muss nicht den Zuwanderern mehr geben als dem eigenen Volk.«

Andererseits verstehen 57 % der Bürger Einwanderung als Chance, insbesondere junge Menschen (18 bis 29 Jahre), aber auch Bürger der Altersgruppe 60 bis 69 Jahre. Lediglich in der mittleren Altersgruppe und unter Älteren (70+ Jahre) ist die Befürwortung etwas geringer. Dennoch haben viele den Eindruck, dass durch eine verfehlte Integrationspolitik Chancen verpasst werden, indem Migranten nicht ausreichend und angemessen für den Arbeitsmarkt vorbereitet und in ihn integriert werden.

»Wir brauchen Zuwanderung durch unsere Altersstruktur. Es ist eine Herausforderung, die Menschen zu integrieren und ihnen Arbeit zukommen zu lassen. Bestimmte Qualifikationen werden nicht anerkannt.«

Uneinig ist sich die Bevölkerung auch darüber, wer als Flüchtling aufgenommen werden sollte und wer nicht. Eine Mehrheit von 56 % votiert dafür, Flüchtlinge, die nicht politisch verfolgt werden, konsequent abzuschieben. Immerhin 37 % der Befragten sprechen sich dafür aus, auch Flüchtlinge aufzunehmen, die vor Armut aus ihrem Land fliehen. Einig ist sich die Bevölkerung jedoch darin, straffällige Ausländer abzuschieben.

Abbildung 6: Übersicht Flüchtlinge und Einwanderung

Ich habe nichts dagegen, dass Flüchtlinge in meiner Nachbarschaft untergebracht werden.	69 %
Deutschland sollte Einwanderung als Chance für unser Land begreifen.	57 %
Flüchtlinge, die nicht politisch verfolgt werden, aber vor großer Armut aus ihrer Heimat fliehen, sollten in Deutschland aufgenommen werden.	37 %

Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10 sowie einfache Zustimmung.

Quelle: pollytix strategic research.

Arbeit und Löhne

Nach Ansicht vieler Bürger baut die Politik Ungerechtigkeiten und Chancenungleichheiten unzureichend ab. Rahmenbedingungen für soziale Gerechtigkeit zu schaffen ist eine zentrale Forderung der Bevölkerung an die Politik, dazu zählen zunächst angemessene Entlohnung und stärkere Anerkennung von Leistung. Der ausgeprägte Leistungsgedanke in der Bevölkerung sensibilisiert für wahrgenommene Verletzungen der Leistungsgerechtigkeit, die demotivierend wirken. Dabei handelt es sich um Niedriglöhne, aber auch um mangelnde Unterstützungsmaßnahmen und politische sowie bürokratische Hürden für Arbeitssuchende, Berufseinsteiger, ältere Menschen, aber auch Selbstständige und jene, die etwas aufbauen wollen. Sie fühlen sich in ihrer Eigeninitiative ausgebremst.

»Leute, die sich was aufbauen wollen, werden ausgebremst und geschröpft.«

Wachsende Vermögens- und Einkommensunterschiede lassen in der Breite der Gesellschaft das Gefühl entstehen, dass sich Arbeit nicht mehr lohnt. Insbesondere im Niedriglohnsektor und in Sozialberufen werden deutliche Lohnerhöhungen gefordert. Löhne, die kaum über Hartz-IV-Niveau liegen und/oder zum Aufstocken zwingen, verletzen nach Ansicht aller Bürger den Gedanken der Leistungsgerechtigkeit empfindlich. Vollzeit zu arbeiten und dennoch aufstocken zu müssen, demotiviert und wird als ungerecht empfunden. Eine überwältigende Mehrheit von 93 % der Bevölkerung spricht sich dafür aus, dass Arbeitnehmer mit niedrigen und mittleren Einkommen mehr Netto vom Brutto erhalten.

»Ich finde es eine große soziale Ungerechtigkeit, dass es Leute gibt, die jeden Tag arbeiten und trotzdem wird es knapp am Ende des Monats.«

Die Einführung des Mindestlohns wird demzufolge in allen Gruppen begrüßt. Zugleich befürchten und erwarten die Bürger aber, dass Mindestlohnregelungen umgangen werden, sodass sie von der Politik die Überwachung der Einhaltung fordern. Auch bei Zeit- und Leiharbeitsregeln sprechen die Befragten von einem „unkontrollierbaren Wuchern“, das sie wahrnehmen und das Ängste auslöst.

»Wenn ich jetzt schon wieder höre, dass viele da ein Schlupfloch finden und anders agieren, wozu wurde es dann beschlossen?«

Ein weiterer Aspekt von Chancengleichheit bzw. -ungleichheit, der bereits benannt wurde, ist der Wiedereinstieg von Müttern und Vätern in das Berufsleben. Dabei berichten jene Gesprächspartner, die eine hohe Bereitschaft zeigten, nach der Elternzeit wieder ins Berufsleben zurückzukehren, durchweg von schlechten Erfahrungen mit Jobcentern. Das Jobcenter wirkt auf viele Arbeitssuchende eher desillusionierend als hilfreich. Arbeitssuchende fühlen sich bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung häufig nicht kompetent und effizient beraten, sondern nur verwaltet und abgefertigt.

»Man ist eine Nummer und wird in verschiedene Mappen gepackt. Ich habe mir mehr Kundenservice gewünscht, nicht am Fließband abgearbeitet zu werden.«

Bei der Stellensuche erhielten sie kaum Unterstützung, es würden ihnen zu wenige und keine konkreten Fördermöglichkeiten aufgezeigt und die Mitarbeiter erscheinen den Bürgern überfordert und desinteressiert. Die Arbeitssuchende fühlen sich durch das Jobcenter und dessen Bürokratie eher gegängelt und ausgebremst.

»Ich bin eine ganze Zeit lang zum Arbeitsamt gelaufen und hatte das Problem, dass ich Akademikerin bin. Akademiker bekommen keine großen Fort- und Weiterbildungen.«

Auch hier wird gefordert, Arbeitssuchende nicht in einen Topf zu werfen und als Nummer zu verwalten, sondern sie stärker nach individuellen Bedürfnissen und entsprechend ihren Bemühungen zu unterstützen.

Die Sicht auf den Arbeitsmarkt wird durch Lebenssituation und Alter geprägt. Jüngere Menschen wünschen sich eine bessere Unterstützung bei der Berufs- und Studienwahl.

»An der Schule haben sie genau einen Tag gehabt, wo wir uns mit Beratern unterhalten konnten. Und das Einzige, was mir gesagt wurde, war: »Mit Ihrem Abi-Schnitt können Sie das vergessen.««

Ältere Menschen sehen im Falle von Arbeitslosigkeit größere Probleme und Sorgen, wieder in Beschäftigung zu kommen.

»Ich hab mich schon ein paar Mal beworben bei verschiedenen Firmen und man bekommt eben eine Absage. Wer stellt einen ein mit 60?«

62 % der Bevölkerung stimmen zu, dass technologischer Fortschritt und Digitalisierung neue Arbeitsplätze schaffen und die Arbeit eher erleichtern. Insbesondere junge Menschen sehen darin eher Chancen. Viele Bürger erhoffen sich durch Digitalisierung eine Erleichterung ihres Arbeits- und auch Alltagslebens, bei administrativen Themen, Steuerangelegenheiten oder Behördengängen. 66 % aller Befragten würden die Modernisierung der Verwaltung befürworten, damit Behördenangelegenheiten erleichtert oder erspart und online erledigt werden könnten.

In den Gesprächen mit Bürgern verschiedenen Alters hat sich gezeigt, dass die private aktive Nutzung von Medien und Informationstechnologien in allen Altersgruppen Berührungängsten entgegenwirkt. Es bestehen wenig Bedenken, durch Digitalisierung den Arbeitsplatz zu verlieren oder mit der Technik überfordert zu werden. Es besteht dagegen die Bereitschaft, sich moderne Arbeitsweisen und Technologien anzueignen. Viele Berufe werden außerdem nach Ansicht der Bürger unabhängig von neuen Technologien fortbestehen.

»Ein Computer schmeißt noch keinen Dachziegel auf das Dach.«

»Man muss sich belesen, reinarbeiten und dann geht das eigentlich.«

Mit der Pluralisierung von Lebensformen, Flexibilisierung und Individualisierung sind Jobwechsel und Brüche in der Berufsbiografie zum Normalfall geworden und werden als Zeichen von Flexibilität nicht nur negativ, sondern durchaus auch positiv bewertet. Diese Flexibilisierung sowie Hektik und hohe Anforderungen verstärken aber auch den Wunsch nach flexibleren Arbeitszeitmodellen, vor allem unter Menschen im mittleren Alter, sodass auch Beruf und Familie besser zu vereinen sind. Dazu zählt auch, Unternehmensstrukturen und Bedingungen zu schaffen, die mehr Flexibilität ermöglichen.

»Warum haben große Firmen nicht einen Betriebskindergarten? Es ist ja für jüngere Generationen ein Problem, wenn sie arbeiten gehen wollen, dann wissen sie nicht, wohin mit dem Kind.«

83 % stimmen zu, dass es zu einem guten Arbeitsplatz gehört, die Möglichkeit zu haben, flexibel mal mehr, mal weniger zu arbeiten. 79 % der Bevölkerung sind auch dafür, dass ältere Arbeitnehmer die Möglichkeit haben sollten, flexibel zu arbeiten und später in Rente zu gehen. Vor allem junge und ältere Menschen stimmen hier deutlich zu. Viele Befragte denken dabei bereits an die eigene finanzielle Situation im Alter. Vom Gedanken an eine frühe Rente haben sich viele aufgrund der Sorge vor Altersarmut bereits verabschiedet. Ferner wird auch an die Solidargemeinschaft in der alternden Bevölkerung gedacht.

»Eine Rente mit 63 halte ich für katastrophal, denn die sozialen Systeme brechen irgendwann zusammen.«

»Heute ist man drauf angewiesen, noch zu arbeiten, weil es nicht reicht, Hartz IV als Grundversorgung, davon kann man nicht leben und nicht sterben und Hobbys kann man sich gar nicht leisten.«

Abbildung 7: Übersicht Arbeit und Löhne

Arbeitnehmer mit niedrigen und mittleren Einkommen sollten mehr Netto vom Brutto bekommen.	93 %
Zu einem guten Arbeitsplatz gehört die Möglichkeit, flexibel mal mehr oder mal weniger zu arbeiten, um Beruf und Familie vereinbaren zu können.	83 %
Für ältere Arbeitnehmer sollte es mehr Möglichkeiten geben, flexibel zu arbeiten und später in Rente zu gehen.	79 %
Deutschland sollte die Verwaltung so modernisieren, dass sich Bürger Behördengänge sparen und online erledigen können.	66 %
Technologischer Fortschritt und Digitalisierung schaffen Arbeitsplätze und machen die Arbeit eher leichter für die Menschen.	62 %

Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10 sowie einfache Zustimmung.

Quelle: pollytix strategic research.

Steuern und Sozialsystem

Neben niedrigen Löhnen auf der einen Seite sind es Steuern auf der anderen Seite, die das Gerechtigkeitsgefühl der Bürger strapazieren. 80 % sind der Ansicht, dass Millionen-erbschaften höher besteuert werden sollten, damit Reiche nicht immer reicher werden.

Befragte mit niedrigem Haushaltsnettoeinkommen (bis 2.000 Euro) stimmen überdurchschnittlich zu. 72 % fordern auch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht.

»Eine gerechtere Verteilung der Steuern wäre anders. Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer ... Die ganzen Schlupflöcher, die Großfirmen haben, wo Milliarden Steuern weggewischt werden können, warum auch immer.«

Der Sozialstaat hat in der deutschen Bevölkerung insgesamt große Bedeutung und positives Ansehen (vgl. auch Nüchter et al., 2009), jedoch wird sozialstaatliches Handeln in vielerlei Hinsicht negativ bewertet. Dazu zählen das eher geringe Vertrauen in Institutionen des Sozialsystems und die geringe Zuversicht, dass politische Akteure die Probleme lösen werden. Für die Zukunft werden Verschlechterungen von Absicherung und Versorgung erwartet.

Hinsichtlich der Sozialsysteme macht sich bei vielen Steuerzahlern vor allem Unmut darüber breit, dass die Sozialsysteme zunehmend ausgenutzt würden, und sie fordern Maßnahmen von der Politik, dies zu unterbinden.

»Das ganze Sozialsystem ist vom Grundgedanken her eine super Sache, bin ich der Meinung, aber Leute, die sich darauf ausruhen, die praktisch zwar eine Qualifikation haben und auch einen Job da machen können, diesen aber nicht annehmen, weil die sich zu schade dafür sind, solche Menschen kann ich auf den Tod nicht leiden.«

»Finanziell ist der Staat zu sozial. Ich beobachte viele Leute, die dem Staat auf der Tasche liegen und demnach auch mir, weil ich der Steuerzahler bin.«

Unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit wird sehr stark unterschieden zwischen staatlicher Hilfe für Not leidende Menschen und Hilfe für diejenigen, die nicht arbeiten wollen. Allgemein herrscht die Ansicht vor, dass diejenigen, die sich in einer unverschuldeten Notlage befinden, stärker unterstützt werden sollten. Diejenigen jedoch, die als nicht leistungsbereit angesehen werden oder dem Leistungsdruck nicht gerecht werden, werden stark kritisiert.

»Ich finde, jeder kann sich einen gewissen Lebensstandard erarbeiten, es gibt auch zahlreiche Unterstützungen dafür. Aber man darf sich nicht ausruhen und den ganzen Tag dasitzen und Bier trinken. Ehrgeiz ist wirklich eine große Priorität.«

»Derjenige, der Hilfe braucht, soll unterstützt werden. Und andere sollten auch in den Hintern getreten werden, um von der Couch runterzukommen. Derjenige sollte gefordert werden. Aber wer Hilfe braucht, der soll auch Hilfe bekommen.«

An der Unterstützung Not leidender Menschen wird kritisiert, dass das System hier teilweise versage. Gleichzeitig besteht die Forderung, das System auf eine breitere Basis zu stellen. So fordern 86 %, dass auch Selbstständige und Beamte in das Sozialversicherungssystem einzahlen. Während Beamte hier lediglich zu 45 % zustimmen, sind sogar Selbstständige mit 80 % Zustimmung eher dafür.

Als wachsendes gesellschaftliches Problem wurde in den Gesprächen die Altersarmut genannt. Altersarmut stellt ein abstraktes Sorgenthema dar, das viele Bürger aber gerne verdrängen.

»Ich weiß, dass viele Rentner am Existenzminimum sitzen. Das heißt, die haben 860 Euro mit Zuschuss.«

Die jüngere Generation akzeptiert dieses Risiko aber bereits. Während für die aktuelle Rentnergeneration noch auskömmliche Bezüge angenommen werden, sind die Erwartungen für die mittlere Generation bereits getrübt. Hinreichende Renten werden nicht mehr unterstellt. Für die jüngere Generation rechnen die Bürger überhaupt nicht mehr mit dem Erhalt einer Rente, einige erwarten den vollständigen Zusammenbruch des Rentensystems. Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung ist bei jüngeren Bürgern praktisch nicht mehr vorhanden. Sofern es sich Bürger leisten können, sorgen sie daher privat vor, teilweise durch den Erwerb von Wohneigentum, das von einigen noch als beste Altersabsicherung angesehen wird.

»Jeder muss für sich seinen Weg finden, um sich für das Alter abzusichern, weil wir auf das staatliche Rentensystem nicht mehr verlässlich zugreifen können.«

»Wir haben uns für eine Immobilie entschieden. Wenn alles gut geht, haben wir das Haus bis zur Rente abbezahlt. Selbst wenn die Rente niedriger ausfällt, können wir unseren Lebensabend dann gut bestreiten. Wenn Sie mich aber in Bezug auf meine Kinder fragen würden, da wird mir angst und bange.«

Ebenso wie Altersarmut ist auch Pflege ein Thema, mit dem sich die Bürger eher ungerne beschäftigen. Hier werden als Probleme vor allem der Mangel an qualifiziertem Personal und die schlechte Bezahlung von Pflegekräften genannt.

»Mittlerweile müsste noch mehr getan werden, weil wir immer älter werden. Dass genug Pflegepersonal da ist und die auch gescheit bezahlt werden. Wenn genug Pflegepersonal da ist, die gut dafür bezahlt werden für diesen so wichtigen Knochenjob, dann geht es den alten Menschen auch seelisch besser.«

Insgesamt wird die medizinische Versorgung in Deutschland positiv bewertet und geschätzt, doch die Bürger stellen auch eine Entwicklung hin zu einer Zweiklassenmedizin fest, auch weil sie selbst erlebt haben, dass Privatpatienten bevorzugt behandelt und umfassender versorgt werden.

»Ich bin Kassenpatient. Da muss man ganz klar Abstriche machen [...]. Als Privatpatient genießt man schon gewisse Vorzüge, weil die mehr Leistung bieten.«

Abbildung 8: Übersicht Steuern und Sozialsystem

Auch Selbstständige und Beamte sollten in das staatliche Sozialversicherungssystem einzahlen.	86 %
Millionenerbschaften sorgen dafür, dass Reiche immer reicher werden, und sollten daher höher besteuert werden.	80 %
Hohe Einkommen und Vermögen sollten stärker besteuert werden, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht.	72 %

Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10 sowie einfache Zustimmung.
Quelle: pollytix strategic research.

Wirtschaft und Investitionen

79 % der Bevölkerung bewerten die aktuelle wirtschaftliche Lage im Land insgesamt positiv. Im Vergleich mit anderen Ländern ist Deutschland nach Ansicht der Befragten gut aufgestellt und gut durch die Wirtschaftskrise gekommen.

»In anderen Ländern sind die wirtschaftlichen Verhältnisse schlechter, da gibt es mehr Arbeitslosigkeit.«

»Ich finde, es läuft relativ gut. Der DAX erreicht Höchstwerte, die Wirtschaft brummt.«

42 % der Bevölkerung sehen Deutschlands Wirtschaft aber als zu träge an und haben Sorge, dass Deutschland in Zukunft ökonomisch abgehängt werden könnte. Vor allem in Bevölkerungsgruppen mit niedrigerem Einkommen und niedrigerer formaler Bildung herrscht diese Befürchtung vor. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung (54 %) ist hingegen der Ansicht, dass Deutschlands Wirtschaft für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Nur 28 % der Bürger sind auf Sparkurs und der Meinung, dass der Staat überschuldet sei und sparen müsse, um keine neuen Schulden zu produzieren. Eine deutliche Mehrheit von 66 % spricht sich für mehr Investitionen, auch wenn das neue Schulden bedeutet, und gegen einen radikalen Sparkurs aus.

»Ich bin durchaus dafür, eine Haushaltskonsolidierung durchzuführen. Aber ich muss nicht alles andere vergessen, um dieser schwarzen Null gerecht zu werden.«

»Die gute wirtschaftliche Lage hat nichts mit der Politik zu tun, das wurde durch Qualität erreicht. Im Moment wird durch die Politik nur verwaltet. Es darf nicht ewig so weitergehen, denn sonst werden Sachen vernachlässigt.«

Damit Deutschland auch morgen noch gut dasteht, soll in Infrastruktur, Straßen, Brücken, aber auch Schulen und Bildung investiert werden.

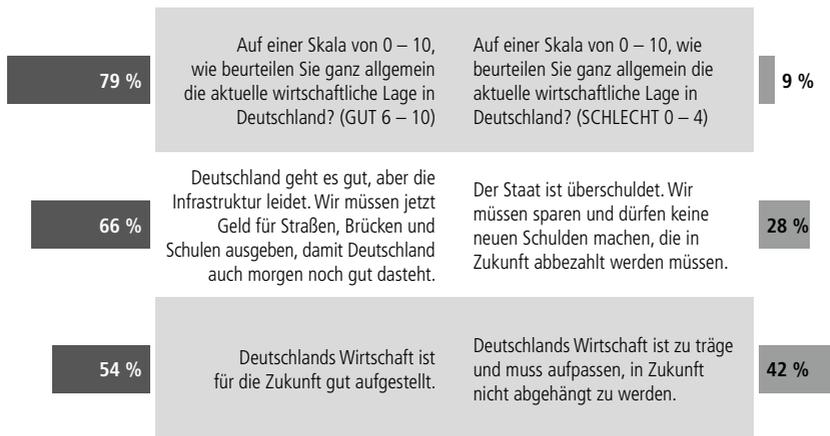
„Mehr Lehrer einstellen! In die Zukunft unserer Kinder investieren, in eine vernünftige Ausbildung. Da sind andere Länder viel weiter als wir.“

Diese mehrheitliche Forderung besteht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen, unter jungen und alten Menschen, in allen Bundesländern, im Osten und Westen, im ländlichen und urbanen Raum, bei Männern und Frauen und in allen Einkommensgruppen. Ferner wird stärkere Transparenz darüber gefordert, welche Projekte mit welchen Geldern finanziert werden. Häufig wird beklagt, dass Geld in „unsinnige Projekte“ oder Banken fließe und wichtige gesellschaftliche Bereiche vernachlässigt würden.

»Es ist wichtig, Geld in Projekte zu stecken, die auch sinnvoll sind. Es gibt Straßen, die einfach Holperstrecken sind, dass man die flickt oder neu macht.«

»Die Politik ist gefragt, die jungen Menschen zu fördern, die jungen Betriebe und die Wirtschaft, nicht die Banken.«

Abbildung 9: Übersicht Wirtschaft und Investitionen



Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) und Ablehnung (0 bis 4) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10 sowie einfache Zustimmung/Ablehnung. Fehlende Werte zu 100 %: (5), „weiß nicht“, „keine Angabe“.

Quelle: polityix strategic research.

Bildungs- und Familienpolitik

Im Zusammenhang mit Arbeitnehmerfreundlichkeit, der Unterstützung von Familien, Geschlechter- und Bildungsgerechtigkeit stehen auch Forderungen der Bürger nach einer Verbesserung der Kinderbetreuung und Bildungspolitik. Dabei werden vor allem eine bessere und auch individuellere Förderung sowie Investitionen in Personal und Ausstattung nachgefragt.

Betreuungszeiten seien bisher nicht arbeitnehmerfreundlich genug gestaltet, der Betreuungsschlüssel müsse verbessert werden und es wird eine deutlich bessere Bezahlung der Erzieher für notwendig erachtet.

»Es ist ein Krampf, einen Kitaplatz zu bekommen. Es werden keine Grundvoraussetzungen dafür geschaffen. Meine Tochter hat Schwierigkeiten, einen Kitaplatz zu kriegen, der neun Stunden plus ist.«

»Die Qualität lässt aber sehr zu wünschen übrig, weil das eigentlich nur eine Verwehrstation ist. Überforderung an allen Stellen, zu viele Kinder mit zu wenigen Fachkräften auf einen Platz gepfercht.«

Das Bildungssystem wird von einigen als chaotisch und auch ungerecht wahrgenommen. Es bestehe ein hoher Investitionsbedarf, viele Schulen werden als sanierungsbedürftig wahrgenommen, es fehle an Schulplätzen und qualifizierten Lehrkräften.

In diesem Kontext wird auch Kritik am Föderalismus geübt und beklagt, dass jedes Bundesland sein Bildungssystem selbst gestaltet, sodass unterschiedliche Lehrpläne und Bedingungen in den Bundesländern Vergleichbarkeit und Bildungsgerechtigkeit behindern.

»Jedes Bundesland kocht seine eigene Suppe hinsichtlich der Bildungspolitik. In unserer modernen Zeit ist das schwachsinig. Eltern und Kinder sind durch Arbeitsverhältnisse ständig gezwungen, den Wohnort zu wechseln. In einem Bundesland wird das unterrichtet und im nächsten etwas anderes. Das ist etwas, da geht unsere Bildungspolitik an der Realität vorbei.«

Ferner nimmt die Bevölkerung wahr, dass auch Kinder heute schon früh einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt sind und bis zum Abitur starker Druck auf ihnen lastet. In der Leistungsgesellschaft herrschen die Wahrnehmung und Erwartung vor, dass nur das Abitur Chancen ermöglicht, Real- und Hauptschüler würden hingegen häufig als Schüler zweiter Klasse stigmatisiert, die sich Chancen verbauen.

»Eigentlich geht nichts anderes mehr als Gymnasium. Das Handwerk hat totale Nachwuchsprobleme, aber selbst als Dachdecker braucht man heutzutage Abitur.«

77 % der Bevölkerung sind der Ansicht, dass andere Bildungsabschlüsse als das Abitur zu gering geschätzt würden und es zu geringe Möglichkeiten und Entwicklungschancen für Schüler mit mittleren Schulabschlüssen gebe. Damit niemand zurückgelassen und mehr Chancengleichheit im Bereich der Bildung gewährleistet wird, wünschen sich 83 % der Bürger auch, dass Kinder möglichst lange gemeinsam lernen.

Insgesamt stimmen 84 % der Bevölkerung zu, dass Familien mit Kindern mehr Unterstützung benötigen, da auf ihnen im Alltag großer Druck lastet. Berufstätige Eltern und Alleinerziehende stimmen hier überdurchschnittlich stark zu. Elterngeld und Elternzeit werden begrüßt, sollten aber flexibler in Anspruch genommen werden können. Darüber hinaus wünschen sich die Bürger flexiblere Arbeitszeiten. An die Politik ergeht hier der Auftrag, dafür entsprechende Voraussetzungen zu schaffen.

»Die Geschichte mit der Elternzeit ist zwar gut und schön, aber das ist halt ein Jahr, was man bekommt, also nicht so viel. Und es ist ein bisschen unflexibel, wann man das nehmen kann. Man ist ja an diese festen Monate gebunden.«

In Bezug auf die berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern wird die Einführung der Frauenquote eher kritisch oder nur als erster Schritt gesehen. Für viele ist sie zu lebensfern und betrifft den eigenen Arbeitsalltag kaum. Ein paar „Quotenfrauen“ in den Chefetagen großer Unternehmen ändern in den Augen vieler Menschen nichts an der eigenen Lebenssituation und den eigenen Chancen.

„Die Debatte, dass Frauen schlechter bezahlt werden, dass es in Vorständen und Führungspositionen viel weniger Frauen gibt, merke ich nicht persönlich, das liest man eher. In persönlichen Beziehungen merkt man das aber, dass man als Frau negativer behandelt wird, nicht so kompetent.“

Andere werten die Frauenquote auch als zu starken Eingriff des Staates in die Wirtschaft.

„Was hat die Politik damit zu tun, wer bei Großunternehmen in der Führung sitzt? Da haben die nichts zu suchen.“

Viel wichtiger erscheinen vielen Bürgern die Unterschiede im Alltag, persönlichen Umfeld und Beruf, gleiche und geschlechtsunabhängige Bezahlung „normaler Menschen“ für gleiche Arbeit, mehr Männer in Sozialberufen und die Förderung junger Berufseinsteiger.

Abbildung 10: Übersicht Bildung und Familie

Familien mit Kindern sollten mehr unterstützt werden, da auf ihnen im Alltag großer Druck lastet.	84 %
Kinder sollten möglichst lange gemeinsam lernen, damit niemand zurückgelassen wird.	83 %
Andere Bildungsabschlüsse als Abitur werden in Deutschland zu wenig wertgeschätzt.	77 %

Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10.

Quelle: pollytix strategic research.

5.4 Zusammenfassung: verbindende und trennende Elemente

Abschließend lässt sich am Ende dieses Kapitels hinsichtlich der Gesamtbevölkerung zusammenfassen: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland wird insgesamt positiv bewertet und die Lebenszufriedenheit im Land ist allgemein hoch, insbesondere im Vergleich mit anderen Ländern. Selbstbestimmung, ein fester Wertekanon sowie Leistung besitzen einen hohen Stellenwert in der Bevölkerung. Die Menschen definieren sich nicht zuletzt über die erbrachte Leistung. Mehrheitlich besteht in der Bevölkerung der Glaube, dass sich Leistung lohnt und dadurch etwas erreicht werden kann.

Die Bürger sind stolz auf ihre eigene Leistung und erwarten dafür eine angemessene Entlohnung und Anerkennung. Mit der wachsenden Forderung nach Flexibilität und Einsatz wächst auch der Wunsch nach Anerkennung.

Das Bewusstsein für Ungerechtigkeit ist stark ausgeprägt und es besteht die Erwartung an die Politik, soziale Ungerechtigkeit und Chancenungleichheiten abzubauen. Die „Härte der Leistungsgesellschaft“, welche die Befragten selber oft fordern, wachsende Konkurrenz, Unsicherheiten und Unmut über Ungerechtigkeit bewirken gleichzeitig, dass ein Großteil der Bevölkerung sich wieder mehr Zusammenhalt sowie mehr Hilfe für Not leidende Menschen wünscht.

Hinzu kommen die vielfachen Unsicherheiten und zunehmenden Komplexitäten, die in der Gesellschaft zu Ängsten und Gefühlen von Ohnmacht, Entkopplung, Irritation, Resignation und Verdrossenheit führen. Das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des Systems ist begrenzt. Die Bevölkerung erwartet Verschlechterungen und zunehmende Unsicherheiten, beispielsweise hinsichtlich der Sozialversicherungssysteme und hier insbesondere der Rentenversicherung.

Forderungen an Politik und Gesellschaft erwachsen aus dem privaten Alltagsleben, aus persönlichen Erfahrungen und Einstellungen der Menschen. Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung steht unter finanziellem und/oder zeitlichem Druck und wünscht sich vor allem mehr Hilfe und Erleichterung bei alltäglichen Dingen, wie Kinderbetreuung, Alterssicherung, flexibler Arbeitszeitgestaltung, der Suche nach Arbeit oder Verwaltungsangelegenheiten. In der Wahrnehmung vieler Bürger ist Politik von diesen Alltagsproblemen aber weit entfernt und bietet hier keine Lösungen. Es werden ferner mehr Kommunikation zwischen Politik und Bürger auf Augenhöhe und Politiker mit Profil, mit festen Werten und Haltungen gewünscht.

Das Thema „Einwanderung und Flüchtlinge“ beschäftigt die gesamte Bevölkerung. Das politische Handeln in diesem Bereich schätzen viele Bürger als konzeptlos und überfordert ein. Gerade weil man diesem Thema große Bedeutung beimisst, verstärkt diese negative Sichtweise auf die Flüchtlingspolitik die Unsicherheiten zusätzlich.

Auch Konfliktpotenzial und trennende Elemente innerhalb der Gesellschaft lassen sich bereits identifizieren: Das Gefühl, dass Leistung nicht angemessen gewürdigt wird, führt bei einem Teil der Bevölkerung dazu, den Glauben an das Leistungsversprechen

und die Motivation zu verlieren. Vielfach besteht das Gefühl, trotz Anstrengung und Leistung nicht von der insgesamt guten wirtschaftlichen Lage zu profitieren und davon entkoppelt zu sein.

Auf der einen Seite sind dadurch Tendenzen eines Rückzugs in das Private und eigene soziale Umfeld spürbar. Passivität nimmt zu und es kommt zu Abschottung. Auf der anderen Seite entlädt sich Unzufriedenheit vermehrt in Protestbewegungen, teilweise auch in Radikalität oder es kommt zu einer stärkeren Politisierung. Unterschiede in der Bevölkerung bestehen im Umgang mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, hinsichtlich der individuellen Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit und deren Ausmaßes, der eigenen sozialen Lage und Lebenszufriedenheit, aber vor allem auch in Einstellungen, Haltungen und daraus resultierenden Erwartungen an Gesellschaft, Staat und Politik. Damit unterscheidet sich letztlich auch die Bereitschaft zur Unterstützung der Demokratie.

Im folgenden Kapitel werden an einer Reihe von Einstellungen und Merkmalen Bevölkerungssegmente identifiziert, die sich in Bezug auf die persönliche Lage sowie politische und gesellschaftliche Einstellungen unterscheiden.

6 Einzelne Etappen: Segmente in der deutschen Bevölkerung

6.1 Hintergrund der einstellungsbasierten Segmentierung

Sozialer Wandel bedeutet zugleich Wertewandel, denn gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen wirken sich langfristig auf Werte und Einstellungen aus. Mit dem Wandel zu einer modernen und liberalen Gesellschaft wurden materialistische Werte aus Zeiten der Industrialisierung, die zuvor soziale Schichten und Klassen kennzeichneten, durch postmaterialistische und libertäre Werte der Individualisierung ergänzt und teilweise abgelöst.

Nach Ingleharts Theorie des Wertewandels (1977) richten sich Werteprioritäten einer Gesellschaft immer nach den knappen Ressourcen, die zur Lebensbewältigung zur Verfügung stehen. Ein Wertewandel erfolgt, wenn ein Mangel an bestimmten Lebensgrundlagen oder Bedürfnissen entsteht. Jene Bedürfnisse, die knapp sind, gewinnen an Bedeutung. Während die Generation nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere materielle Güter benötigte, verstärkten sich mit dem wachsenden Wohlstand der nachfolgenden Generation kulturelle, soziale und intellektuelle Bedürfnisse. Das Streben nach Vermögen, Besitz, Kapital, Stabilität, Sicherheit, Ordnung sowie nationalstaatliches Denken oder Patriotismus traten in den Hintergrund, während Bedürfnisse nach Freiheit, Selbstentfaltung, Individualisierung, Partizipation, gelebter Demokratie, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung, Umweltschutz oder Multikulturalität zunehmend in das Bewusstsein rückten (vgl. auch Neugebauer, 2007; Müller, 2012).

Damit verbunden nahmen auch Bedeutung und Ansehen von autoritären Werten sowie Pflicht- und Akzeptanzwerten ab, die zuvor zum Erreichen und Sichern materieller Güter gedient hatten, beispielsweise Disziplin, Pflichterfüllung, Treue, Unterordnung, Fleiß, Bescheidenheit, Selbstbeherrschung, Pünktlichkeit oder Anpassungsbereitschaft. Mit dieser Veränderung und der Bedeutungszunahme von Selbstverwirklichung kam

gleichzeitig Kritik auf, die der Gesellschaft zunehmenden Egoismus und Werteverfall attestierte (Müller, 2012). Andererseits nahm mit Selbstverwirklichung und Protestbewegung auch gesellschaftspolitisches Engagement zu, insbesondere unter jungen höher Gebildeten, das weniger auf Pflichtgefühl als auf freiwilliger Basis beruhte.

In den 1990er-Jahren wuchs der Anteil der Menschen, die einer Mischung aus postmaterialistischen und zugleich materialistischen Werten anhängen, deutlich. Diese Entwicklung wird auf neue Unsicherheiten (Zusammenbruch des Ostblocks, Globalisierung und Weltmarktkonkurrenz, Arbeitslosigkeit sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise) zurückgeführt, die Sorgen um den eigenen Wohlstand verstärkt haben. Ferner setzt die neuere Wertforschung Selbstverwirklichung nicht mehr mit Postmaterialismus gleich, sondern geht davon aus, dass sie sich sowohl auf hedonistisch-materialistisches als auch idealistisches Streben beziehen kann.

Selbstverwirklichung hat insgesamt stark an Bedeutung gewonnen, aber dennoch bestehen in der Bevölkerung unterschiedliche Orientierungen nebeneinander. Mehr oder weniger stark tendieren Menschen zu materialistischen oder idealistischen Werten, zu autoritären oder libertären Werten, zu Pflicht- und Selbstentfaltungswerten oder es finden sich Mischformen, abhängig von persönlichen Ressourcen, Lebenssituationen und Mängeln. Die Wertorientierungen steuern Einstellungen und Handlungsweisen eines Individuums und damit dessen Lebensziele, Lebensweise, Bereitschaft zu Partizipation und Wahrnehmung sowie Akzeptanz des demokratischen Systems.

Wenngleich ein Wertewandel eine Gesellschaft und Kultur als Ganzes durchdringt, weisen nicht alle Gesellschaftsmitglieder ähnliche Wertorientierungen auf, vielmehr hat der Wertewandel zu einer Pluralisierung von sozialen Milieus, Bevölkerungsgruppen und Lebensstilen beigetragen, die sich einzeln betrachten lassen. Die Bevölkerung kann nur durch die Differenzierung einzelner Segmente angemessen beschrieben, analysiert und erreicht werden.

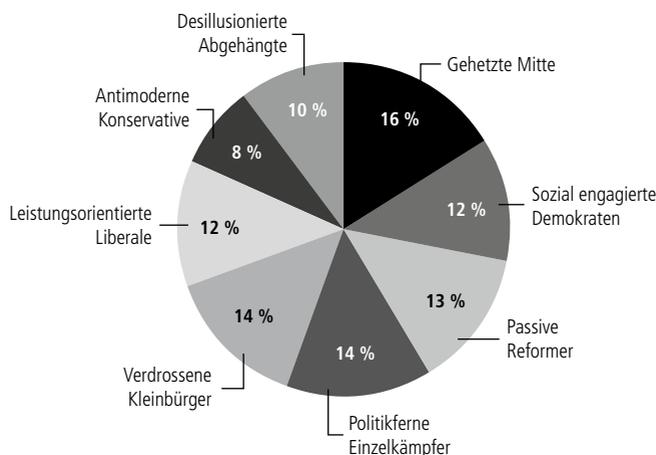
Die Fokusgruppen und ethnografischen Interviews lieferten erste Erkenntnisse zu Werthaltungen, Einstellungen und Themenprioritäten verschiedener Bevölkerungsgruppen, die anschließend einstellungsbasiert und quantitativ fundiert wurden. Zur differenzierten Analyse wurden segmentspezifische Einstellungen zu Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und einzelnen politischen Metathemen sowie zur eigenen Lage und persönlichen Lebensumständen erhoben.

Die Ergebnisse zu den einzelnen Segmenten werden im folgenden Abschnitt präsentiert. Im Anschluss an die Segmentierung werden die einzelnen Segmente hinsichtlich ihrer Demografie, Lebensweise, beruflichen Situation, Mängel, Lebenszufriedenheit, Unterstützung von Politik und Gesellschaft sowie Auseinandersetzung mit Politik profiliert und prototypisiert.

6.2 Segmentenspezifische Einstellungen

Basierend auf der Zustimmung zu zwölf Aussagen aus den Bereichen persönliche Situation, Sicht auf Staat und Politik, Einstellungen zu Gesellschaft und Wirtschaft sowie gesellschaftlichen Metathemen können acht voneinander abgrenzbare Bevölkerungssegmente identifiziert werden.

Abbildung 11: Verteilung der Segmente in der Bevölkerung

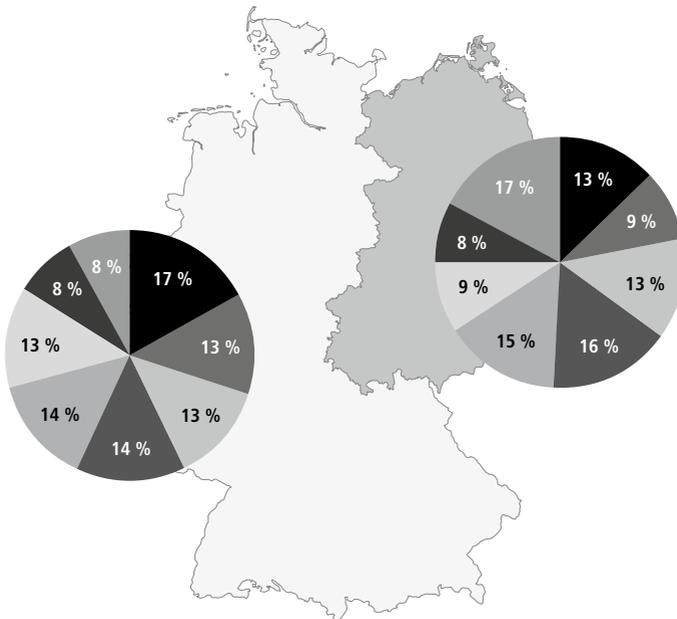


Basis: Wahlberechtigte; gegebenenfalls auftretende Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt.
Quelle: polityix strategic research.

Die Segmente haben einen unterschiedlich großen Anteil an der Gesamtbevölkerung und reichen von 8 % der *antimodernen Konservativen* bis zu 16 % der *gehetzten Mitte*. Interessant ist hierbei auch der Ost-West-Vergleich. Hier zeigt sich, dass das

Segment der desillusionierten Abgehängten einen wesentlich höheren Bevölkerungsanteil im Osten als im Westen ausmacht, während im Westen die *gehetzte Mitte*, die *sozial engagierten Demokraten* sowie die *leistungsorientierten Liberalen* stärker vertreten sind. Auch ein Blick auf die Segmentanteile nach Altersgruppen (Abbildung 13) ist von Interesse. Hier zeigt sich, dass Ältere vor allem im Segment der passiven Reformen vertreten sind, zu den *desillusionierten Abgehängten* zählen vermehrt Bürger mittleren Alters, bei allen übrigen Segmenten verhält sich der Anteil nach Altersgruppen sehr ähnlich. Bei der Betrachtung nach Geschlechterverteilung (Abbildung 14) zeigt sich, dass der Anteil der Segmente der *politikfernen Einzelkämpfer*, *gehetzten Mitte* und *verdrossenen Kleinbürger* unter Frauen größer ist, während mehr Männer unter *leistungsorientierten Liberalen*, *sozial engagierten Demokraten* und *anti-modernen Konservativen* vertreten sind. Alter und Geschlecht werden an späterer Stelle in der Profilierung der Segmente nochmals betrachtet.

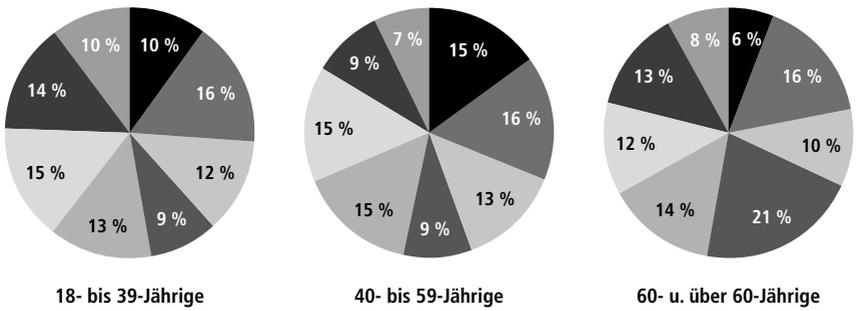
Abbildung 12: Verteilung der Segmente in Ost und West



Basis: Wahlberechtigte; gegebenenfalls auftretende Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt.

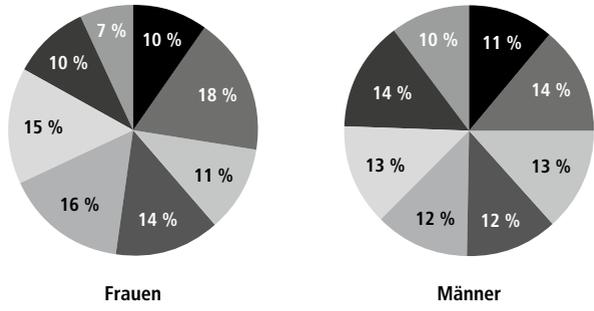
Quelle: pollytix strategic research.

Abbildung 13: Verteilung der Segmente nach Altersgruppen



Basis: Wahlberechtigte; gegebenenfalls auftretende Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt.
Quelle: pollytix strategic research.

Abbildung 14: Verteilung der Segmente nach Geschlecht



Basis: Wahlberechtigte; gegebenenfalls auftretende Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt.
Quelle: pollytix strategic research.

Was unterscheidet diese acht Segmente nun aber darüber hinaus und was zeichnet sie aus? Darauf wollen wir in den folgenden Abschnitten eingehen.

Abbildung 15: Sicht auf Politik und Staat insgesamt und nach Segmenten

	Alle Befragten	Gehetzte Mitte	Sozial engagierte Demokraten	Passive Reformer	Politikferne Einzelkämpfer	Verdrossene Kleinbürger	Leistungsorientierte Liberale	Anti-moderne Konservative	Desillusionierte Abgehängte
Ich würde mir wünschen, dass politische Entscheidungen besser erklärt werden.	78 %	84 %	73 %	87 %	90 %	73 %	65 %	80 %	80 %
Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut.	64 %	81 %	79 %	67 %	54 %	62 %	83 %	49 %	32 %
Der Politik fehlt es an einer Vision, wie es langfristig in Deutschland weitergehen soll.	63 %	60 %	53 %	82 %	85 %	23 %	41 %	90 %	92 %
Ich habe den Eindruck, dass die Medien in Deutschland von der Politik gelenkt werden.	51 %	45 %	18 %	72 %	84 %	32 %	22 %	76 %	75 %
Die Mitgliedschaft in der EU bringt Deutschland mehr Vor- als Nachteile.	49 %	60 %	74 %	45 %	40 %	36 %	71 %	35 %	31 %
Was man wählt, macht keinen Unterschied für das, was in der Politik passiert.	43 %	17 %	15 %	66 %	85 %	29 %	9 %	64 %	72 %

Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10.

Quelle: polityrix strategic research.

6.2.1 Sicht auf Politik und Staat

Abbildung 15 zeigt zunächst, dass segmentübergreifend eine große Mehrheit von 78 % der Aussage „Ich würde mir wünschen, dass politische Entscheidungen besser erklärt werden“ zustimmt. Dies suggeriert, dass trotz eines, wie oben besprochen, durchaus vorhandenen politischen Interesses Politik nur mangelhaft verstanden wird und daher der Wunsch nach einfachen, nachvollziehbaren Erklärungen besteht. Bei *politikfernen Einzelkämpfern* (90 %) und *passiven Reformern* (87 %) ist dieser Wunsch ausgeprägter als beispielsweise bei den *leistungsorientierten Liberalen* (65 %), von denen aber auch noch zwei Drittel einen Erklärungswunsch äußern.

„Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut“, finden 64 % der Bevölkerung über die Segmente hinweg. Hier zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede zwischen den Segmenten: Weit überdurchschnittlich zufrieden sind *leistungsorientierte Liberale* (83 %), die *gehetzte Mitte* (81 %) sowie *sozial engagierte Demokraten* (79 %), während von den *antimodernen Konservativen* (49 %) nur noch etwa jeder Zweite und bei *desillusionierten Abgehängten* (32 %) nicht mal jeder Dritte zufrieden ist.

Damit korrespondiert die Sicht auf die Europäische Union. Der Aussage „Die Mitgliedschaft in der EU bringt Deutschland mehr Vor- als Nachteile“ stimmen insgesamt lediglich 49 % zu, weit höher ist die Zustimmung allerdings bei *sozial engagierten Demokraten* (74 %) und *leistungsorientierten Liberalen* (71 %), während nur jeweils ungefähr ein Drittel der *verdrossenen Kleinbürger* (36 %), der *antimodernen Konservativen* (35 %) und der *desillusionierte Abgehängten* (31 %) zustimmen.

Eine gewisse Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit drücken zudem 43 % der Bevölkerung aus, die der folgenden Aussage zustimmen: „Was man wählt, macht keinen Unterschied für das, was in der Politik passiert.“ Die Spreizung ist bei dieser Aussage allerdings enorm und reicht von 9 % bei *leistungsorientierten Liberalen* bis zu 85 % bei *politikfernen Einzelkämpfern*.

„Ich habe den Eindruck, dass die Medien in Deutschland von der Politik gelenkt werden“, glauben insgesamt 51 % und drücken damit ein gewisses Misstrauen sowohl gegenüber der Politik als auch den Medien aus. Wiederum stimmen hier nur 18 % der *sozial engagierten Demokraten* und 22 % der *leistungsorientierten Liberalen* zu,

bei politikfernen Einzelkämpfern (84 %), antimodernen Konservativen (76 %) und desillusionierten Abgehängten (75 %) ist die Skepsis dagegen wesentlich größer.

Mit 63 % stimmen fast zwei von drei Deutschen der Aussage „Der Politik fehlt es an einer Vision, wie es langfristig in Deutschland weitergehen soll“ zu. Weit höher ist die Zustimmung bei *desillusionierten Abgehängten* (92 %) und *antimodernen Konservativen* (90 %), also denjenigen Segmenten, die auch schon unter anderem in Bezug auf das Funktionieren der Demokratie, der Europäischen Union und die scheinbar gelenkten Medien ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht haben.

Reflektiert wird dies in gewisser Weise auch durch die Ergebnisse aus Abbildung 16. Gefragt, welcher Sichtweise sie eher zustimmen, entscheiden sich 53 % für folgende Aussage: „In Deutschland geht es nicht vorwärts. Wir brauchen eine neue Politik, die Ideen für die Zukunft entwickelt, Dinge anpackt und auch zu Ende bringt.“ 41 % wählen nachfolgende Aussage: „Die Zeiten sind unsicher genug. Gut, dass die Regierung nichts überstürzt und Deutschland mit ruhiger Hand durch die Krisen lenkt.“ Wiederum entscheiden sich die eher unzufriedenen Segmente wie die *desillusionierten Abgehängten* (89 %) für das Anpacken, während politisch Zufriedene wie die *leistungsorientierten Liberalen* eher für eine Politik der „ruhigen Hand“ plädieren.

Schon dieser Abschnitt über Einstellungen zu Politik und Staat macht eine gewisse Spaltung in politisch Zufriedene und Unzufriedene im Land deutlich. Die folgenden Kapitel werden verdeutlichen, wie dies mit der persönlichen Lage und der Einstellung zu Trends und Themen zusammenhängt.

6.2.2 Persönliche Situation

Abbildung 17 zeigt, dass 70 % der Deutschen ihre eigene wirtschaftliche Lage eher positiv bewerten, den höchsten Anteil mit einer positiven Einschätzung ihrer wirtschaftlichen Lage haben dabei *leistungsorientierte Liberale* (89 %), gefolgt von *sozial engagierten Demokraten* (83 %). Den deutlichsten Ausreißer nach unten bilden die *desillusionierten Abgehängten*, von denen nur 41 % ihre eigene wirtschaftliche Lage mit „gut“ bewerten und die damit besonders stark vom Durchschnittswert abweichen.

Abbildung 16: Dinge anpacken versus ruhige Hand insgesamt und nach Segmenten

	Alle Befragten	Gehetzte Mitte	Sozial engagierte Demokraten	Passive Reformer	Politikferne Einzelkämpfer	Verdrossene Kleinbürger	Leistungsorientierte Liberale	Anti-moderne Konservative	Desillusionierte Abgehängte
In Deutschland geht es nicht vorwärts. Wir brauchen eine neue Politik, die Ideen für die Zukunft entwickelt, Dinge anpackt und auch zu Ende bringt.	53 %	40 %	45 %	56 %	64 %	49 %	32 %	60 %	89 %
Die Zeiten sind unsicher genug. Gut, dass die Regierung nichts überstürzt und Deutschland mit ruhiger Hand durch die Krisen lenkt.	41 %	55 %	48 %	37 %	29 %	45 %	63 %	35 %	7 %

Basis: Wahlberechtigte; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht“, „keine Angabe“.
 Quelle: pollytix strategic research.

Davon zu unterscheiden ist ein subjektives Gefühl der relativen Deprivation, gemessen durch die Zustimmung zur Aussage „Oft heißt es, Deutschland gehe es wirtschaftlich gut, aber ich persönlich profitiere nicht von dieser Entwicklung“. Hier stimmen insgesamt 44 % zu, aber nur jeweils 10 % der *leistungsorientierten Liberalen* und *sozial engagierten Demokraten*, gleichzeitig aber ein hoher Anteil von jeweils 76 % der *politikfernen Einzelkämpfer* und der *desillusionierten Abgehängten*. Interessant ist hier auch ein Blick auf die *antimodernen Konservativen*, die zwar, wie oben deutlich geworden ist, politisch unzufrieden sind, sich aber wirtschaftlich nur zu 36 % abgehängt fühlen.

Der Glaube an das Leistungsversprechen, operationalisiert durch die Zustimmung zur Aussage „Wer hart genug arbeitet, kann in Deutschland auch etwas erreichen“, ist für die Entwicklung von Selbstwirksamkeit nicht zu unterschätzen. 63 % stimmen hier zu, wobei die Spreizung zwischen den Segmenten extrem ist. Während *leistungsorientierte Liberale* zu 92 % zustimmen, stimmt fast kein *desillusionierter Abgehängter* (3 %) zu, sodass sich dieses Segment von den *politikfernen Einzelkämpfern* (78 %) dramatisch unterscheidet. Letztere fühlen sich zwar gleich stark wirtschaftlich abgehängt wie *desillusionierte Abgehängte*, haben aber den Glauben, es selbst zu schaffen, nicht verloren. Bemerkenswert ist hier auch das Ergebnis bei den sozial engagierten Demokraten (42 %), denen es zwar wirtschaftlich gut geht und die sich nicht als abgehängt sehen, aber wohl – wie sich noch zeigen wird – andere Gründe haben, am Leistungsversprechen zu zweifeln.

Zukunftssorgen („An meine Zukunft zu denken bereitet mir Sorgen“) plagen 41 % der Deutschen, wobei dies zum Teil eine Folge der bereits besprochenen sozioökonomischen Eigenschaften ist. Neben den niedrigen Werten für *leistungsorientierte Liberale* und *sozial engagierte Demokraten* (jeweils 12 %) sticht besonders der niedrige Wert von 5 % für *passive Reformen* ins Auge. Erwartungsgemäß sind *politikferne Einzelkämpfer* (78 %) und *desillusionierte Abgehängte* (79 %) deutlich überdurchschnittlich von Zukunftssorgen geplagt.

Hektik und hohe Anforderungen („Das Leben wird immer hektischer. Manchmal weiß ich nicht, wie ich allen Anforderungen gerecht werden soll“) beklagen 54 % der Bevölkerung, am stärksten *politikferne Einzelkämpfer* (82 %) und die *gehetzte Mitte* (77 %). *Leistungsorientierte Liberale* (27 %) und *passive Reformen* (23 %) klagen weniger über Stress bzw. sind diesem schlichtweg weniger ausgesetzt.

Abbildung 17: Persönliche Situation insgesamt und nach Segmenten

	Alle Befragten	Gehetzte Mitte	Sozial engagierte Demokraten	Passive Reformler	Politikferne Einzelkämpfer	Verdrossene Kleinbürger	Leistungsorientierte Liberale	Anti-moderne Konservative	Desillusionierte Abgehängte
Meine eigene wirtschaftliche Lage ist gut.	70 %	76 %	83 %	80 %	62 %	61 %	89 %	72 %	41 %
Wer hart genug arbeitet, kann in Deutschland auch etwas erreichen.	63 %	79 %	42 %	74 %	78 %	58 %	92 %	75 %	3 %
Das Leben wird immer hektischer. Manchmal weiß ich nicht, wie ich allen Anforderungen gerecht werden soll.	54 %	77 %	47 %	23 %	82 %	58 %	27 %	48 %	70 %
Oft heißt es, Deutschland gehe es wirtschaftlich gut, aber ich persönlich profitiere nicht von dieser Entwicklung.	44 %	49 %	10 %	38 %	76 %	52 %	10 %	36 %	76 %
Ich engagiere mich ehrenamtlich.	43 %	51 %	56 %	38 %	34 %	38 %	56 %	39 %	35 %
Ich bin ein gläubiger oder religiöser Mensch.	43 %	56 %	43 %	42 %	46 %	41 %	46 %	39 %	30 %
An meine Zukunft zu denken bereitet mir Sorgen.	41 %	58 %	12 %	5 %	78 %	48 %	12 %	37 %	79 %

Basis: Wahlberechtigter; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10.
 Quelle: polityx strategic research.

Ehrenamtlich engagieren sich 43 % der Deutschen, mehr unter *leistungsorientierten Liberalen* und *sozial engagierten Demokraten* (jeweils 56 %). Als religiös bezeichnen sich ebenfalls 43 %, hier ist der Anteil mit 56 % in der *gehetzten Mitte* am höchsten.

Neben einer politischen Spaltung bestehen demzufolge zwischen den Segmenten ebenso gewisse Unterschiede hinsichtlich der Lebenssituation. Interessant dabei ist, dass die Unterschiede in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage (mit Ausnahme der desillusionierten Abgehängten) zwar überschaubar sind, sich die Segmente aber deutlich in Bezug auf ihre Wahrnehmung wirtschaftlicher Deprivation, ihren Glauben an das Leistungsversprechen, Zukunftssorgen und das Gefühl von Hektik und Stress unterscheiden. Die Befragungsergebnisse verdeutlichen damit, dass die individuelle ökonomische Lage nicht alleine für politische Unzufriedenheit verantwortlich ist. Das folgende Kapitel über Einstellungen zu Gesellschaft und Wirtschaft wird daher weitere Erkenntnisse zu den Unterschieden zwischen den Segmenten und zu ihren Einstellungen liefern.

6.2.3 Einstellungen zu Gesellschaft und Wirtschaft

Wie soll Deutschland in Zukunft aussehen, was erwartet und wünscht sich die Bevölkerung und wie unterscheiden sich diesbezüglich die acht Segmente? Auf diese Fragen soll in diesem Abschnitt näher eingegangen werden.

Wie weit die einzelnen Segmente auseinanderliegen, zeigt sich vor allem anhand ihrer Verortung in der Dimension „Weltoffenheit versus Tradition“. Bewahren wollen und Sicherheit sind Aspekte einer konservativen, aber auch einer autoritären Wertausrichtung, die eher mit Tendenzen von Klassenbewusstsein, Nationalstolz, ökonomischer Sicherheit und politischer Passivität korrespondiert, häufig in Verbindung mit einem eher geringen Bildungsniveau oder religiöser Prägung. Weltoffenheit und Toleranz bilden hingegen eher die postmaterielle Dimension ab, die Eigenschaften wie Antiautorität, politische Aktivität und Selbstverwirklichung einschließt, in Verbindung mit höherem Bildungsniveau, Liberalismus und Religionsferne (vgl. Schild, 2000; Welzel, 2009).

Die Dimension „Weltoffenheit versus Tradition“ wurde hier operationalisiert durch Zustimmung zu den Sichtweisen „Deutschland sollte ein tolerantes und weltoffenes Land sein, in dem sich jeder frei entfalten kann, egal wo er herkommt, an was er glaubt oder wie er lebt“ versus „Deutschland sollte sich wieder auf seine traditionellen

Abbildung 18: Weltoffenheit versus Tradition insgesamt und nach Segmenten

	Alle Befragten	Gehetzte Mitte	Sozial engagierte Demokraten	Passive Reformen	Politikferne Einzelkämpfer	Verdrossene Kleinbürger	Leistungsorientierte Liberale	Antimoderne Konservative	Desillusionierte Abgehängte
Deutschland sollte ein tolerantes und weltoffenes Land sein, in dem sich jeder frei entfalten kann, egal wo er herkommt, an was er glaubt oder wie er lebt.	56 %	70 %	87 %	60 %	44 %	49 %	67 %	24 %	36 %
Deutschland sollte sich wieder auf seine traditionellen Werte zurückbesinnen und aufpassen, dass unsere christlich-abendländische Kultur nicht verloren geht.	37 %	23 %	8 %	36 %	48 %	43 %	26 %	70 %	53 %

Basis: Wahlberechtigte; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht“, „keine Angabe“.
 Quelle: polytix strategic research.

Werte zurückbesinnen und aufpassen, dass unsere christlich-abendländische Kultur nicht verloren geht“.

Die Ergebnisse in Abbildung 18 zeigen, dass hier ein Unterschied sichtbar wird, der sich quer durch die Gesellschaft zieht. Während *sozial engagierte Demokraten* (87 %), die *gehetzte Mitte* (70 %), *leistungsorientierte Liberale* (67 %) und *passive Reformer* (60 %) deutlich bis mehrheitlich zu Weltoffenheit und Toleranz neigen, tendieren *antimoderne Konservative* (70 % zu 24 %) und – etwas weniger ausgeprägt – *desillusionierte Abgehängte* (53 % zu 36 %) zu Tradition und christlich-abendländischer Kultur. Politikferne Einzelkämpfer und verdrossene Kleinbürger befinden sich ohne klare Mehrheit zwischen den beiden Polen.

Reflektiert wird die Spaltung zwischen Weltoffenheit und Tradition auch in der Frage der Einwanderung, wie Abbildung 19 verdeutlicht. Der Aussage „Deutschland sollte Einwanderung als Chance für unser Land begreifen“ stimmen wiederum mit den *sozial engagierten Demokraten* (93 %), der *gehetzten Mitte* (84 %) und den *leistungsorientierten Liberalen* (76 %) diejenigen Segmente am stärksten zu, die schon bei der Frage von Weltoffenheit versus Tradition am deutlichsten zu Weltoffenheit tendiert haben. Mit 17 % stimmen *antimoderne Konservative* und mit 29 % *desillusionierte Abgehängte* dieser Aussage dementsprechend am wenigsten zu.

Desillusionierte Abgehängte stimmen auch am wenigsten (30 %) der Aussage „Menschen in Deutschland sollten weniger fragen, was der Staat für sie tun kann, sondern sich fragen, was sie selbst für die Gemeinschaft tun können“ zu. Nahezu komplett stimmen hier die *gehetzte Mitte* (92 %) und *leistungsorientierte Liberale* (89 %) zu, die sich nicht zufällig, wie oben schon gezeigt, auch überdurchschnittlich häufig ehrenamtlich engagieren.

Auch in Bezug auf die Zukunft der Arbeit sind letztere Segmente deutlich optimistischer. Insgesamt stimmen 62 % der Aussage „Technologischer Fortschritt und Digitalisierung schaffen Arbeitsplätze und machen die Arbeit eher leichter für die Menschen“ zu, mehr unter *leistungsorientierten Liberalen* (73 %) und in der *gehetzten Mitte* (72 %). Das Schlusslicht bilden hier wiederum mit 41 % die *desillusionierten Abgehängten*.

Soziale Gerechtigkeit, die Schere zwischen Arm und Reich und Steuergerechtigkeit sind Dauerbrennerthemen in Deutschland. Die Zustimmung von 72 % zur Aussage

Abbildung 19: Einstellungen zur Gesellschaft insgesamt und nach Segmenten

	Alle Befragten	Gehetzte Mitte	Sozial engagierte Demokraten	Passive Reformer	Politikferne Einzelkämpfer	Verdrossene Kleinbürger	Leistungsorientierte Liberale	Anti-moderne Konservative	Desillusionierte Abgehängte
Der Klimawandel muss stärker bekämpft werden, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet.	73 %	91 %	90 %	85 %	84 %	59 %	71 %	25 %	68 %
Hohe Einkommen und Vermögen sollten stärker besteuert werden, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht.	72 %	86 %	88 %	91 %	92 %	68 %	39 %	27 %	80 %
Menschen in Deutschland sollten weniger fragen, was der Staat für sie tun kann, sondern sich fragen, was sie selbst für die Gemeinschaft tun können.	67 %	92 %	71 %	80 %	74 %	43 %	89 %	57 %	30 %
Technologischer Fortschritt und Digitalisierung schaffen Arbeitsplätze und machen die Arbeit eher leichter für die Menschen.	62 %	72 %	63 %	66 %	67 %	59 %	73 %	64 %	41 %
Deutschland sollte Einwanderung als Chance für unser Land begreifen.	57 %	84 %	93 %	63 %	47 %	37 %	76 %	17 %	29 %
Je weniger der Staat in die Wirtschaft eingreift, desto besser ist das für Deutschland.	44 %	48 %	13 %	60 %	55 %	34 %	62 %	51 %	26 %

Basis: Wahlberechtigte; Zustimmung (6 bis 10) auf einer Zustimmungsskala von 0 bis 10.

Quelle: polityix strategic research.

„Hohe Einkommen und Vermögen sollten stärker besteuert werden, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht“ zeigt, dass eine große Mehrheit der Deutschen die Ungleichheit durch höhere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen reduzieren möchte. Allerdings gibt es nur in sechs der acht Segmente eine Mehrheit dafür, während bei *leistungsorientierten Liberalen* (39 %) und *antimodernen Konservativen* (27 %) nur eine Minderheit zustimmt. *Leistungsorientierte Liberale* sind dagegen am ehesten folgender Ansicht (62 %): „Je weniger der Staat in die Wirtschaft eingreift, desto besser ist das für Deutschland“ – eine Aussage, der nur 13 % der *sozial engagierten Demokraten* zustimmen.

Der Kampf gegen den Klimawandel ist inzwischen ein Allgemeinplatz in Deutschland und als „gelerntes Wissen“ in der Bevölkerung fest verankert. So stimmen 73 % der Aussage „Der Klimawandel muss stärker bekämpft werden, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet“ zu und es gibt dafür in sieben von acht Segmenten eine Mehrheit, am höchsten fällt die Mehrheit in der *gehetzten Mitte* (91 %) und bei *sozial engagierten Demokraten* (90 %) aus. Lediglich bei den *antimodernen Konservativen* stimmt mit 25 % nur jeder Vierte zu. Aus den qualitativen Studienphasen ging hervor, dass in diesem Segment deutliche Zweifel am menschengemachten Klimawandel und dessen Konsequenzen bestehen.

Dementsprechend sieht auch eine Mehrheit von 69 % der Deutschen die Energiewende eher als „eine große Chance für die deutsche Wirtschaft“ (siehe Abbildung 20), lediglich 21 % befürchten, dass die Energiewende die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“ bedroht. Hier sehen auch *antimoderne Konservative* mit 47 % zu 40 % eher eine Chance als eine Bedrohung, der Vorsprung fällt aber deutlich geringer aus als in den anderen Segmenten.

Schlussendlich zeigt Abbildung 21 ein deutliches und segmentübergreifendes Votum für Investitionen, auch wenn das neue Schulden bedeutet. Bei der Entscheidung zwischen den Sichtweisen „Der Staat ist überschuldet. Wir müssen sparen und dürfen keine neuen Schulden machen, die in Zukunft abbezahlt werden müssen“ und „Deutschland geht es gut, aber die Infrastruktur leidet. Wir müssen jetzt Geld für Straßen, Brücken und Schulen ausgeben, damit wir auch morgen noch gut dastehen, auch wenn das neue Schulden bedeutet“ entscheiden sich 28 % für einen strikten Sparkurs und 66 % für mehr Investitionen, auch wenn das neue Schulden bedeutet. In allen Segmenten gibt es hier eine Mehrheit, wenn auch diese bei *antimodernen Konservativen* mit 50 % zu 46 % knapp ausfällt.

Abbildung 20: Energiewende als Chance versus Bedrohung insgesamt und nach Segmenten

	Alle Befragten	Gehetzte Mitte	Sozial engagierte Demokraten	Passive Reformler	Politikferne Einzelkämpfer	Verdrössene Kleinbürger	Leistungsorientierte Liberale	Anti-moderne Konservative	Desillusionierte Abgehängte
Die Energiewende ist eine große Chance für die deutsche Wirtschaft.	69 %	80 %	92 %	67 %	66 %	68 %	77 %	47 %	53 %
Die Energiewende bedroht die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.	21 %	12 %	6 %	23 %	23 %	19 %	16 %	40 %	35 %

Basis: Wahlberechtigte; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht“, „keine Angabe“. Quelle: pollytix strategic research.

Abbildung 21: Sparen versus Investitionen insgesamt und nach Segmenten

	Alle Befragten	Gehetzte Mitte	Sozial engagierte Demokraten	Passive Reformler	Politikferne Einzelkämpfer	Verdrössene Kleinbürger	Leistungsorientierte Liberale	Anti-moderne Konservative	Desillusionierte Abgehängte
Deutschland geht es gut, aber die Infrastruktur leidet. Wir müssen jetzt Geld für Straßen, Brücken und Schulen ausgeben, damit wir auch morgen noch gut dastehen, auch wenn das neue Schulden bedeutet.	66 %	63 %	76 %	69 %	65 %	68 %	67 %	50 %	68 %
Der Staat ist überschuldet. Wir müssen sparen und dürfen keine neuen Schulden machen, die in Zukunft abbezahlt werden müssen.	28 %	28 %	19 %	26 %	28 %	26 %	25 %	46 %	24 %

Basis: Wahlberechtigte; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht“, „keine Angabe“. Quelle: pollytix strategic research.

6.2.4. Kurzcharakteristika und Verortung der Segmente

Wie können die einzelnen Segmente nun charakterisiert werden und wie stehen sie zueinander im Verhältnis? Diesen Fragen werden wir uns in diesem Abschnitt widmen und zunächst die Segmente auf Basis der oben genannten Charakteristika und weiterer quantitativer sowie qualitativer Ergebnisse kurz charakterisieren (siehe Abbildung 22), um sie dann miteinander in Verbindung zu bringen.

Abbildung 22: Kurzcharakteristika der Segmente

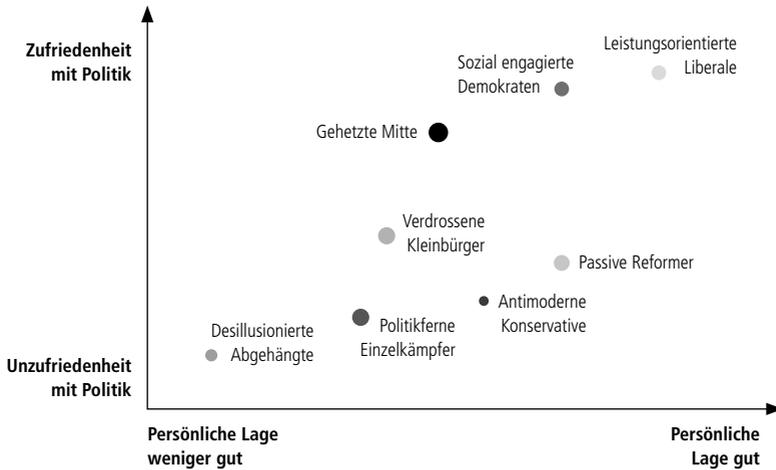
Gehezte Mitte	Junge, gebildete, tolerante und stark geforderte Mitte, die leistungsbereit ist, nach Sicherheit strebt, sich aber auch vor der Zukunft sorgt
Sozial engagierte Demokraten	Hoch gebildetes und gut situiertes Segment, politisch interessiert und aktiv, mit Idealen und ausgeprägtem Bewusstsein für soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Offenheit und Toleranz
Passive Reformier	Älteres, zufriedenes, tolerantes Segment mit mittlerer Bildung, wenig Sorgen und Hektik, das sich gesellschaftliche Veränderungen wünscht, selber aber nicht aktiv fördert
Politikferne Einzelkämpfer	Wirtschaftlich bedrohtes, aber leistungsbereites Segment mit Stress und starken Zukunftsängsten, das Politik als lebensfern wahrnimmt
Verdrossene Kleinbürger	Prekäres, eher passives Segment mit Sorgen vor der Zukunft und geringerer Lebenszufriedenheit, Hektik und niedriger Bildung
Leistungsorientierte Liberale	Intellektuelle und gebildete Leistungselite mit liberaler Grundhaltung, für offene, tolerante und leistungsorientierte Gesellschaft
Antimoderne Konservative	Traditionelles, sicherheitsbedachtes Segment, das sich einen schlanken Staat und die Rückkehr zu mehr Nationalstaatlichkeit wünscht
Desillusionierte Abgehängte	Politisch und wirtschaftlich unzufriedenes und resigniertes Prekariat, mit großen Zukunftssorgen und Angst vor Veränderung

Quelle: polityix strategic research.

Abbildung 23 zeigt die Segmente in einem zweidimensionalen Raum mit den Dimensionen „Persönliche Lage“ und „Politische Zufriedenheit“, wobei sich letztere weniger auf konkrete Themen als vielmehr auf das generelle Systemvertrauen bezieht. Es wird deutlich, dass hier ein Zusammenhang besteht. Je besser die durchschnittliche persönliche Lage in einem Segment, desto höher die Zufriedenheit mit dem politischen System.

Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich bei politischer Zufriedenheit und Wahlbeteiligung (Abbildung 24). Je höher die Zufriedenheit, desto stärker ist auch die Absicht, sich an Wahlen zu beteiligen.

Abbildung 23: Politische Zufriedenheit und Persönliche Lage nach Segmenten



Quelle: polityx strategic research. Die Größe der Punkte spiegelt die Größe der Segmente wider.

Abbildung 24: Politische Zufriedenheit und Wahlnorm nach Segmenten

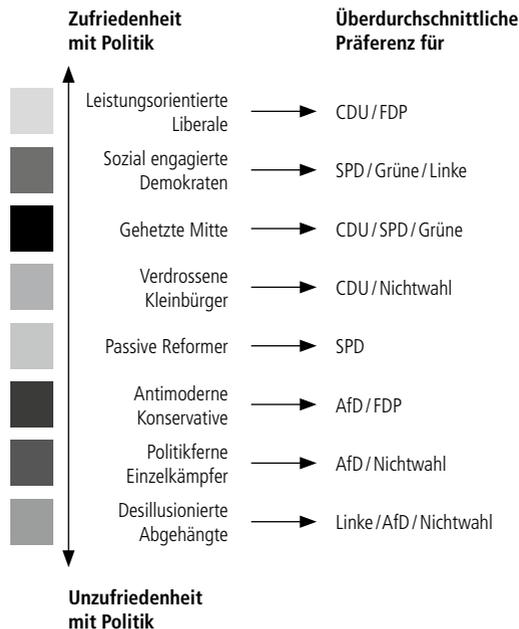


Quelle: polityx strategic research. Die Größe der Punkte spiegelt die Größe der Segmente wider.

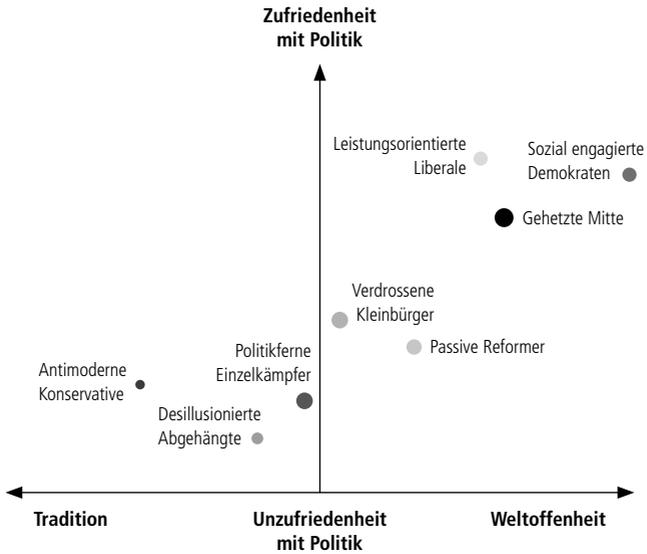
Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, inwiefern sich die Segmente in ihrer Nähe zu bestimmten Parteien unterscheiden. In Abbildung 25 sind die Segmente nach politischer Zufriedenheit sortiert. In der rechten Spalte ist zu sehen, welche Parteien im jeweiligen Segment überdurchschnittlich bevorzugt werden bzw. welches Segment bevorzugt, nicht wählen zu gehen.

Abschließend setzt Abbildung 26 die Dimensionen „Politische Zufriedenheit“ und „Weltoffenheit versus Tradition“ zueinander ins Verhältnis. Hier zeigt sich ebenfalls ein klarer Zusammenhang. Die politisch zufriedenen Segmente sind eher auf der weltoffenen Seite, die unzufriedenen Segmente tendenziell auf der traditionellen Seite zu verorten.

Abbildung 25: Politische Zufriedenheit und Parteipräferenz



Quelle: pollytix strategic research.

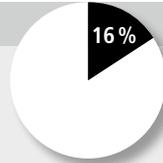


Quelle: pollytix strategic research. Die Größe der Punkte spiegelt die Größe der Segmente wider.

6.3 Profilierung der Segmente

Um die Eigenschaften der zuvor beschriebenen Segmente zu veranschaulichen, werden diese nun mit ihren Charakteristika profiliert.

Segment 1

Gehetzte Mitte**Demografie**

Überdurchschnittlich hoher Frauenanteil, insbesondere junge Frauen im Alter von 18 bis 39 Jahren.

Bildung, Beruf und finanzielle Situation

Hohe Bildung; überdurchschnittlich häufig noch in Studium oder Ausbildung; mittleres Haushaltsnettoeinkommen; schätzen eigene wirtschaftliche Lage etwas schlechter ein als die allgemeine wirtschaftliche Lage.

Lebenslage/-bewältigung

Hohe Lebenszufriedenheit; starker Glaube an das Leistungsversprechen, aber auch überdurchschnittlich starkes Empfinden von Hektik, hohen Anforderungen und Zukunftssorgen.

Gesellschaftsbild

Wünschen offene und tolerante Gesellschaft; Einwanderung wird deutlich als Chance angesehen; hohes Verständnis für Flüchtlinge, die vor Armut fliehen; beklagen häufiger fehlenden Zusammenhalt; erwarten gesellschaftliches Engagement und Einsatz, aber auch stärkere Unterstützung Ehrenamtlicher.

Sichtweise auf Staat und Politik

Durchschnittliches Interesse an Politik; mit demokratischem System überdurchschnittlich stark zufrieden; eher Wunsch nach beständiger Politik unter ruhiger Hand und besseren Erklärungen politischer Entscheidungen; Vertrauen in die Medien; pro EU.

Region

Eher Süden und Westen (NRW, Baden-Württemberg, Bayern)

Wohnsituation

Eher verdichtetes Umland, durchschnittliche Wohnlage, häufiger Einfamilienhaus

Blick in die Zukunft

Haben eher Sorgen

Werte

Toleranz, Weltoffenheit, eher religiös, eher katholisch

Wahlnorm

Hoch

Engagement

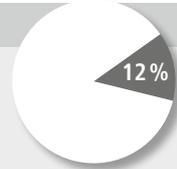
Überdurchschnittlich; Überzeugen andere gerne von ihrer Meinung

Informationsverhalten

Durchschnittlich: TV; Zeitung; Radio; etwas weniger online

Segment 2

Sozial engagierte Demokraten

**Demografie**

Überdurchschnittlich hoher Männeranteil, jüngere bis mittlere Altersgruppen.

Bildung, Beruf und finanzielle Situation

Höchster Anteil hoch Gebildeter; Uni-Abschluss oder Promotion; überdurchschnittlich viele Beamte; hohes Haushaltsnettoeinkommen; wirtschaftlich bessergestellt und entspannte Finanzsituation.

Lebenslage/-bewältigung

Überdurchschnittlich hohe Lebenszufriedenheit; klagen weniger über Hektik/Anforderungen; hohe Leistungsbereitschaft.

Gesellschaftsbild

Nehmen deutlich soziale Ungerechtigkeiten wahr, daher auch geringer Glaube an das Leistungsversprechen; für eine offene, solidarische, gerechte und durchlässige Gesellschaft, am stärksten für Toleranz und Weltoffenheit; Einwanderung wird deutlich als Chance angesehen; größtes Verständnis für Flüchtlinge, die vor Armut fliehen; sind mit am häufigsten ehrenamtlich tätig; starke Solidarität mit Schlechtestgestellten.

Sichtweise auf Staat und Politik

Höchstes Interesse an Politik; überdurchschnittlich hohe Zufriedenheit mit dem demokratischen System; eher Wunsch nach beständiger Politik unter ruhiger Hand, am wenigsten für deregulierte Wirtschaft; stärkstes Vertrauen in die Medien; sind am stärksten pro EU eingestellt.

Region

Eher NRW und Nordwesten (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen)

Wohnsituation

Eher Kernstädte; Wohnung in besserer Wohnlage

Blick in die Zukunft

Kaum besorgt

Werte

Toleranz; Weltoffenheit; Solidarität; Gerechtigkeit; Selbstverwirklichung; eher nicht religiös

Wahlnorm

Hoch

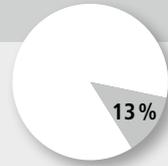
Engagement

Am häufigsten; Gewerkschaftsmitglieder; überzeugen andere gerne von ihrer Meinung

Informationsverhalten

Zeitung; Radio; Freunde und Bekannte; online, politische Nachrichten im Internet

Segment 3

Passive Reformier**Demografie**

Überdurchschnittlich Frauen und ältere Menschen (60+ Jahre); höchster Anteil an Rentnern.

Bildung, Beruf und finanzielle Situation

Niedrige bis mittlere Bildung; eher Ausbildung als Studium; geringes bis mittelhohes Haushaltsnettoeinkommen; wirtschaftliche Lage besser oder entsprechend der allgemeinen Lage eingestuft.

Lebenslage/-bewältigung

Hohe Lebenszufriedenheit; glauben an das Leistungsversprechen; leiden am wenigsten unter Hektik und zu großen Anforderungen.

Gesellschaftsbild

Sehen Zusammenhalt eher schwinden; eher für tolerante und offene Gesellschaft; sehen Einwanderung als Chance, aber gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen, die vor Armut fliehen, kritischer eingestellt; befürworten ein Einwanderungsrecht, damit Fachkräfte ins Land kommen; wünschen sich gesellschaftliche Veränderungen, aber glauben nicht, dass diese auf ihr Leben (noch) spürbaren Einfluss nehmen.

Sichtweise auf Staat und Politik

Eher Interesse an Politik; wünschen sich bessere Erklärungen politischer Entscheidungen; eher zufrieden mit dem demokratischen System, finden aber, dass sich Parteien zu wenig unterscheiden und es egal ist, wen man wählt; weniger Vertrauen in die Medien.

Region

Eher Süden und Südwesten (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)

Wohnsituation

Eher Wohnung;
gute Wohnlage;
eher Eigentümer

Blick in die Zukunft

Nahezu unbesorgt

Werte

Toleranz;
eher religionsfern

Wahlnorm

Durchschnittlich

Engagement

Unterdurchschnittlich

Informationsverhalten

Eher TV;
geringe Internetnutzung



Politikferne Einzelkämpfer

Demografie

Überdurchschnittlich Frauen unter 60 Jahren; auch Alleinerziehende eher vertreten.

Bildung, Beruf und finanzielle Situation

Niedrige bis mittlere Bildung; überdurchschnittlich häufig abgeschlossene Lehre oder ohne Abschluss; häufiger in Teilzeit beschäftigt, in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, eher Minijob oder arbeitssuchend; geringes Haushaltsnettoeinkommen.

Lebenslage/-bewältigung

Haben am ehesten Hektik und Anforderungen zu bewältigen; prekäre oder unsichere Lage; sehen sich als abgehängt; sorgen sich überdurchschnittlich vor der Zukunft und sozialem Abstieg; glauben dennoch an das Leistungsversprechen und „kämpfen“ darum, sich „über Wasser zu halten“.

Gesellschaftsbild

Sehen Zusammenhalt am stärksten schwinden; Gering-schätzung von „Sozialschmarotzern“; sehen Einwanderung weniger als Chance; stärker gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und eher gegen Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft.

Sichtweise auf Staat und Politik

Geringes Interesse an Politik; großer Wunsch nach besseren Erklärungen politischer Entscheidungen, geringes Verständnis von Politik; unterdurchschnittlich zufrieden mit demokratischem System; finden eher, dass sich Parteien nicht unterscheiden und es egal ist, wen man wählt; starker Wunsch nach neuer Politik und Vision; sehr geringes Vertrauen in die Medien; eher EU-kritisch.

Region

Eher Nordwesten (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Bremen) und Südosten (Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt)

Wohnsituation

Eher ländlicher Raum; einfache Wohnlage

Blick in die Zukunft

Überdurchschnittlich besorgt

Werte

Zwischen Tradition und Toleranz gespalten, eher Angst vor Verlust der christlich-abendländischen Kultur; eher religiös

Wahlnorm

Niedrig

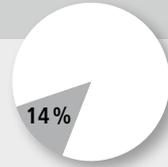
Engagement

Unterdurchschnittlich

Informationsverhalten

TV; eher keine politischen Online-Nachrichten; geringere Internetnutzung

Verdrossene Kleinbürger



Demografie

Überdurchschnittlich Frauen.

Bildung, Beruf und finanzielle Situation

Niedrigere Bildung; eher abgeschlossene Lehre, ohne Abschluss oder noch in Ausbildung; geringes bis mittleres Haushaltsnettoeinkommen; unter finanziellem Druck.

Lebenslage/-bewältigung

Sorgen sich um die Zukunft; sehen sich häufiger abgehängt; empfinden Belastungen und Hektik; unterdurchschnittliche Lebenszufriedenheit; weniger Glaube an das Leistungsversprechen, haben häufiger die Erfahrung gemacht, dass sie trotz harter Arbeit nichts erreichen konnten; fühlen sich demotiviert oder überfordert.

Gesellschaftsbild

Wenig Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement; erwarten eher staatliche Versorgung; sehen sozialen Zusammenhalt weniger problematisch; sehen Einwanderung mit am wenigsten als Chance; haben eher etwas gegen Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft.

Sichtweise auf Staat und Politik

Geringes Interesse an Politik; stehen System und Politik eher gleichgültig gegenüber und sind durchschnittlich zufrieden mit dem demokratischen System; überdurchschnittlich häufig für eine beständige Politik unter ruhiger Hand; geringer Wunsch nach visionärer Politik; eher EU-kritisch.

Region

Eher Bayern und Südosten (Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt)

Wohnsituation

Eher durchschnittliche Wohnlage, eher Wohnung in größerem Wohnkomplex

Blick in die Zukunft

Eher etwas besorgt

Werte

Zwischen Rückbesinnung auf Tradition und Toleranz gespalten, etwas häufiger für Toleranz; eher katholisch; Pflichtbewusstsein

Wahlnorm

Niedrig

Engagement

Unterdurchschnittlich

Informationsverhalten

Eher TV; weniger politische Online-Nachrichten; eher geringe Internetnutzung

Segment 6



Leistungsorientierte Liberale

Demografie

Überdurchschnittlich in jüngeren Altersgruppen; hoher Anteil an Männern.

Bildung, Beruf und finanzielle Situation

Hohe Bildung, überdurchschnittlicher Anteil mit Hochschulabschluss und Studierende; viele Selbstständige; höchstes Einkommen aller Segmente; die eigene wirtschaftliche Lage wird als sehr gut bewertet.

Lebenslage/-bewältigung

Höchste Lebenszufriedenheit; glauben am stärksten an das Leistungsversprechen; empfinden eher wenig Hektik und Überforderung; die Zukunft bereitet ihnen weniger Sorgen; keine finanziellen Sorgen.

Gesellschaftsbild

Für liberale, offene, tolerante und leistungsorientierte Gesellschaft; stimmen eher zu, dass jeder mehr für die Gesellschaft tun sollte, als nach staatlichen Leistungen zu fragen; selber eher ehrenamtlich engagiert; sehen Einwanderung eher als Chance; haben Verständnis für Flüchtlinge, die vor Armut fliehen, und nichts gegen Flüchtlinge in der Nachbarschaft.

Sichtweise auf Staat und Politik

Überdurchschnittlich hohes Interesse an Politik; am zufriedensten mit dem demokratischen System; am häufigsten für beständige Politik unter ruhiger Hand; geringe Medienskepsis; pro EU; sehr hohe Wahlnorm.

Region

Eher Nordwesten (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen) und NRW

Wohnsituation

Eher städtisch; gute Wohnlage; eher Einfamilienhaus; eher Eigentümer

Blick in die Zukunft

Unbesorgt

Werte

Toleranz; Freiheit; Leistung; Fortschritt; Weltoffenheit; eher religiös; eher katholisch

Wahlnorm

Hoch

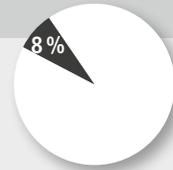
Engagement

Überdurchschnittlich; überzeugen andere gerne von ihrer Meinung

Informationsverhalten

Zeitung und Internet; am häufigsten politische Online-Nachrichten; soziale Netzwerke

Antimoderne Konservative



Demografie

Eher Männer, insbesondere in jüngeren und mittleren Altersgruppen; überdurchschnittlich viele sind selbst Heimatvertriebene oder Kinder von Vertriebenen.

Bildung, Beruf und finanzielle Situation

Mittlere Bildung; in Vollzeit Angestellte und Selbstständige; mittleres bis hohes Einkommen; fühlen sich eher weniger abgehängt.

Lebenslage/-bewältigung

Wenig Zukunftssorgen, wenig Hektik und Überforderung; hohe Lebenszufriedenheit; glauben an das Leistungsversprechen; sind stolz auf das Erreichte und wollen es bewahren.

Gesellschaftsbild

Rückbesinnung auf traditionelle Werte, Angst vor Verlust christlich-abendländischer Kultur; sehen Einwanderung weniger als Chance; wünschen sich am wenigsten Flüchtlinge in ihrer Nachbarschaft.

Sichtweise auf Staat und Politik

Weniger Interesse an Politik, häufiger unzufrieden mit dem demokratischen System; wünschen bessere Erklärungen politischer Entscheidungen; parteiverdrossen; finden, dass es egal ist, wen man wählt; wünschen sich eine neue Politik und Vision; glauben eher, dass die Medien gelenkt werden; EU-kritisch.

Region

Eher Süden (Baden-Württemberg, Bayern) und Südosten (Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt)

Wohnsituation

Doppelhaushälfte oder Wohnung in kleinerem Wohnhaus; in eher guter Lage

Blick in die Zukunft

Eher wenig Sorgen

Werte

Tradition; Kontinuität; weniger religiös; keine Konfession

Wahlnorm

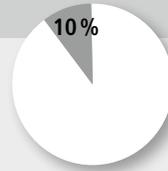
Niedrig

Engagement

Unterdurchschnittlich

Informationsverhalten

Überdurchschnittliche Internetnutzung; soziale Netzwerke; politische Online-Nachrichten



Desillusionierte Abgehängte

Demografie

Hauptsächlich mittlere Altersgruppen (40 bis 59 Jahre) vertreten; weniger junge Menschen.

Bildung, Beruf und finanzielle Situation

Niedrige bis mittlere Bildung; Angestellte oder Arbeitssuchende; geringes Haushaltsnettoeinkommen; finanzielle Schwierigkeiten; fühlen sich abgehängt oder/und haben Sorge, den Anschluss zu verpassen.

Lebenslage/-bewältigung

Geringste Lebenszufriedenheit; größte Sorgen vor der Zukunft; Hektik und Anforderungen ausgesetzt, gestresst oder überfordert; fühlen sich im Stich gelassen und ausgeschlossen; Glaube an das Leistungsversprechen kaum vorhanden; Resignation und Enttäuschung.

Gesellschaftsbild

Desillusioniertes und negatives Gesellschaftsbild; erwarten staatliche Versorgung; für Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Angst vor Verlust christlich-abendländischer Kultur; sehen Einwanderung mit am wenigsten als Chance; sehen Flüchtlinge kritisch.

Sichtweise auf Staat und Politik

Nicht völlig uninteressiert an Politik, aber am unzufriedensten mit dem demokratischen System; wünschen bessere Erklärungen politischer Entscheidungen; parteiverdrossen; größter Wunsch nach neuer Politik/Vision; eher EU-kritisch; kaum Vertrauen in Medien; der Staat soll sich mehr „um Deutsche kümmern“.

Region

Eher in Ostdeutschland

Wohnsituation

Eher ländlicher Raum;
eher einfache Wohnlage;
eher Wohnung in größerem
Wohnkomplex

Blick in die Zukunft

Am häufigsten Sorgen

Werte

Tradition; Sicherheit;
Stabilität;
eher keine Konfession

Wahlnorm

Niedrig

Engagement

Unterdurchschnittlich

Informationsverhalten

Eher TV;
weniger politische
Online-Nachrichten;
weniger soziale Netzwerke

7 Wohin geht die Reise? Erkenntnisgewinn ...

7.1 ... für die Gesellschaft

Modernisierungsprozesse, zunehmende Komplexität und sozialer Wandel haben zu einer Pluralisierung der deutschen Gesellschaft beigetragen. Im Vergleich zu älteren Segmentierungsstudien (vgl. z. B. Neugebauer, 2007) ist im Rahmen dieser aktuellen Studie deutlich geworden, dass sich entlang der Frage „Weltoffenheit und Toleranz oder Abschottung und Rückbesinnung?“ eine neue Spaltung aufgetan hat, die in hohem Maße mit der Zufriedenheit mit dem demokratischen System zusammenhängt. Insbesondere *antimoderne Konservative* und *desillusionierte Abgehängte* tendieren deutlich zu Rückbesinnung und Tradition und zeigen sich unzufrieden mit der Politik. Für die etablierten Parteien werden diese Segmente schwer erreichbar, sie neigen überdurchschnittlich zur Nichtwahl und sind offen für populistische Strömungen und Gesinnungen. Dieser Befund ist für die Demokratie und das Zusammenleben der Gesellschaft bedenklich und stellt für die Bildungsarbeit einer politischen Stiftung eine immense Herausforderung dar. Eine Gefahr besteht darin, dass diese Segmente weiter wachsen und/oder sich noch weiter von den übrigen Bevölkerungsgruppen entfernen, sodass die gesellschaftliche Kluft immer größer wird.

Segmentübergreifend eint nach wie vor weite Teile der Gesellschaft der Stolz auf die eigene Leistung und Leistungsfähigkeit, die wirtschaftliche Lage des Landes und gemeinsame demokratische Werte, wie Selbstbestimmung und Freiheit. Aus der gesellschaftlichen Bedeutsamkeit von Leistung und Leistungsbereitschaft erwachsen zugleich der Anspruch auf Anerkennung von Geleistetem, die Forderung, von der wirtschaftlichen Entwicklung zu profitieren, und der Wunsch, Erreichtes zu bewahren. Werden Erwartungen hier enttäuscht oder entstehen Gefühle von Benachteiligung oder drohendem Verlust, bilden sich Spannungen. Gerechtigkeit und Sicherheit erscheinen einem Großteil der Bevölkerung gefährdet, das Bewusstsein für soziale

Ungleichheiten ist stark ausgeprägt. Die zunehmend wahrgenommene Spaltung zwischen Arm und Reich sowie die wachsende Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverhältnisse gefährden den Zusammenhalt.

Die derzeitige Gesellschaft ist durch Unruhen und Konfliktpotenzial gekennzeichnet, das sich an den Schnittstellen zwischen Sicherheitsstreben/Stillstand sowie Fortschritt/Veränderung aufstaut. Der Zuwachs an Komplexität, sozialer Wandel, Unsicherheiten und wachsende Überforderung schüren in vielen Bevölkerungsgruppen Zukunftssorgen sowie Gefühle der Entkoppelung von gesellschaftlichem, wirtschaftlichem oder politischem Geschehen sowie Ohnmachtsgefühle. Einige Bevölkerungsgruppen fühlen sich nicht mehr einbezogen oder klinken sich bewusst aus gesellschaftlichen Bereichen aus. Auch Arbeitslosigkeit führt zur Entkopplung von Gesellschaft und Partizipation. Zudem sehen sich Menschen durch abstrakte und globale Risiken bedroht, die sie nicht vorhersehen und verhindern können, die aber vor der „eigenen Haustür“ angekommen sind. Die „Flüchtlingskrise“ hat diese Spannungen zutage befördert und in Bewegungen wie Pegida werden Spannungen entladen. Dem steht aber ein großer Einsatz weiter Bevölkerungsteile für die Verbesserung der Lage der Geflüchteten gegenüber.

Auch die aktuelle Segmentierung zeigt, dass sich verschiedene Bevölkerungsgruppen im Umgang mit Unsicherheiten deutlich voneinander unterscheiden. Die *gehetzte Mitte*, *sozial engagierte Demokraten* und *leistungsorientierte Liberale* setzen sich eher gesellschaftlich ein, teilweise auch, um Veränderungen im Kleinen zu bewirken. Bei *verdrossenen Kleinbürgern* und *desillusionierten Abgehängten* münden zunehmende Komplexität und Unsicherheit hingegen in Vertrauensverlust, Resignation oder gesellschaftlichen Rückzug. Auch *antimoderne Konservative* schotten sich eher ab, um sich vor Veränderung zu schützen. Zwischen den Polen befinden sich mit den *passiven Reformern* und *politikfernen Einzelkämpfern* zwei Segmente, die sich zwar ob ihrer eigenen Lage oder gesellschaftlicher Veränderungen sorgen, selber aber weniger politisch oder gesellschaftlich aktiv sind. Wesentliche Dimensionen für die Ausprägung von Partizipationsbereitschaft und Engagement sind die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen und persönlichen Lage, Werte und Denkweise (rückwärts-gewandt und traditionell auf der einen Seite, fortschrittlich und offen gegenüber Veränderungen auf der anderen) sowie Zufriedenheit mit der Demokratie und Vertrauen in die politische Handlungskompetenz (vgl. Faus, Faus, Gloger, 2015).

Das Streben nach Sicherheit ist in der Gesellschaft weitverbreitet und reicht über die verschiedenen Lager und Bevölkerungsgruppen hinweg. Die Segmente, denen Chancengleichheit, Solidarität, Toleranz und Engagement besonders wichtig sind, wünschen eine bedachte Politik, die mit „ruhiger Hand durch die Krise führt“. Stärker traditionsverwurzelte Segmente rufen stärker nach einer Politik, die Dinge anpackt und verändert. Das ist eine atypische Situation, da üblicherweise progressive Kräfte stärker auf Veränderungen drängen. Insbesondere Enttäuschung von der Politik und das Gefühl, abgehängt zu sein, begünstigen die Unterstützung antidemokratischer und rechtspopulistischer Bewegungen. In anderen Studien wurde dieser Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit und dem Anschluss an diese Strömungen bereits nachgewiesen (vgl. Zick, Küpper, 2015). Damit lässt sich auch der stärkere Zuspruch zu rechtspopulistischen Bewegungen in den neuen Bundesländern begründen, da die wirtschaftliche Entwicklung in einigen Regionen nach wie vor unter dem Bundesdurchschnitt liegt und Teile der Bevölkerung sich dort noch immer als Verlierer der Entwicklungen der vergangenen 25 Jahre fühlen (vgl. Faus, Faus, Gloger, 2015).

Insbesondere in den prekären und verunsicherten Bevölkerungsgruppen erhalten rechte Bewegungen folglich mehr Zuspruch (vgl. z. B. Demuth, 2016). Die „Mitte“-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen aber auch, dass bundesweit in der „fragilen Mitte“ menschenfeindliche sowie rechtsextreme Einstellungen verbreitet sind (Zick, Klein, 2014). Nicht nur diejenigen, die prekär leben, sondern auch diejenigen, die Angst um ihren Lebensstandard haben, wenden sich häufiger von der Demokratie ab. Bevölkerungssegmente mit einem hohen Anteil enttäuschter Bürger ziehen sich eher in den privaten Alltag zurück und schotten sich von der Politik ab, da sie ihr nicht mehr zu trauen, Veränderungen zu bewirken. Einige Bevölkerungsgruppen suchen in rechtspopulistischen Bewegungen aber auch Anschluss an eine Gemeinschaft. Denn zunehmende Individualisierung, Orientierungslosigkeit und übergroßer Leistungsdruck können wie eingangs beschrieben zu einem Gefühl der Vereinsamung führen. Der Wunsch nach Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit stellt aber auch eine neue Chance für die Gesellschaft dar und sollte durch positive, die Gesellschaft und Zusammengehörigkeit fördernde Initiativen sowie Möglichkeiten des Austauschs, Ehrenamts und Engagements genutzt werden.

Aktive und engagierte Segmente der Bevölkerung, wie *sozial engagierte Demokraten* oder *leistungsorientierte Liberale*, sind leichter zu motivieren und können einen Gegenpol zu passiven und unzufriedenen Bürgern bilden. Damit verbunden ist auch das

starke und in allen Segmenten verbreitete Bewusstsein für soziale Ungerechtigkeit, in dem ebenso Chancen für die Aktivierung von Engagement liegen. Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Leistung und Sicherheit sind bedeutende Werte in der deutschen Bevölkerung.

Das Gefühl von Wohlstand und Sicherheit trägt wesentlich dazu bei, dass Menschen eher bereit sind, sich ehrenamtlich und gesellschaftlich zu engagieren (vgl. Ströing, 2014). Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, zeitliche und finanzielle Engpässe sowie Erschöpfung verhindern eher, dass sich Bürger neben Beruf und privaten Aufgaben für gesellschaftliche Anliegen starkmachen. Zudem fördern freiheitliche und solidarische Werte ein individuelles Gerechtigkeitsempfinden und das Bewusstsein für die Bedürfnisse und Nöte anderer Menschen. Hierfür sollten bereits in der Familie, im Kindergarten und in der Schule Grundlagen geschaffen werden. Beispielsweise erlernen Kinder durch soziale Projekte in Schulen, dass zu einer demokratischen Gesellschaft gehört, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Es ist wichtig, nicht nur Leistung zu fordern, sondern auch die Regeln einer Solidargemeinschaft zu vermitteln. Darüber hinaus müssen Menschen Zeit und Möglichkeiten zu gesellschaftlichem Engagement erhalten, das heißt, die Rahmenbedingungen und die eigene Lebensführung müssen Raum dafür lassen, angefangen bei flexiblen Arbeitszeiten bis hin zu Entlastungen oder Vergünstigungen für Ehrenamtliche.

Daneben ist die Wahrnehmung des eigenen Gestaltungsspielraums, der eigenen Kompetenzen und der eigenen Handlungsfähigkeit in Gesellschaft und Politik bedeutsam. Die Bürger müssen das Gefühl erhalten, dass sich Einsatz in der Gesellschaft und im eigenen Umfeld lohnt, dass sie etwas Positives bewirken und erreichen können. Daraus resultiert eine positive Selbstwirksamkeitserfahrung. Diese schließt Handlungen und Erfolgserfahrungen ein, die auch unter hohen Anforderungen oder bei Hindernissen zum Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit führen (vgl. Bandura, 1977). Die Wahrnehmung eigener Handlungsmöglichkeiten, Chancen und Kompetenzen korrespondiert mit hoher Lebenszufriedenheit, der Menge persönlicher Anforderungen und Erfolge sowie mit einer positiven Demokratiewahrnehmung. Eine Stärkung des eigenen Kompetenzgefühls und positive Demokratieerfahrungen fördern wiederum Engagement, Partizipation und Demokratieunterstützung sowie Vertrauen und Identifikation in und mit dem politischen System sowie dessen Grundwerten (BMWi, 2015).

Die verschiedenen Bevölkerungssegmente haben nicht in gleichem Maße das Gefühl, dass sie eine Aufgabe und Rolle in der Gesellschaft besitzen, dass es sich lohnt, zukunftsgerichtet zu denken. Solange Menschen nicht an eine neue zukunftsfähige Idee glauben können, entscheiden sie sich für Stabilität und Sicherheit, da sie nicht wissen, wofür es sich lohnen könnte, ein Risiko einzugehen. Die mit einem Wandel verbundenen Risiken scheinen entweder zu groß oder nicht kalkulierbar. Ein Merkmal unserer Zeit ist der permanente Umbruch. Viele Strukturen, Regelungen und Gegebenheiten werden dem sozialen Wandel noch nicht gerecht und sind in alten oder regionalen Mustern verhaftet, die fortschrittlichem Denken, also der Bereitschaft zur Veränderung von Denkmustern, zur Anpassung an neue soziale Gegebenheiten und Strukturen, häufig im Wege stehen. Gerechte Lebensbedingungen, Chancengleichheit in der Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, sichere Arbeit, starke Vereinsstrukturen zur Einbindung und zum Austausch verschiedener Bevölkerungssegmente und Interessen, Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sowie Aufstiegschancen können Kompetenzwahrnehmung, Selbstwirksamkeitserfahrung und Demokratiezufriedenheit langfristig stärken. Die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, ist Aufgabe von Verwaltung und Politik.

7.2 ... für Politik und politische Bildungsarbeit

Mit zunehmender Komplexität, näher kommenden Krisen und Unsicherheit hat das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik und des demokratischen Systems abgenommen. Das Gefühl ausbleibender Lösungsansätze führt zu Enttäuschung und Politikferne, insbesondere in jenen Segmenten, die sich abgehängt oder überfordert fühlen. Eine Herausforderung für Staat und Politik besteht darin, Forderungen der Bürger umzusetzen und also aktiv zu werden, dabei jedoch gleichzeitig das Gefühl von Sicherheit und bedachtem Handeln zu vermitteln. Es hat sich gezeigt, dass hinsichtlich Reformen und neuer politischer Visionen deutliche Segmentunterschiede bestehen. Es besteht ein starker Wunsch in der Bevölkerung nach einer klaren Kommunikation politischer Ziele und Konzepte. Die einzelnen Segmente müssen jedoch über jeweils passende Kanäle angesprochen werden. Auch politische Bildung kann nicht mit einem Angebot alle erreichen. Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich deutlich in ihren Merkmalen und Einstellungen, daher ist die Bevölkerung nicht als Ganzes erreichbar, sondern es muss nach Zielgruppen unterschieden werden. Für Staat, politische Bildungsarbeit und Politik ergeben sich aus dieser Studie eine Reihe von Schlussfolgerungen:

1. Gezielter informieren und ansprechen

Das politische Interesse fällt in den einzelnen Bevölkerungssegmenten unterschiedlich aus. Während sich sozial engagierte Demokraten besonders für Politik und politische Themen interessieren und näher damit auseinandersetzen, sind *politikferne Einzelkämpfer* oder *verdrossene Kleinbürger* weniger interessiert und haben nur geringe Kapazitäten, sich mit Politik auseinanderzusetzen. *Sozial engagierte Demokraten* und *leistungsorientierte Liberale* wünschen sich nicht nur Informationen, sondern sind auch eher an einem gesellschaftlichen Diskurs und Austausch interessiert. *Politikferne Einzelkämpfer* sind hingegen noch eher über politische Themen und Informationen erreichbar, die die eigene persönliche Lebenswelt, persönliche Nöte und den eigenen Alltag betreffen. Die Kommunikation zwischen Politik und Bevölkerung ist insgesamt verbesserungsbedürftig. Die Sprache von Politikern sollte klarer und verständlicher sein bzw. muss sich an die Erwartungen verschiedener Segmente anpassen. Komplexe Sachverhalte müssen einfacher erläutert werden, um auch politikferne Segmente wieder in den politischen Diskurs zu integrieren. *Passive Reformer* wünschen sich, dass politische Entscheidungen ihnen besser erklärt werden. Hier müssen einfache und verständliche Informationen über Politik und Grundlagen des politischen Systems vermittelt werden, weniger komplexe Sachverhalte, die potenziell diese Zielgruppe langweilen. Auch *verdrossene Kleinbürger* sind nur über eine einfache Sprache erreichbar, über klare, einprägsame Botschaften. Hier ist Politik häufig zu unverständlich, komplex und sprachlich abgehoben. Die gehetzte Mitte benötigt kontinuierlich kleine Informationseinheiten, da sie am Stück nur wenig Zeit hat, sich ausführlich mit Politik zu beschäftigen, sie setzt sich aber durchaus mit komplexeren Zusammenhängen auseinander. Schwerer erreichbar sind *antimoderne Konservative* und *desillusionierte Abgehängte*, für die Rückgewinnung des Vertrauens in Politik und Staat sind hier größere Anstrengungen nötig.

Auch der Informationskanal unterscheidet sich je nach Bevölkerungssegment. *Passive Reformer* sind aufgrund ihres höheren Alters beispielsweise weniger online erreichbar, aber über Radio, Zeitung und Fernsehen. Sozial engagierte Demokraten und *leistungsorientierte Liberale* sind selber aktiv auf der Suche nach Informationen und beziehen diese über das Internet und aus der Zeitung. *Politikferne Einzelkämpfer*, *verdrossene Kleinbürger* und *desillusionierte Abgehängte* zählen zu den klassischen Fernsehnutzern, sind dabei aber weniger geneigt, bildende Inhalte zu rezipieren, sondern nutzen eher Unterhaltungsformate der privaten Sender und für die politische

Information eher Infotainmentformate. Auch die *gehetzte Mitte* bezieht Informationen hauptsächlich über das Fernsehen, allerdings häufig differenzierter und auch über inhaltlich komplexere Formate als die eben genannten Segmente.

2. Über das politische System und Demokratie aufklären

Neben der Information über politische Themen zählt zur politischen Bildung auch die Aufklärung über die Funktionsweise des föderalen Systems sowie über das Verhältnis zwischen Medien und Politik oder die Europäische Union. Hintergrundwissen über politische Kompetenzen und Prozesse ist wichtig, um Partei- und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, und kann das Verständnis für die Bedeutung von Wahlen und des Parteiensystems stärken. Hierbei ist ebenso wichtig, entsprechende Angebote auf die einzelnen Segmente zuzuschneiden.

3. Gesellschaftspolitisches Engagement fördern

Eine weitere Aufgabe politischer Bildung ist die Aktivierung. In den meisten Segmenten besteht Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement, die gefördert und genutzt werden muss. Insbesondere bürgernahe und relevante Themen bieten Gelegenheit, engagierte Bevölkerungsteile und Politiker zu einem Austausch zu bewegen, beispielsweise über Bürgerdialoge, Seminare oder Workshops zu politischen Fragestellungen und Themen. Die Segmente müssen jedoch in ihrem persönlichen Lebensbereich zu Beteiligung und Mitgestaltung gezielt motiviert werden, sodass sie Veränderungen als Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen wahrnehmen.

Mit der *gehetzten Mitte*, den *sozial engagierten Demokraten* und den *leistungsorientierten Liberalen* sind drei der acht Segmente für gesellschaftliches Engagement und Ehrenamt besonders leicht zu gewinnen. Sie möchten eher etwas für andere tun und zeichnen sich durch hohe Selbstentfaltungswerte, beispielsweise Selbstverwirklichung, aus. Hinderungsgründe sind bei der *gehetzten Mitte* insbesondere der Mangel an Zeit und die hohen eigenen Anforderungen, die bewältigt werden müssen. *Sozial engagierte Demokraten* sorgen sich besonders stark um soziale Ungleichheiten und sind am einfachsten zu mobilisieren. *Leistungsorientierte Liberale* sind zwar auf den eigenen Status bedacht, aber dennoch äußerst bereit, sich ehrenamtlich zu engagieren. *Passive Reformer* sehen die Notwendigkeit von Solidarität und Engagement, sind selber aber unterdurchschnittlich engagiert. Sie verspüren am wenigsten Hektik und Über-

forderung und hätten am ehesten Zeit, sich zu engagieren. Der Nutzen gesellschaftlichen Engagements muss ihnen jedoch stärker verdeutlicht werden und sie müssen dazu stärker motiviert werden.

Wer merkt, dass der eigene Einsatz etwas bewirkt, wird sich auch weiterhin engagieren. *Politikferne Einzelkämpfer* sorgen sich vor allem aus der eigenen Perspektive und den eigenen Nöten heraus um soziale Ungleichheit, sie kämpfen um den eigenen sozialen Status und besitzen weniger Zeit und Ressourcen für gesellschaftliches Engagement. Wesentlich schwerer zu aktivieren sind die zurückgezogenen Segmente, die stärker an traditionellen Werten festhalten. Diese müssen zunächst wieder das Gefühl erhalten, dass Staat und Gesellschaft ihre eigenen Sorgen ernst nehmen, und sie müssen wieder in die Gesellschaft integriert werden, damit sie sich wieder als deren Teil fühlen und auch eigene Verantwortung übernehmen. *Antimoderne Konservative* könnten zunächst im eigenen Lebensbereich stärker involviert werden und sich beispielsweise in Schulen oder Wohnumfeld einbringen, denn wirtschaftlich gesehen verfügen sie durchaus über ausreichende Ressourcen, sie fühlen sich weniger abgehängt und haben weniger Hektik zu bewältigen. Sie haben aber ein kritisches Verhältnis zu Staat, Gesellschaft und Politik und es mangelt ihnen daher auch an Identifikation mit der Gesellschaft, in der sie leben.

Demokratieunzufriedenheit und Desillusionierung stehen Partizipation im Wege. Aktivierung und Mobilisierung zu gesellschaftlichem Engagement schließen demzufolge auch Maßnahmen der gesellschaftlichen Integration ein. Insgesamt muss Ehrenamt stärker wertgeschätzt und unterstützt werden, also jegliches Engagement, Hilfe und Unterstützung, die Menschen freiwillig für andere Menschen und die Gesellschaft unentgeltlich leisten. Menschen, die sich neben Alltag und Berufsleben gerne ehrenamtlich engagieren wollen, müssen die erforderlichen Ressourcen und Strukturen zur Verfügung stehen.

4. Bürgerrelevante Themen kommunizieren

Die Studie hat gezeigt, dass bestimmte politische Themen segmentübergreifend Priorität für die Bevölkerung besitzen: Familie, Arbeit, Rente, innere und äußere Sicherheit, Investitionen. Hier wünschen sich die Bürger eine klarere Positionierung der Politik und die tatsächliche Umsetzung wichtiger Anliegen. Die Gesellschaft ist gekennzeichnet durch Pluralität, starke Veränderungsdynamik, hohe Anforderungen sowie

wachsende Ansprüche an die Flexibilität des Einzelnen. Vor diesem Hintergrund wünschen sich die Bürger auch, dass diverse Lebensbereiche und Strukturen an die Erfordernisse einer modernen, vielfältigen und weltoffenen Gesellschaft angepasst werden. Eine Entlastung des Alltags ist ein segmentübergreifender Wunsch, beispielsweise durch digitale Angebote der Verwaltung, die den Weg zum Amt ersparen. In einigen Segmenten besitzt Entlastung besondere Priorität, vor allem in der *gehetzten Mitte* oder bei den *politikfernen Einzelkämpfern*. Drei Viertel der Bevölkerung sind für flexiblere Arbeitszeitmodelle, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Um gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit zu bewahren, wird von der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik auch „mehr Netto vom Brutto“ für Geringverdiener gefordert. Neben besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind außerdem eine höhere Wertschätzung älterer Arbeitnehmer und mehr Anerkennung von Menschen in Sozialberufen wichtig. Zwei Drittel sind für ein flexibleres und späteres Renteneintrittsalter, eine Angelegenheit, die angesichts des demografischen Wandels große gesellschaftliche Relevanz besitzt, ebenso wie für ein neues und einfaches Einwanderungsrecht. Hinsichtlich Steuern und Haushalt sind drei Viertel dafür, das Sozialversicherungssystem auf eine breitere Basis zu stellen, indem auch Selbstständige und Beamte einzahlen. Insbesondere werden segmentübergreifend und über verschiedene Bevölkerungsgruppen hinweg auch Zukunftsinvestitionen gefordert. Eine Gesellschaft, die zukunftsweisend denken soll, muss auch in die Zukunft investieren, vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Bildung werden mehr Investitionen erwartet.

Die Transparenz und Zweckgebundenheit von Investitionen sind den Bürgern dabei ebenso wichtig. In der Leistungsgesellschaft sind unabhängig von sozialer Herkunft langes gemeinsames Lernen und Integration durch Sprache wichtige Maßnahmen, um mehr Chancengleichheit in der Bildung zu ermöglichen und auch andere Bildungsabschlüsse neben dem Abitur zu stärken. Schlussendlich fordern weite Bevölkerungsteile eine langfristige Idee oder politische Vision und wünschen, dass die Politik ihnen kommuniziert, wie die Zukunft in Deutschland für verschiedene Bevölkerungsgruppen auch künftig lebenswert gestaltet werden kann.

5. Politik glaubwürdig gestalten

Hinsichtlich einer gemeinsamen Werthaltung und Vision im Land wird vor allem von politischem Personal mehr Orientierung an Grundwerten gefordert. Von der Politik wird mehr Orientierung und weniger Beliebigkeit gefordert. Auch von den Parteien, die auf einige Segmente, wie passive Reformer, ununterscheidbar wirken, wird eine klarere Kommunikation der jeweiligen politischen Ziele gewünscht und darüber hinaus eine Haltung, die verdeutlicht, warum bestimmte Ziele verfolgt werden.

Bürger wie *politikferne Einzelkämpfer* fühlen sich mit ihren Alltagssorgen zunehmend alleingelassen und wünschen sich, dass die Politik diese ernster nimmt und konkrete Lösungen bietet. Insgesamt erwartet die Bevölkerung, dass Politik mehr für „normale“ Menschen gemacht wird und nicht so sehr wirtschaftliche Partikularinteressen berücksichtigt werden. Auf diese Weise könnte auch die Glaubwürdigkeit von Politik und Parteien gefördert werden.

8 Fazit

Die Reise durch die politische Landschaft Deutschlands hat gezeigt, dass sich die Gesellschaft derzeit in acht verschiedene Segmente unterteilen lässt. Die Gruppen unterscheiden sich in ihren Einstellungen zu Staat, Politik und Gesellschaft, in ihrer Lebensweise sowie hinsichtlich soziodemografischer Merkmale. Einstellungen und Werthaltungen prägen das Verhältnis zu Parteien und politischen Akteuren und beeinflussen die Bereitschaft zur Partizipation an Demokratie und Gesellschaft.

In Zeiten sozialen Wandels und der Pluralisierung der Gesellschaft lassen sich die Bevölkerungssegmente insbesondere entlang der Wertedimension „Weltoffenheit versus Rückbesinnung auf Tradition“ beschreiben und verorten. Diese Dimension korreliert mit der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Tendenziell gilt: Je zufriedener jemand hiermit ist, desto weltoffener äußert er sich. Politische Unzufriedenheit geht einher mit einer weniger positiven persönlichen Lage und/oder dem Gefühl der relativen Deprivation. Mit zunehmender Unzufriedenheit oder prekärer Lage sinkt wiederum die Bereitschaft zu politischer Partizipation und gesellschaftlichem Engagement, während die Neigung zur Unterstützung antidemokratischer Protestbewegungen und populistischer Parteien steigt.

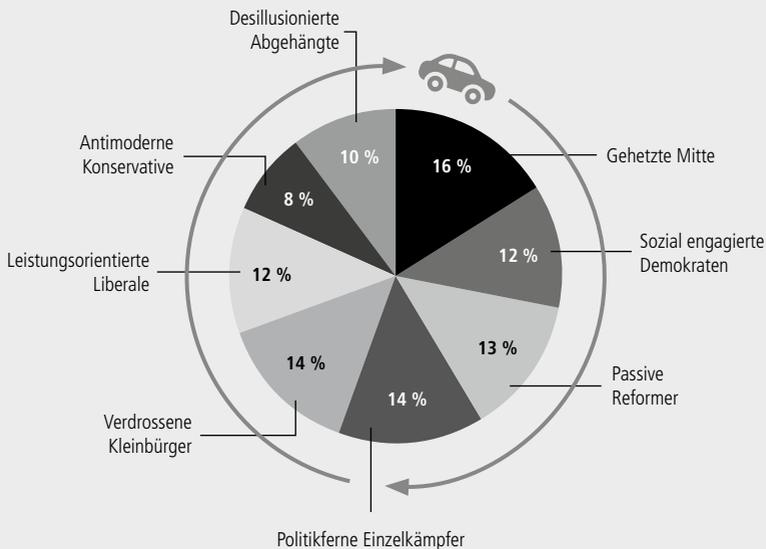
Fasst man die zufriedeneren und gesellschaftspolitisch aktiveren Segmente sowie die unzufriedeneren und eher passiven zusammen, zeigt sich, dass sich entlang von Weltoffenheit und Tradition zwei Pole bilden. Während die frühere Segmentierung von Neugebauer (2007) noch eine Dreidrittelgesellschaft beschreibt, besteht aktuell die Tendenz zu einer viel radikaleren Spaltung der Gesellschaft in zwei verschieden große Teile. Es gilt zu verhindern, dass die Kluft und die Spannungen zwischen Engagierten und Passiven, Zufriedenen und Unzufriedenen, Traditionellen und Weltoffenen, Integrierten und Ausgeschlossenen sowie Armen und Reichen weiter wachsen.

Den Gefahren stehen aber auch positive Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung und eine zunehmende Repolitisierung der Bevölkerung gegenüber. Insgesamt besteht ein starker Wunsch nach mehr Beteiligung, Zusammenhalt und Bewusstsein für soziale Ungleichheiten. Ein Großteil der Bürger wünscht keine „Ellenbogengesellschaft“. Die Herausforderung für die Politik und die demokratischen Parteien besteht darin, für eine gemeinsame demokratische Wertebasis einzustehen, mit der sich möglichst viele Menschen in Deutschland identifizieren können, und die Lebensbedingungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu verbessern und zu sichern.

Beharrliches Festhalten an traditionellen Werten und Ängste vor sozialem Wandel oder Fortschritt stehen insbesondere im Zusammenhang mit der Angst vor dem Verlust von Sicherheit, nach der sich die Gesellschaft ebenso sehnt. Unsicherheiten und Ängste müssen abgebaut werden, indem Probleme ernst genommen und konkrete Lösungen aufgezeigt werden. Gerade in unsicheren und komplexer werdenden Zeiten wünschen sich Menschen Orientierung, Richtungsweisung und Vorbilder. Die Gespräche mit den Bürgern haben gezeigt, dass ein starker Wunsch nach politischen Akteuren besteht, die einen festen Standpunkt vertreten. Braucht Deutschland dazu eine neue Politik und eine neue Vision? Es braucht vor allem eine Politik, die die Bedürfnisse der Menschen nicht aus dem Auge verliert und die verschiedenen Bevölkerungsgruppen stärker verbindet als trennt und die Gesellschaft zusammenhält, statt stärker zu spalten.

Anhang: Besuch verschiedener Lebenswelten: Prototypen der Segmente

Zur Veranschaulichung der zuvor beschriebenen Segmente werden in diesem Kapitel typische Repräsentanten der Bevölkerungsgruppen mit ihren Charakteristika und Lebensweisen vorgestellt. Als Grundlage dienen Berichte, lebensweltliche Eindrücke und Erzählungen verschiedener Menschen, mit denen pollytix strategic research sprechen konnte. Die Eigenschaften, Lebensweisen und Lebensumstände der dargestellten Charaktere bauen zwar auf Erkenntnissen auf, die in den persönlichen Interviews mit verschiedenen Bürgern gewonnen wurden, sind zur Verdeutlichung der Gruppen aber mosaikartig und teilweise überspitzt zu neuen und nicht realen Personen zusammengesetzt. Es handelt sich damit nur um Prototypen, die auf Erzählungen verschiedener Personen basieren. Ferner wurden zum Schutz der Privatsphäre in den verwendeten Zitaten und Informationen personenbezogene Eigenschaften, Orte und Namen anonymisiert. Auf der Reise durch die Bevölkerung werden die einzelnen Segmente im Uhrzeigersinn der nachfolgenden Grafik „bereist“.





Prototyp der gehetzten Mitte: Anna aus Düsseldorf

»Ich hatte ein Burn-out und ich dachte, es muss etwas passieren.«

Wir beginnen die Reise in Düsseldorf und besuchen Anna. Sie ist jung, gebildet, hat ein mittleres Haushaltsnettoeinkommen und ist religiös. Vieles macht sie zu einer typischen Vertreterin der gehetzten Mitte. Die 32-Jährige wohnt seit drei Jahren in einer ruhigen und grünen Vorstadt-Wohngegend mit vielen Familien, Einfamilienhäusern und auch älteren Menschen. Ihre Wohnung ist klein, freundlich, hell und aufgeräumt. Im Wohnzimmer stehen Pflanzen. Anna fühlt sich hier sehr wohl, da die Umgebung ländlicher ist.

»Man hat nicht mehr das Gefühl, dass man in der Stadt ist.«

Anna ist auf dem Land aufgewachsen, nach dem Abitur hat es sie in die Stadt gezogen. Sie hat seit ihrer Schulzeit schon einiges ausprobiert und durchlaufen. Auch umgezogen ist sie mehrmals. Es fiel ihr zunächst schwer, sich für eine berufliche Richtung zu entscheiden.

»Da waren so viele Möglichkeiten. Ich kann schlecht Entscheidungen treffen.«

Aus diesem Grund ging sie nach dem Abitur zunächst ein Jahr lang nach Israel und arbeitete dort in einem Behindertenheim. Im Anschluss entschied sie sich für eine Ausbildung als Erzieherin. Fünf Jahre lang arbeitete sie in diesem Beruf, der ihr viel abverlangte.

»Zu viele Kinder mit zu wenigen Fachkräften auf einen Platz gepfercht [...]. Überforderung an allen Stellen!«

Da ihr Bruder in der Fitnessbranche tätig ist, wechselte sie anschließend ebenfalls in den Sport- und Fitnessbereich. Das begonnene Studium der Sportwissenschaft war ihr aber zu theoretisch. Später hat sie noch ein Fernstudium als Fitnessfachwirtin absolviert. Sie war im Reha-Bereich tätig und in einem Fitnessstudio. Stressige Arbeitszeiten an Wochenenden und Feiertagen, hohe Anforderungen, Hektik und Unsicherheit sowie geringe Verdienstmöglichkeiten waren ihr eines Tages zu viel. Sie war erschöpft und musste beruflich aussetzen. Durch eine Fördermaß-

nahme des Arbeitsamts gelangte sie über Umwege in den Bürobereich und ist aktuell in einer Personaldienstleistungsfirma beschäftigt.

»Ich wollte einen Job finden, in dem ich Montag bis Freitag arbeite, ohne ausgenutzt zu werden wie bei meinem letzten Arbeitgeber.«

Nach ihrem letzten Umzug, ihrem Neuanfang und den größeren Veränderungen hofft sie nun auf etwas mehr Ruhe im Alltag. Bei ihrem derzeitigen Arbeitgeber besteht die Möglichkeit aufzusteigen, aber vor allem wünscht sie sich Stabilität.

»Ich fände es schön, wenn es so bleibt, wie es ist.«

Sorgen hat sie vor allem wegen ihrer gesundheitlichen Situation, ist sich nicht sicher, ob sie den Anforderungen gewachsen bleibt. Es plagen sie einige Zukunftsängste, erzählt sie uns, während sie Schokolade, Kaffee und Obst anbietet.

»Ich möchte mir manchmal auch weniger Gedanken machen um die Zukunft: Familie ja oder nein, Kinder ja oder nein, wenn die Familie wegstirbt. Zu viele Zukunftsängste, auch umweltbedingt. Was wir mit der Umwelt machen und schon gemacht haben, ob die Erde sich durchsetzt oder ob wir sie ganz kaputt kriegen.«

Insgesamt ist Anna aber dennoch zufrieden mit ihrem Leben. Sie ist ein lebensfroher Mensch, harmoniebedürftig und gesellig. Familie und Freundschaften sind ihr sehr wichtig. Außerdem ist es ihr wichtig, neben der Arbeit auch Freizeit zu haben, um einen Ausgleich zu schaffen. Anna schaut zu ihrer Yoga-Matte.

»Man muss sich seine privaten Inseln schaffen, damit man alles auf die Reihe bekommt.«

Sie ist stolz auf das, was sie erreicht hat, und glaubt daran, dass sich Leistung lohnt. Auch Annas Eltern haben ihr diese Einstellung vermittelt, sie sind selbstständig und haben sich eine kleine Pension mit Restaurantbetrieb aufgebaut.

»Wenn man das geschafft hat, einen neuen Job hat und sich eine größere Wohnung leisten kann, ist man stolz.«

»Man muss sich auch selbst einbringen. Ich muss es auch wollen, muss auch bereit sein, mich auch mal fortzubilden oder gewisse Nachweise über Schulungen zu erbringen.«

Nachdem sich Anna in ihrem neuen Job eingelebt hat, möchte sie außerdem schauen, wie sie sich in ihrer Freizeit noch anderweitig engagieren kann, beispielsweise in Form einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Das Einzige, was ihr fehlt, ist die Zeit dafür.

»Aus zeittechnischen Gründen mache ich derzeit leider noch nichts. Das fehlt mir. Ich würde gerne in viel mehr Sachen rein, aber mir fehlt derzeit noch eine gewisse Regelmäßigkeit.«

Toleranz und Hilfsbereitschaft sind wichtige Werte für Anna. Die perfekte Gesellschaft wäre für sie frei von Gewalt und Ignoranz. Die Großstadt findet Anna oft sehr egoistisch und sie wünscht sich insgesamt mehr Miteinander.

»Den Umgang miteinander könnte man generell verbessern. Dass man darauf achtet, dass es ein nettes Miteinander ist, mehr Höflichkeit untereinander, das ist nicht schwer.«

Notleidende sollten ihrer Ansicht nach mehr unterstützt werden, vieles sei Aufgabe des Staates. Um Ehrenamt zu fördern, müssten Bedingungen geschaffen werden, die Engagement möglich machen und in der Hektik des Alltags zulassen.

»Wenn ich in die Stadt gehe und ich dort abends Obdachlose liegen sehe [...], das muss meiner Meinung nach nicht sein. Klar gibt es auch welche, die das wollen, die kann man nicht zwingen. Aber da sollte der Staat mehr aktiv werden.«

Sie findet es wichtig, auch über den Tellerrand zu schauen und Verständnis aufzubringen. Einwanderung sieht Anna deutlich als Chance.

»Wir produzieren zu wenige Kinder, das kann auch so weitergehen. Da ist es von Vorteil, das Land aufzumachen und Menschen reinzuholen.«

»Ich kann nicht verstehen, weshalb Flüchtlingsheime in Brand gesetzt werden, da scheint die Aufklärung zu fehlen.«

Politisch informiert sich Anna durch Zeitungslektüre und Nachrichtensendungen im Fernsehen. Auch über das Radio erhält sie Informationen – nebenbei „am Rande“.

»Bei der Arbeit liegt die ‚Westdeutsche Zeitung‘, ich gucke die Tageschau, lese die ‚Rheinische Post‘. Ich bestelle keine eigene Zeitung, lese, was wir bei der Arbeit haben. Ich schaue auch mal Polittalks, wie Illner oder Markus Lanz.«

Sie möchte durchaus informiert sein, aber eine weiterführende Auseinandersetzung mit Politik findet Anna oft belastend. Es bleibt zu wenig Zeit, um sich mit konkreten Dingen auseinanderzusetzen. Sie fühlt sich der Politik eher ausgesetzt, ohne eine direkte Einflussmöglichkeit zu spüren, und möchte von Politikern besser informiert werden.

»Es ist krass, wenn man seine Gehaltsabrechnung mit Erhöhungen sieht. Man ist als Arbeitnehmer abhängig und fragt sich, wie viel Gewicht hat die einzelne Stimme, was kann man verändern als Einzelperson. Da entsteht das Gefühl, ich kann nicht wirklich etwas machen, die Abhängigkeit.«

»Ich schaue im Fernsehen die Nachrichten an, sehe dort Politiker. Die sind da, ich bin hier. Es ist in weiter Entfernung, man hat nicht das Gefühl, man ist nahe dran.«

Annas Vertrauen in die Medien ist dagegen durchaus gegeben.

»Wenn man will, kann man sich viele Informationen holen [...], der Informationsfluss ist schon gut.«

Mit dem demokratischen System in Deutschland ist Anna zufrieden. Sie hat erlebt, dass man aufgefangen wird, wenn man Hilfe benötigt. Sie sieht Deutschland als gut aufgestellt an, vor allem im Vergleich mit anderen Ländern, und schätzt das Engagement Deutschlands in Europa. Sie ist eher für eine beständige Politik „mit ruhiger Hand“. Zur Wahl zu gehen, ist für Anna selbstverständlich, manchmal wählt sie auch per Brief, damit sie es zeitlich schafft. Die Entscheidung fiel dabei schon immer für eine der beiden großen Volksparteien.

»Wählen sollte man, sonst darf man sich nicht beschweren.«

»Einmal habe ich überlegt, etwas anderes zu wählen, aber ich bin etwas festgefahren.«

Wir wollen Annas knappe Zeit nicht zu lange in Anspruch nehmen. „Vergessen Sie nicht, Ihren Kaffee noch zu trinken“, sagt sie, bevor wir zur nächsten Station weiterfahren.



»Ich finde es schön, wenn die Gesellschaft Verantwortung für den Einzelnen übernimmt, der Einzelne Verantwortung für die Gesellschaft.«

Von Anna fahren wir weiter zu Daniel nach Hannover. Er ist 33 Jahre alt, hat sein Abitur in Braunschweig gemacht und ist danach viel herumgekommen. Ein Semester lang hat er in Siegen Literatur, Kultur und Medienwissenschaft studiert, dann ist er nach Münster gegangen, um dort Erziehungswissenschaft und Politik zu studieren. In Erlangen und Nürnberg hat er sich anschließend noch auf Theaterpädagogik spezialisiert und ging danach für ein Praktikum nach Berlin, um mit Jugendlichen auf der Straße an einem Theaterprojekt zu arbeiten. Mittlerweile ist er als Referent für Jugendarbeit und kulturelle Bildung in der kommunalen Verwaltung tätig und denkt darüber nach, noch zu promovieren.

In Hannover wohnt er mit seiner Freundin, einer Lehrerin, in einer Altbauwohnung, die sich in zentraler Innenstadtlage befindet. Das Wohnumfeld ist vielfältig gemischt und bunt. Wir betreten die Wohnung, die modern, künstlerisch und individuell gestaltet ist. Daniel hat viele Freunde und Bekannte. Seine Eltern leben getrennt, der Kontakt zu beiden und zu seiner in den USA lebenden älteren Schwester ist gut.

Daniel bezeichnet sich selbst als humorvoll, organisiert und emotional. Auch uns gegenüber ist er sehr aufgeschlossen und freundlich. Er hat viel Energie und packt vieles an. Neben seinem Beruf besucht er häufig Seminare und Diskussionsabende zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Themen, bei denen aktuelle Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze besprochen werden. Erst gestern Abend hat er eine Veranstaltung zum Thema „Inklusion in Schule und Ausbildungsbetrieben“ besucht. Gemeinsam mit seiner Freundin richtet er zu Hause außerdem regelmäßig „Debattierabende“, wie er sie nennt, aus. Dazu werden Freunde und Kollegen auf ein Glas Wein eingeladen, um in netter Atmosphäre über ein gesellschaftspolitisches Thema zu sprechen, das zuvor bekannt gegeben wird. Obwohl er vielfältig engagiert ist, fühlt sich Daniel selten überfordert, denn er liebt, was er tut. Beruf und Freizeit gehören in seinem Leben zusammen.

»Ich habe schon gerne zu tun, habe Lust zu arbeiten. Nur auf der Couch sitzen wäre nichts für mich.«

Das sieht man ihm an, er wirkt sehr dynamisch und fröhlich. Daniel hat einen sehr optimistischen Blick auf die Zukunft und wenig persönliche Zukunftsorgen. Beruf-

lich und finanziell fühlt er sich sicher. Er muss am Monatsende nicht schauen, ob das Geld ausreicht, aber er legt auch wenig Wert auf Luxus und Konsum.

»Mir ist nicht wichtig, was für ein Auto vor der Tür steht, ich würde Geld immer lieber für eine Reise ausgeben.«

Sein Vater, der eine Gärtnerei besitzt, hat einen Bausparvertrag für Daniel abgeschlossen, damit er finanziell abgesichert ist. Er konnte außerdem immer auf Hilfe von Verwandten, seiner Eltern oder Großeltern vertrauen. Heute unterstützt er auch Verbände oder Hilfsorganisationen durch Spenden, beispielsweise den WWF oder die Flüchtlingshilfe.

»Ich war im WWF Mitglied und habe die unterstützt, weil ich es für eine gute Sache halte.«

Darüber hinaus engagiert sich Daniel derzeit ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit und begleitet Flüchtlinge bei Behördengängen oder der Wohnungssuche. Viele Aufgaben seien eigentlich Aufgaben eines Sozialarbeiters.

»Die Flüchtlingsproblematik interessiert mich. Die Menschen werden oft menschenunwürdig behandelt, leben in schlimmen Zuständen, in der Situation, dass sie weder arbeiten noch einen Deutschkurs machen können. Ich habe gedacht, ich mache es im Kleinen, dass man versucht, jemanden zu unterstützen [...]. Jeder Einzelne hat eine Verantwortung. Die Frage ist, welche Voraussetzungen man hat, aber auch die Politik hat die Verantwortung, dass Sozialarbeiter zum Beispiel besser bezahlt werden.«

Wie er das alles schaffe, fragen wir Daniel. „Wenn man schon so beschäftigt ist, weshalb macht man noch etwas ehrenamtlich?“

»Es gibt ein inneres Wohlfühlgefühl, gibt dem Leben einen Tick mehr Sinn. Nicht nur konsumieren, sondern auch etwas zurückgeben, dass sich Leute einfach freuen. Das ist wirklich schön.«

Daniel erzählt, dass er immer früh mit der Arbeit beginnt und am Nachmittag vieles erledigen kann, was ihm wichtig ist. Er hat eine 75%-Stelle.

»Für mehr habe ich keine Zeit. Wie gesagt, ich habe noch ein paar andere Sachen, die ich gerne mache.«

Er weiß aber auch, dass nicht jeder die Möglichkeit hat, sich finanziell oder ehrenamtlich zu engagieren. Daniel nimmt soziale Ungleichheiten in der Bevölkerung wahr, nicht jeder hat die gleichen Chancen.

»Man lebt in einer Blase mit Leuten, die man kennt. Ich kenne vor allem Leute, die studiert haben. Man lebt in einer Schicht. Dann kenne ich noch ein paar Jugendliche, das ist auch nur ein Bruchteil. Ich kenne aber sehr viele Leute, die eigenständig Sachen entwickeln, versuchen Teilhabe zu ermöglichen, den Stadtraum zu nutzen, Kunst zu machen, eigene Räume zu schaffen. In meinem Umkreis wird das sehr viel gemacht.«

Obwohl Daniel die wirtschaftliche Situation im Land positiv betrachtet, sich selbst abgesichert fühlt und optimistisch in die Zukunft blickt, glaubt er nicht daran, dass Leistung alleine ausreicht, um etwas erreichen zu können. Dafür sieht er zu große soziale Ungerechtigkeiten.

»Manche Menschen haben einfach mehr Glück gehabt. Jemand, der im Vorstand sitzt und ein Wahnsinnsgeld bekommt, leistet der mehr als ein Alleinerziehender, der drei Jobs machen muss, 20 Stunden auf den Beinen ist, Multijobber ist, um die Kinder gerade über die Runden zu bekommen? Es gibt einfach Jobs, die sind besser bezahlt.«

Bedingungen für Chancengleichheit zu schaffen, ist seiner Ansicht nach daher ebenso wichtig wie die persönliche Leistung, die ein Mensch erbringt.

»Es ist am wichtigsten, dass man versucht, jungen Menschen die gleichen Voraussetzungen zu ermöglichen, dass in der Schule nicht in gut, mittel und schlecht geteilt wird.«

Daniel hat insgesamt ein positives Bild von der Gesellschaft, aber er wünscht sich mehr Förderung von Zusammenhalt. Hier sieht er vor allem die Politik in der Verantwortung, die Bedingungen und Freiräume für Engagement schaffen muss und Ehrenamtliche mehr unterstützen sollte.

»Ich würde das Schul- und Unisystem verändern, dass es mehr um Persönlichkeitsentwicklung gehen kann, nicht nur um Leistungsdruck. Damit man starke Gesellschaftsmitglieder hat, die für andere Menschen da sein können und für sich selbst stabil sind.«

Daniels starkes Interesse für aktuelle politische Themen, Weltpolitik und gesellschaftliche Entwicklungen besteht schon lange. Meinungsbildung ist ihm ganz besonders wichtig und wurde ihm von seinem Vater vermittelt.

»Er hat immer zu uns Kindern gesagt: Man muss sich eine Meinung bilden, egal welche, aber bildet euch eine Meinung, steht dazu und kämpft dafür. Kämpft gegen Ungerechtigkeit, kämpft für Soziales.«

Daniel informiert sich unterwegs über Inforadio. Er liest aber auch Zeitung. Auch online und in sozialen Netzwerken ist er sehr aktiv.

»Ich surfe viel im Internet und auf Facebook. Oft lande ich bei der ‚taz‘. Wenn mich ein Thema interessiert, wird weitergelesen. In sozialen Netzwerken wird diskutiert, ich habe mehrere Gruppen abonniert, dort tauscht man sich auch aus.«

Daniel ist von Demokratie und Europa überzeugt, die Politik muss sich seiner Ansicht nach jedoch insbesondere um soziale Gerechtigkeit bemühen und Bürgern mehr Einflussmöglichkeiten geben. Unzufriedenheit führt seiner Meinung nach zu negativen gesellschaftlichen Strömungen.

»Da entwickelt sich viel mit Pegida, das sehr gruselig ist. Das ist etwas, das ich in keinsten Weise nachvollziehen kann, da ich sowieso für Welt-offenheit bin. Man merkt, dass viele unzufrieden sind und sich dadurch Luft verschaffen.«

Die Lösung sieht Daniel nur in gesellschaftlichem Engagement und mehr Zusammenhalt der Bevölkerung sowie in Maßnahmen politischer Bildung und Information.

»Ich würde mir dafür aber nicht eine Person wünschen, sondern eine Partei, Leute, die sich zusammenschließen. Man kann schon Einfluss auf das Stadtbild nehmen, auf die Menschen, wenn man sich in Gruppen engagiert, wenn man auf die Straße geht.«

Veränderungen benötigen aber Zeit, daher setzt Daniel eher auf eine Politik, die langfristig etwas bewegt, aber nicht überstürzt, damit Hoffnungen der Bevölkerung nicht enttäuscht werden. Ihm ist eine soziale, linksliberale Politik besonders wichtig, die vor allem Gruppen am Existenzminimum unterstützt sowie Menschen, die sich sozial engagieren. Wahlbeteiligung ist für ihn eine Selbstverständlichkeit, er sieht Wählen als demokratisches Recht, aber auch als Pflicht an.



»Das werde ich nicht mehr erleben, dass sich irgendetwas ändert, das glaube ich nicht.«

In Mannheim sind wir bei Ingrid zu Hause. Die 70-jährige Rentnerin macht einen sehr ausgeglichenen Eindruck. Ihr Ton sei nur manchmal etwas „schröff“, sagt sie. Ingrid bezeichnet sich selbst als direkt und realistisch, aber sie ist vor allem lebensfroh. Und das trotz vieler widriger Umstände, man kann es Pech nennen, die sie in der Vergangenheit durchlebt hat, trotz Krankheiten und vieler mühseliger beruflicher Etappen, von denen sie berichtet.

Ingrid hat 1960 die Volksschule beendet und besuchte danach zwei Jahre lang eine private Handelsschule. Sie musste schnell berufstätig werden, denn ihre Mutter war alleinerziehend. Mit 20 Jahren bekam Ingrid dann ihre Tochter.

Sie war als Sekretärin tätig, aber weil ihr die Arbeit zu langweilig wurde, machte sie sich mit einem Schreibbüro selbstständig. Als ihre Mutter an Krebs erkrankte, pflegte sie diese und musste einen Kompromiss zwischen Arbeit und Pflege finden. Schließlich übernahm sie eine Versicherungsagentur, die sie acht Jahre lang selbstständig führte. Da ihr die Vertreterarbeit irgendwann nicht mehr zusagte, wechselte sie mit 40 Jahren nochmals komplett die Branche und eröffnete ein eigenes Geschäft für Bürobedarf, das sie 14 Jahre lang führte, bis sie sich hoch verschuldete und schließen musste. Durch die Auflösung von Versicherungen konnte sie die Schulden weitgehend zurückzahlen. Im Anschluss arbeitete sie noch in zwei weiteren Läden als Verkäuferin, der eine wurde ebenfalls zahlungsunfähig, der andere über Nacht geschlossen.

»Da stand ich wieder auf der Straße und die Dame hatte keine Sozialabgaben abgeführt. Das fehlt mir natürlich heute auch an der Rente.«

Als sie erneut in den Beruf einstieg, hatte ihr Mann einen schweren Unfall und sie musste ihn pflegen. Als ihr Mann mit 63 Jahren in Rente ging, arbeitete sie noch vier Jahre lang in einer Parfümerie auf 400-Euro-Basis, bis zum Tod ihres Mannes.

»Ich hätte dort auch weitergearbeitet, aber dann kam die BfA und zog mir 40 % von der Witwenrente ab, weil ich noch arbeitete. Ich wollte mich nicht für 110 Euro dahinsetzen und den Rest an den Staat bezahlen müssen.«

Heutzutage könnte Ingrid aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten, denn 2012 wurde bei ihr ein Knoten in der Brust entdeckt, später brach sie sich noch einen Wirbel.

»Dann habe ich gesagt, die Brust muss weg, weil meine Mutter auch an Brustkrebs gestorben ist. Für mich war klar, meine Schwester hat Lymphdrüsenkrebs und ich bekomme es auch.«

Ingrid hat mittlerweile so viele Neuanfänge und Krankheiten hinter sich, dass sie ganz froh ist, etwas mehr Ruhe und Zeit für sich selbst zu haben, in den Tag hineinzuleben.

»Ich bin jemand, der immer alles auf sich zukommen lässt.«

Ihr Alltag gestaltet sich heute eher ruhig, dennoch hat sie immer etwas zu tun und ist alles in allem sehr zufrieden mit ihrem Leben. Ihr Freundeskreis ist groß und wichtig für sie.

»Ich stehe morgens auf, ziehe mich an, gehe mir die Zeitung holen, frühstücke. Wenn ich keine Rentnertermine habe, dann treffe ich mich mittags mit einer Freundin, wir gehen spazieren, dann trinke ich zu Hause Kaffee und schaue das sogenannte Hartz-IV-Fernsehen [...]. Abendbrot, zwischendurch gehe ich mal einkaufen. Dass ich mich langweile, kann ich nicht sagen.«

Mit drei Freundinnen trifft sie sich außerdem regelmäßig zum Canasta-Spielen. Dann trinken sie eisgekühlten Baileys, spielen und sprechen „über Gott und die Welt“. Ob sie auch über politische Themen sprechen, fragen wir nach. Ingrid berichtet, dass sie sich häufig in Rage rede, wenn es um Politik gehe, da die Politiker immer redeten und nichts täten.

Obwohl Ingrid ihre eigene Situation relativ positiv bewertet, ist sie unzufrieden mit dem Sozialsystem, insbesondere dem Gesundheits- und Krankenversicherungssystem, und sorgt sich um soziale Ungleichheiten.

»Versuchen Sie mal, wenn Sie hilfsbedürftig sind, von der Krankenkasse Hilfe zu bekommen.«

»Warum muss ich 258 Krankenkassen in Deutschland haben, wo jede ihren Wasserkopf besitzt? Warum reichen nicht fünf Gesellschaften mit fünf Wasserköpfen?«

Auch die Entlohnung und Steuerpolitik empfindet sie als sehr ungerecht.

»Große Firmen sollten keine Schlupflöcher haben, um Milliardengewinne irgendwo zu horten.«

„Alle jammern mit dem Mindestlohn, aber die 8,50 Euro reichen ja auch nicht. Die sind ja nicht netto, sondern brutto. Wenn ich dann sehe bei Steuerklasse V, was da von 8,50 Euro übrig bleibt, 3,70 Euro.«

Mit ihrer Rente kommt Ingrid gut hin. Sie hat sich damit arrangiert. Die eigene wirtschaftliche Lage bewertet sie eher positiv, sie sieht sich im Vergleich mit anderen recht gut aufgestellt und sagt, sie könne sich auch noch einen gewissen Luxus leisten.

»Ich rauche, ich trinke abends meine Flasche Bier und ich habe noch ein Auto.«

»Ich bekomme eine einkommensbezogene Rente. Nur, ich habe eben mit 16 Jahren angefangen zu arbeiten, mit einem Grundgehalt von 65 Mark.«

Ohne ihre Witwenrente wäre das anders, stellt Ingrid fest, dann würde sie wohl wie viele andere Rentner „am Existenzminimum sitzen“. Viel zum Leben braucht sie nicht. Ihre Ansprüche sind nicht hoch.

»Das Anspruchsdenken in der heutigen Gesellschaft ist für mich extrem.«

So blickt sie relativ gelassen in die Zukunft, Angst hat sie nur davor, krank zu werden.

»Ich gehe meistens bei Aldi oder Lidl einkaufen, die auch relativ preiswert sind. Sicher, es wird von Jahr zu Jahr weniger, der Strom wird teurer, der Sprit ist derzeit teuer, aber ich brauche nicht viel zum Leben.«

Ingrid hat immer daran geglaubt, dass es sich lohnt, Leistung zu bringen. Sie hat oft neu angefangen zu arbeiten und Neues gewagt. Sie kritisiert an der Gesellschaft, dass insbesondere junge Menschen nicht mehr dazu bereit seien, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

»Ich glaube, den jüngeren Generationen fehlt die Motivation zum Arbeiten.«

„Sind Sie ehrenamtlich oder sozial engagiert?“, fragen wir nach. Ingrid lacht und sagt, sie selber könne nicht viel ausrichten an den Problemen der Zeit. Diese müsse die Politik angehen. Wie steht es um Veränderungen oder Verbesserungen im Land? Daran glaubt Ingrid nicht, auch wenn sie sich diese wünscht. Grundsätzlich ist sie mit dem demokratischen System in Deutschland zufrieden, aber Unterschiede zwischen Parteien oder Politikern nimmt sie kaum mehr wahr. Es bräuchte ihrer Meinung nach jemanden, der anpackt. Reformen wären angebracht, aber Ingrid glaubt nicht, dass diese umgesetzt würden.

»Ich werde davon nicht mehr profitieren, weil es keine Politiker gibt, die diese Reform mit Hauruck anpacken.«

Politiker sind Ingrid grundsätzlich alle zu lebensfern. Dies betrifft alle Parteien. Sie kritisiert auch mangelnde Kompetenz und Glaubwürdigkeit. Von der Politik wünscht sich Ingrid durchaus, dass sie ihre Entscheidungen besser erklärt.

»Die jungen Politiker sind mir auch alle zu sozialfeindlich. Die Grundgedanken der alten Generation wurden nicht weitergegeben.«

»Ich möchte anders informiert werden, persönlicher.«

Auch die EU betrachtet Ingrid eher kritisch.

»Es wäre vielleicht klüger gewesen, jedem Land sein Leben zu lassen und nicht alle in die EU zu packen.«

Die Rolle der Medien sieht sie dabei skeptisch und mit eher geringem Vertrauen. Ingrid informiert sich über die Tagesschau, über Diskussionsrunden im Fernsehen und die Zeitung.

»In den Medien wird alles immer nur angeschnitten.«

»Ab 17 Uhr gucke ich Nachrichten, danach ‚Hallo Deutschland‘ auf ZDF.«

Nach unserem Besuch bei Ingrid wird dies auch heute wieder so sein. Am Abend trifft sie sich dann wieder zum Spieleabend und vielleicht sprechen sie dann auch über Politik.



»Ich habe schon immer so mein eigenes Leben gelebt, schon als Kind.«

Von Ingrid geht es weiter zu Sonja nach Bremen. Vor uns sitzt eine junge Frau, die sehr auf ihr Äußeres bedacht ist. Ihre Wohnung ist mit vielen Details dekoriert, sehr ordentlich und befindet sich in ruhiger Lage, unweit der Stadt in einer einfachen Wohngegend. Hier lebt die 28-Jährige gemeinsam mit ihrer Tochter und ihrem Lebensgefährten. Sonja arbeitet seit sechs Jahren als Krankenschwester in der Geriatrie.

Bis zur 12. Klasse besuchte Sonja das Gymnasium, dann verließ sie die Schule mit mittlerem Schulabschluss. Eigentlich wollte sie immer Medizin studieren, aber damals hatte sie keine Lust mehr auf das Abitur, erzählt sie.

»Ich wollte eigentlich Medizin studieren, jetzt bin ich nur Krankenschwester geworden. Das hing damit zusammen, dass ich mit 18 Jahren ein Auto haben wollte, selber Geld verdienen musste, und dann habe ich die Schule geschmissen.«

Heute bereut Sonja diesen Schritt manchmal und hat schon oft darüber nachgedacht, das Abitur nachzuholen. Wieder einmal steht diese Entscheidung im Zusammenhang mit einem Auto.

»Ich habe letztens ein neues Auto gekauft und der Autoverkäufer hat mir dann seine Lebensgeschichte erzählt. Der war ungefähr so alt wie ich und hat gesagt, dass er jetzt auch sein Abi nachholt. Er hat mir dann ein paar Tipps gegeben und seine Karte, falls ich weiteres Interesse hätte, er kennt sich da gut aus.«

Ein Traum wäre es, doch noch zu studieren, doch Familie und Job erschweren Sonja dies. Ihre Tochter hat sie zu Beginn der Ausbildung mit 19 Jahren bekommen. Ein Jahr setzte sie aus. Der Vater des Kindes kümmerte sich nicht um die Tochter, sagt sie. Durch die Unterstützung ihrer Eltern konnte sie Kind und Ausbildung miteinander vereinbaren und schaffte einen guten Abschluss. Damals hat sie noch zu Hause gewohnt. Sonja ist sehr fest in ein familiäres Netz eingebunden.

»Meine Tochter war sehr lange bei meiner Mutter. Wir haben sie sehr spät in den Kindergarten gebracht, mit viereinhalb Jahren. Ich habe lange auf einen Kitaplatz warten müssen.«

Sonja würde gerne noch ein Kind bekommen, aber das wäre für sie schwierig neben der Arbeit. Ihre Mutter ist auch wieder in Vollzeit berufstätig.

»Ich möchte ja noch ein zweites Kind haben demnächst, aber ich bin nicht der Mensch, der dann zu Hause bleibt. Ich wüsste nicht, wo ich das Kind unterkriegen soll. Bei uns im Klinikum steht man für einen Kitaplatz teilweise drei oder vier Jahre lang auf der Warteliste.«

Sonja arbeitet meist nachts. Sie beginnt ihre Schicht um 22 Uhr, um 6 Uhr morgens hat sie Übergabe, aber es wird oft später. Neben ihrem Job im Krankenhaus arbeitet Sonja außerdem als Pflegerin bei Verwandten. Oft fährt sie direkt nach ihrer Nachtschicht zu den Pflegepersonen und hilft beim Spritzen oder Anziehen.

»Ich bekomme Pflegegeld. Das sind Verwandte von mir, die keinen anonymen Pflegedienst möchten. Ich komme von der Nachtschicht. Dann mache ich meine erste Runde. Die geht dann eine halbe Stunde. Alle wohnen hier im Umkreis.«

Danach bringt sie ihre Tochter zur Schule und erledigt den Haushalt. Sie bereitet das Essen vor und schläft, bis die Tochter nach Hause kommt. Sonjas Partner ist Tischler und möchte sich demnächst selbstständig machen. Er arbeitet auch am Samstag, bis 12 Uhr, im Anschluss wird dann der Großeinkauf erledigt. Außerdem putzt Sonja am Samstag bei ihrem Großvater. Die Arbeit im Krankenhaus ist sehr stressig und durch Überstunden und zu wenig ausgebildetes Personal gekennzeichnet.

»Purer Stress, ganz schlimm! Ich habe mir jetzt ein homöopathisches Mittel für die Nerven gekauft, da ich in der letzten Zeit so viel Stress habe. [...] Wir haben immer weniger Personal, ganz oft auch viele Ungelernte. Wenn ich jemanden an der Infusion hängen habe, kann ich da im Frühdienst keine Schülerin hinschicken, also muss ich es selber machen.«

Sonja ist sehr leistungsbereit und ihr Alltag ist sehr gut organisiert. Dennoch zieht sie in Erwägung, eventuell noch etwas anderes zu machen, das Abitur nachzuholen oder im Verkauf zu arbeiten.

»Ich möchte das auch nicht noch ewig durchziehen. Ich habe mir schon überlegt, dass ich mich woanders bewerbe. Eventuell beim medizinischen Dienst, die suchen auch immer.«

Trotz des stressigen Alltags und der Doppelbelastung von Beruf und Familie hat Sonja einige Träume und kann sich vieles vorstellen, sie glaubt fest daran, dass sich Leistung lohnt und sie sich noch weiterentwickeln kann. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnt, „sich durchzubeißen“, und ist stolz auf das, was sie bis jetzt erreicht hat.

»Ich bin sehr, sehr stolz auf mein Kind und dass ich keine Hilfe vom Amt brauche.«

In der Zukunft würde Sonja gerne ein Haus bauen. Bisher fehlen die finanziellen Mittel und Sicherheiten, aber das Ziel ist klar. Sonja berichtet, dass ihr Mann, der sehr realistisch ist, häufiger daran zweifelt, da das Geld fehlt, aber sie glaubt daran. Dennoch plagen Sonja manchmal große Ängste vor der Zukunft, insbesondere, „dass man im Alter plötzlich ohne Geld dasteht“, dass man den Anschluss verliert, es mit dem Bauen nicht klappt, dass die Mietpreise stark ansteigen, dass sie sich verschulden. Daher sorgt sie, so weit es geht, vor.

»Für meine Tochter habe ich auch Geld angelegt, einmal für den Führerschein und einen Bausparvertrag. Meine Eltern haben das für mich nicht gemacht. Ich finde es wichtig, dass sie dann auch sofort etwas Eigenes hat.«

Für Politik interessiert sich Sonja kaum und sie gibt zu, dass sie sich auch wenig auskennt. Zur Wahl ist sie nicht gegangen. Sie sieht keinen Sinn darin.

»Das müssen Sie meinen Mann fragen, der weiß das.«

»Ich habe nicht gewählt, ich habe mir das nicht gegeben. Viele sagen sich, ich kann sowieso mit meiner Stimme nichts ändern. So denke ich auch.«

Gleichzeitig ist sie mit der derzeitigen politischen Situation aber unzufrieden.

»Nichts läuft, es ist mal Zeit für frischen Wind. Es ist wirklich Stillstand bei uns, mit allem.«

Ihre Eltern und ihr Mann hätten immer eine der Volksparteien gewählt, sagt sie, aber für Sonja sind die Parteien alle gleich. Sie glaubt an keine Veränderung.

»Der Opa immer: Die Arbeiterpartei ..., für uns Arbeiter sind die. Von mir aus, mir hängt es da oben!«

Sonjas Kritik bezieht sich vor allem auf das Steuersystem und die Löhne. Außerdem kritisiert sie, dass zu viele Menschen in Deutschland nicht arbeiten wollten. Menschen, die wieder in Arbeit hineinfliegen wollen, müssten hingegen stärker unterstützt werden.

»Die Reichen müssen durch Steuern mal zur Rechenschaft gezogen werden, für die Arbeiter muss hingegen mehr getan werden und für die Harz-IV-ler, das ›kleine Volk‹. Es gibt aber auch so viele, die einfach nicht arbeiten wollen, da müsste man einfach schärfer durchgreifen.«

Als sie eine Freundin zum Jobcenter begleitet hat, sei sie schockiert über die geringe Unterstützung gewesen, erzählt sie. Statt auf den Staat verlässt sich Sonja lieber auf sich selbst. Wozu ihre Zeit mit dem politischen Gerede verschwenden? Nur selten schaut sie zusammen mit ihrem Mann die Nachrichten oder sie sitzt dabei, wenn er politische Debatten verfolgt.

»Ich habe immer dieses ›Punkt12‹ auf RTL laufen, wenn ich mal wach bin. Aber mein Mann ist da voll dabei, der schaut immer hier und da und sagt dann: ›Schau mal ...‹«

Ihr ist wichtig, dass sie ihrer Tochter etwas bieten kann oder noch etwas zum „Shoppen“ übrig hat, dass Frauen bei gleicher Arbeit dasselbe Gehalt wie die männlichen Kollegen bekommen, dass die Situation in Kitas und der Übergang zur Schule sowie das Schul- und Bildungssystem verbessert werden, mehr Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Zusätzlich fordert sie, dass diejenigen, die unterhaltspflichtig sind, wie der leibliche Vater ihrer Tochter, stärker zur Zahlung verpflichtet werden. Es sind die praktischen Sorgen und Herausforderungen des Alltags, die Sonja interessieren, alles andere ist ihr zu abstrakt.

Einwanderung steht sie kritisch gegenüber. Die Interessen der „eigenen“ Bevölkerung stehen bei ihr im Vordergrund.

»Das deutsche Volk geht ein, wir werden ja gleich als Nazis beschimpft, wenn man das jetzt so offen sagt, aber ich bin einfach dafür, dass diejenigen, die eine gute Ausbildung haben, auch einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben, bevor man die vielen Einwanderer reinholt. Die sollen auch kommen, aber nur Fliesenleger oder Maurer, die wirklich etwas können.«

Da Sonja auch heute Abend wieder Nachtschicht hat, wollen wir sie nicht zu lange stören und fahren zum nächsten Gesprächspartner.

»Heutzutage ist es schwerer geworden, es ist alles nicht mehr so positiv.«

In Dresden sind wir bei Doris. Die 56-Jährige ist im brandenburgischen Eberswalde geboren, hat dort geheiratet und ein Kind bekommen. Als die Ehe geschieden wurde, ist Doris mit ihrem Sohn nach Dresden in eine Wohnung innerhalb eines größeren Wohnblocks umgezogen. Der Sohn lebt mittlerweile mit seiner Freundin in England. Bald werden Doris und ihr heutiger Lebensgefährte wieder umziehen.

»Ich hatte damals selber eine gute, preiswerte Wohnung gefunden. Es ist eigentlich eine sehr schöne Wohnung, aber der Mietpreis ist leider gestiegen. Es sind ja vier Zimmer, wir können uns das nicht mehr leisten, obwohl wir zwei Einkommen haben. Jetzt ziehen wir in eine 2,5-Zimmer-Wohnung. So ist das eben, wenn man älter und ärmer wird.«

Vor uns sitzt eine gepflegte und freundliche Frau, ihr Stil erinnert etwas an die 1980er-Jahre, aber sie legt viel Wert auf ihr Aussehen. Die Wohnung ist ordentlich, obwohl sie sich mitten im Umzug befindet und die schwere Eichenholz-Schrankwand im Wohnzimmer schon halb ausgeräumt ist.

Doris war als Bürokauffrau in einem großen Unternehmen tätig. Nach der Geburt ihres Sohnes und der Scheidung von ihrem ersten Mann hat sie zunächst wieder in einem Büro angefangen zu arbeiten, wurde später aber arbeitslos und wechselte schließlich in die Versicherungsbranche.

»Das hat sich nach der Wende damals so ergeben, da hat man keine Anstellung gefunden.«

Doris war selten zu Hause. Als sie bemerkte, dass ihr Sohn in der Schule schlechter wurde, machte sie eine Umschulung zur Immobilienkauffrau, doch das Unternehmen wurde insolvent. Eine neue Anstellung fand sie im betreuten Wohnen.

»Ich hatte gesehen, dass im betreuten Wohnen immer Leute ein und aus gingen, immer andere Mitarbeiter. Bin da einfach reingegangen und habe gefragt: Brauchen Sie eine Mitarbeiterin? Warum nicht, wenn Sie mit einem PC umgehen können. So habe ich angefangen und fünf Jahre dort gearbeitet.«

Es war eine Einrichtung für Suchtkranke und die Arbeit war emotional sehr belastend. Doris hatte das Gefühl, dass ihre anstrengende Arbeit ihr Ziel verfehlte

und am Ende doch keinen Sinn hatte. Weder für die Menschen noch finanziell gesehen für sie selbst.

»Ich habe dort vieles gesehen, was mich emotional runtergezogen hat. Ich konnte das nicht mehr. Man hat die Leute wieder aufgebaut, eine Wohnung besorgt, Arbeit organisiert und dann fangen sie wieder an. Alles verspielt, Geld weg oder nehmen wieder eine Spritze. Man investiert so viel Kraft, aber es ist alles umsonst.«

Anschließend fand Doris wieder eine Stelle in der Immobilienwirtschaft und ist seitdem in einem Unternehmen beschäftigt, in dem sie wegen der netten Kollegen gerne arbeitet. „Wie schauen Sie auf Ihr Leben?“, fragen wir Doris. „Man hätte schon einiges anders machen können“, antwortet sie nachdenklich.

»Ich ärgere mich immer so, dass ich auf meinen Vater nicht gehört habe. Studiere Medizin, werde Zahnärztin. Hätte ich das mal gemacht. Dann hätte ich heute mehr Geld und könnte in der Wohnung bleiben. Geld ist so ein Thema ...“

Auch die Zukunft macht Doris Sorgen. Sie fürchtet sich vor Altersarmut oder Krankheit.

»Mein Mann ist etwas älter, wir leben schon zehn Jahre zusammen. Er geht jetzt in Rente. Wenn ich sehe, was er nach 45 Jahren an Rente bekommt ... Ich weiß auch schon, was ich bekomme ... Man muss Abstriche machen. Kann man sich den Garten noch leisten, das Auto noch leisten?“

»Wenn man im Alter Medikamente braucht, dann geht das ganz schön ins Geld. Das sehe ich bei meiner Mutter. Die braucht 100 Euro im Monat alleine für Medikamente.“

Wirklich stolz ist Doris auf ihren kleinen Garten, den sie mit ihrem Mann in einer Kolonie besitzt. Dort findet sie Ruhe vor der Hektik des Alltags. Ansonsten macht sie Nordic Walking, „schmeißt“ in ihrer Freizeit den Haushalt, trifft sich mit Freunden oder Kollegen oder unternimmt mit ihrem Mann Ausflüge in die Umgebung. Insgesamt betrachtet, lebt Doris gerne in Deutschland.

»Es ist ein schönes Land von den Sehenswürdigkeiten her, die Küste, die Berge.«

Im Gegensatz zu ihrem Sohn würde Doris nicht gerne auswandern. In Deutschland kennt man die Sprache, hat sein soziales Umfeld, seine Kontakte. Aber welchen Eindruck hat sie von der deutschen Politik? Doris schüttelt den Kopf.

»Alles verlogene Hunde! Es gibt keinen, der sich noch wirklich um den Willen des Volkes kümmert.«

Aus diesem Grund sei das Interesse an Politik bei ihr sehr gering ausgeprägt, sagt sie. Informationen über das Tagesgeschehen erhält sie vor allem über das Fernsehen am Abend, aber politische Debatten oder weiterführende Informationen verfolgt und sucht sie nicht.

»Das ist doch langweilig, es kommt immer dasselbe dabei heraus.«

»Politiker reden alle nur Einheits-Blabla.«

Die Art der Kommunikation ist ihr oft zu abstrakt und unverständlich.

»Es wird unheimlich viel geredet. Dann sitze ich da, höre zu und das geht an mir vorbei, weil ich einfach nur ein Reden und Reden höre, und dann denke ich: Wo ist jetzt eigentlich noch mal der rote Faden gewesen? Es müsste kompakter sein, dass man sagt, es geht um das und das Thema.«

Worum geht es meistens? Doris hat den Eindruck, dass es politisch vor allem darum geht, dass Deutschland als Land in der Welt gut aufgestellt sein möchte. In diesem Zusammenhang betrachtet sie die EU und die Rolle Deutschlands kritisch.

»ch weiß nicht, ob man jetzt als Deutschland immer gut dastehen will. So kommt mir das vor. Dass man immer alles gut macht, wir sind ja doch noch das reiche, gute Land, wollen uns mit allen gutstellen, allen was Gutes tun.«

Problematisch findet sie, dass die Probleme innerhalb des Landes, die „eigene Bevölkerung“ dabei vergessen würden. Entsprechend sieht Doris Einwanderung sowie die Aufnahme von Flüchtlingen weniger als Chance. Sie fürchtet, dass ihre Interessen darunter leiden.

»Da wird wieder zu viel dem Ausland geholfen, mehr als den eigenen, deutschen Menschen und gerade den Alten, die sich auch oftmals schämen zuzugeben, dass sie wenig Geld haben.«

»Wir damals im Osten wollten auch raus. Ich habe so schlechte Erfahrungen mit der Staatssicherheit gemacht, da wäre ich auch geflüchtet, wenn ich gekonnt hätte. Das sind arme Leute, ich kann sie verstehen, aber ich verstehe auch die Leute, die sagen, die nehmen mir die Wohnung weg.«

Nach ihren Erwartungen an die Politik gefragt, erklärt Doris, dass sie vom Staat viel mehr Einsatz fordert, dass jeder, der arbeiten möchte, einen Arbeitsplatz erhält, die Gelder besser verteilt werden, dass jemand, der viel geleistet hat, auch mehr bekommt. Das nennt sie soziale Gerechtigkeit.

»Bei den Reichen würde ich viel mehr Steuern kassieren.«

»Wenn ein 60-jähriger Mann 40 Jahre lang hier in Deutschland gearbeitet hat, dann unverschuldet arbeitslos wird, soll er anders unterstützt werden als jemand, der noch nicht so lange in unsere Rentenkassen eingezahlt hat.«

Dem technischen und digitalen Fortschritt steht Doris nicht nur positiv gegenüber. Sie befürchtet, dass dadurch Arbeitsplätze gefährdet werden.

»In der heutigen, modernen Zeit wird natürlich viel durch Maschinen ersetzt, sodass der Mensch oft nicht mehr gebraucht wird. Dadurch werden viele ersetzt und Jobs fallen weg.«

„Funktioniert die Demokratie in Deutschland gut?“, fragen wir Doris. Sie überlegt kurz, dann sagt sie, dass ihrer Ansicht nach insgesamt zu viele verschiedene Instanzen, Parteien und zu viel Bürokratie bestehen. Andauernde Parteikonflikte und Streitereien findet sie nervig. Doris wünscht sich Politiker, die mehr durchgreifen und dennoch „mit ruhiger Hand“ regieren.

»Ich würde mir Politiker wie Adenauer oder Helmut Kohl wünschen, die Respektpersonen sind.«

»Ein typisches Beispiel, die Grünen, die sind immer bei allem gegen die CDU und SPD und wollen alles nur auf Öko und naturverbunden machen.«

Sie seufzt und dabei schließt sie die nächste Umzugskiste, die mit den Landschafts- und Gartenbüchern.



Prototyp der leistungsorientierten Liberalen: Timo aus Essen

»Generell bin ich der Meinung, dass der Staat sehr liberal sein sollte.«

In Essen haben wir mit Timo gesprochen. Er ist erst 26 Jahre alt, hat aber schon vieles erreicht, was er sich vorgenommen hat. Leistung ist ihm sehr wichtig, er hat hohe Ansprüche an sich selbst und mag Herausforderungen.

»Es ist nicht gut, wenn man stagniert, auch vom Wissen her, wenn man nichts mehr dazulernt, das stört mich.«

Seine Wohnung befindet sich in einem Mehrfamilienhaus in einem recht vornehmen Stadtbezirk, ist freundlich und modern eingerichtet. Timo ist Einzelkind, seine Eltern leben in Meerbusch. Nach dem Abitur hat er in der früheren Firma seiner Mutter eine Ausbildung zum Industriekaufmann abgeschlossen, wohnte in Siegen und lernte verschiedene Standorte in Deutschland kennen, seine Auslandsstation war Wien. Nach der Ausbildung zog er kurzzeitig wieder zu seinen Eltern und danach in seine derzeitige Wohnung.

»Wenn man einmal ausgezogen ist, das Gefühl der Freiheit kennt, möchte man nicht mehr zu Hause wohnen.«

Nach seiner Ausbildung war Timo hauptsächlich im Vertrieb beschäftigt und viel im Außendienst unterwegs. Während dieser Zeit hat er gemerkt, dass ihn das Technische noch mehr als das Wirtschaftliche interessiert, und er fasste den Entschluss, ein berufsbegleitendes Studium des Produktdesigns, basierend auf Maschinenbau, zu beginnen. Von seinem Arbeitgeber wird er dabei unterstützt.

»Ich arbeite von Montag bis Mittwoch, da habe ich viel Vertriebscontrolling, kriege die Aufträge rein, muss Reportings fahren, dann Excel-Tabellen zusammenstellen, stehe meist um 8 Uhr auf und fange um 9 Uhr an, mache das bis 16 Uhr, dann gucke ich, dass ich den Uni-Kram erledige. Donnerstag und Freitag bin ich in der Uni, hole mir Vorlesungen online, dass ich das auch Montag bis Mittwoch mache.«

Beruflich hat er sich damals zunächst an seinen Eltern orientiert, die als Industriekaufmann und Bauingenieurin tätig sind. Mit der Entscheidung ist Timo sehr glücklich und er blickt positiv in die Zukunft.

»Ich bin sehr optimistisch, weil ich denke, dass ich eine solide Grundbasis geschaffen habe und kein Problem haben werde, beruflich etwas zu finden.«

»Man will seinen Status auch nicht ändern, da bin ich auch ehrlich, man möchte schon behalten, was man sich so geschaffen hat.«

Timo ist sehr zufrieden mit seinem Leben. Seine Freizeit verbringt er mit seiner Freundin, seinen Freunden und viel Sport, insbesondere der Kampf- und Segelsport faszinieren ihn, und er liebt das Reisen.

»Segelschiffe haben mich schon immer fasziniert. Ich würde gerne einmal einen richtig schönen Segeltörn machen oder in die Südsee fahren, Hawaii würde ich gerne sehen.«

Nach seinem Bachelorstudium strebt Timo auch noch einen Masterabschluss an.

»Der Bachelor ist dazu da, zu zeigen, ich kann es. Der Master ist dafür da, sich abzugrenzen von den anderen und zu sagen, ich kann mehr. Man braucht mehr, um sich auf dem Arbeitsmarkt mehr verkaufen zu können.«

Timo denkt, dass der Konkurrenzdruck in der Gesellschaft zugenommen hat und insgesamt viel mehr Flexibilität und Weiterentwicklung gefordert werden.

»Bei Kollegen sehe ich das häufig. Die haben die Ausbildung in der Firma gemacht, sind bei der Firma geblieben. Das ist heutzutage nicht mehr der Fall, da bleibt man höchstens fünf Jahre bei einer Firma; um aufzusteigen, wechselt man dann die Firma.«

Diese Entwicklung betrachtet Timo positiv, da daraus auch neue Chancen erwachsen.

»Wenn man in einer Firma bleibt, gilt man später oft immer noch als Azubi. Eventuell hat man in der Vergangenheit Fehler gemacht, dann betrachten die Leute einen mit Vorurteilen, man steckt in einer Schublade. Durch den Wechsel hat man neue Möglichkeiten, man bringt auch frischen Wind in den neuen Betrieb.«

Sich selbst beschreibt Timo als sehr offen und neugierig, was Menschen, aber auch neue Technologien angeht. Technologischen Fortschritt und Digitalisierung empfindet er als Vereinfachung und Bereicherung des Lebens.

Mit dem demokratischen System in Deutschland ist Timo sehr zufrieden. Er schätzt die Demokratie, in der er lebt, und ist insgesamt zufrieden mit der Politik.

»Als ich in China herumgereist bin, habe ich den Unterschied gemerkt. Das ist ein kommunistisches Land, hier weiß man die Freiheit zu schätzen. Es besteht freie politische Meinungsäußerung, jeder kann seinen Beruf auswählen, man hat Entwicklungsmöglichkeiten.«

Auch das Mehrparteiensystem in Deutschland findet er gut, aber er sieht die damit verbundene Gefahr des Aufkommens rechtspopulistischer Parteien und Strömungen.

»Man hat eine recht große Auswahl, das sieht man auf dem Wahlzettel. Was ich mit Unmut betrachte, sind die rechtspopulistischen Parteien, die immer mehr an Kraft gewinnen. Auch Freunde von mir, von denen ich das nicht gedacht hätte, oder Politiklehrer gehen in diese Richtung, unterstützen diese Parteien. Das finde ich gefährlich.«

Neben seiner eigenen Situation bewertet Timo auch die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands sehr positiv. Er ist für die EU und ist stolz auf die Rolle Deutschlands in Europa.

»Deutschland ist wirtschaftlich sehr gut aufgestellt. Die deutsche Politik wird in Europa bewundert.«

Er bevorzugt einen liberalen Staat, der sich aus der Wirtschaft weitestgehend heraushält. Einschränkungen durch staatliche Gesetze sind seiner Ansicht nach häufig mit Risiken für die freie Wirtschaft verbunden, indem sie gebremst werde.

»Dass die Firmen machen dürfen, was sie wollen, das wäre zu extrem, aber dass sie machen können, was die Wirtschaft ankurbelt.«

»Gesetzlicher Mindestlohn ist gut und schön, dass dann die Kellner auch die 8,50 Euro bekommen müssen, aber dann wird der Kaffee auch 30 Cent teurer und dann geht keiner mehr hin.«

Beim Thema Rente setzt Timo auf Eigenvorsorge. Er fände es gut, wenn man die Möglichkeit bekäme, später in Rente zu gehen. Timo weiß, dass er selber vorsorgen muss, da die Situation aufgrund des demografischen Wandels immer schwieriger wird, auch für den Staat.

»Jeder sollte da so realistisch sein und sehen, wie sich das entwickelt, und sich selber darum kümmern.«

Negativ an der deutschen Gesellschaft empfindet er eine Mentalität des Pessimismus und „des Biedermeierlichen“. Auch fehlende Motivation zur Arbeit und Ausnutzung des Sozialstaats beklagt Timo.

»Auf der Couch findet man keinen Job.«

Außerdem stört er sich häufig am Verhalten der Deutschen im Ausland. Der Staat sollte sich nach seiner Ansicht aber auch mehr um die Integration im eigenen Land bemühen und Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise mehr durch Förderung in Vereinen in die Gesellschaft einbinden. Hier hat die Politik für ihn zu lange geschlafen.

»In meinem Sportverein sind wir alle ganz gemischt, da kann man sich auch engagieren.«

Insgesamt nimmt Timo Einwanderung als deutliche Chance für die demografische Entwicklung der Bevölkerung wahr, aber er findet es schlimm, wenn Parallelgesellschaften entstehen.

Timo ist an Politik sehr interessiert und er setzt sich damit auch näher auseinander. Vor der Wahl nutzt er online den Wahlmatten. Als Informationsquellen dienen ihm vor allem Zeitung und Internet, aber auch soziale Netzwerke, in denen er selber auch Inhalte teilt.

»Ich lese regelmäßig die ‚Süddeutsche‘. Die ist am seriösesten. Sonst bin ich noch auf der Seite der ‚Rheinischen Post‘ unterwegs, meistens läuft alles über das Internet.«

Wie sieht Timo die künftige Politik? Braucht es eine neue Vision oder eine ruhige und beständige Politik? Wie wäre es mit einer Politik unter dem Motto des ersten Wahlkampfes von US-Präsident Obama „Yes we can“? Er überlegt kurz und dann sagt er:

»Obama und ›Yes we can‹ passen nicht zu Deutschland. Es wäre nicht glaubwürdig, wenn eine Partei auf einmal so auftreten würde. Es ist wichtig, die Wege zu sehen, wie Versprechen gehalten werden sollen, nicht, dass das Versprechen einfach so dasteht. Es passt nicht zu dem Deutschland, wie ich es mir vorstelle.«



»Ich schätze in Deutschland die Ordnung und dass ich sicher lebe.«

In Heidelberg lebt Patrick. Er ist 38 Jahre alt und arbeitet als Sozialversicherungsfachangestellter bei einer Krankenkasse. Mit seiner Frau und den zwei Söhnen im Alter von fünf und zwei Jahren lebt er am Stadtrand in einer Doppelhaushälfte. Am Hauseingang empfängt uns ein Willkommensschild mit Familienfoto.

Wir betreten das ordentliche Wohnzimmer, das recht herrschaftlich und extravagant gestaltet ist. Einige Deko-Artikel erinnern an den Kolonialstil. Im Schrank stehen Atlanten und Bücher über Waffen und Weltkriege. Auch in die Küche dürfen wir einen schnellen Blick werfen. An der Wand über der Arbeitsfläche klebt ein weitverbreitetes Wandtattoo mit einem bekannten Zitat des Kochs Georges Auguste Escoffier und einem Paar aus den 1950er-Jahren, die Frau am Herd, der Mann, glücklich lächelnd, umarmt sie zufrieden. Mehrfach entschuldigt sich Patrick bei uns dafür, dass seine Frau es leider nicht mehr geschafft habe, die Küche aufzuräumen. Es ist ihm sichtlich unangenehm, so kehren wir ins Wohnzimmer zurück und setzen uns zwischen die goldenen Kissen.

Seine Frau arbeite als Rechtsanwaltsgehilfin, erzählt er. Mit seinem Beruf ist Patrick sehr zufrieden.

»Ich bin handwerklich nicht besonders geschickt, habe etwas Geistiges gelernt. Ich habe Spaß daran, mit Paragrafen zu arbeiten, mit Gesetzestexten, das finde ich interessant, das Tüfteln, Wege zu finden, Menschen zu helfen. Ich liebe es auch, Steuererklärungen auszufüllen.«

Die Familie ist Patrick im Leben am wichtigsten und hat immer Vorrang vor Beruflichem. In der Freizeit kümmert er sich vor allem um den Garten oder geht im Verein angeln oder schwimmen. Sein Leben verläuft in relativ gleichmäßigen Bahnen, er achtet darauf, dass er ausreichend Freizeit hat und Zeit für das Privatleben bleibt. Auch wenn der Druck im Arbeitsleben durchaus zugenommen hat, hat er in der Regel keine übergroßen Herausforderungen zu meistern. Patrick ist mit seinem Leben und seiner Lage zufrieden. „Das Glas ist meistens halb voll“, sagt er und zupft dabei seine Hemdsärmel zurecht.

»Wir haben einen guten Arbeitgeber, der ist sehr fürsorglich, familienorientiert, man kann das Gespräch suchen.«

»Es sind sonst Sachen im Haus, die man verändert, die alltäglichen Dinge, da hat man immer Projekte, aber größere Dinge sind es nicht.«

Patrick ist auf vieles in seinem Leben stolz. Glücklich machen ihn die kleinen Dinge des Lebens, beispielsweise im Garten zu grillen. Traditionelle Werte sind für ihn sehr wichtig.

»Ich bin stolz auf das Haus, dass es uns finanziell gut geht, ich unabhängig bin, zwei gesunde, intelligente Kinder habe, dass ich nach Werten lebe, wie Höflichkeit, Bescheidenheit, die ich den Kindern auch vermittele, dass wir zusammen essen und nicht in den Tag hineinleben.«

Seine Werte prägen auch seine Erwartungen an die Gesellschaft und seine Sicht auf sie.

»Mir ist wichtig, dass man offen, ehrlich und verbindlich ist, dass ich mich auf etwas verlassen kann. Unpünktlichkeit finde ich auch ganz schlimm. Man ist verabredet, hat etwas vorbereitet, die Leute kommen selbstverständlich zu spät, entschuldigen sich nicht einmal. Das finde ich unhöflich.«

»Ehrlichkeit und Kritikfähigkeit sind wichtig, dass ich konstruktiv Kritik üben kann, viele Menschen sind nicht offen für Kritik, schieben Schuld auf andere. Ich bin ein Mensch und mache Fehler, es tut mir leid. Viele Menschen sind nicht mehr in der Lage, sich zu entschuldigen. Die Gesellschaft hat sich verändert.«

„War die Gesellschaft denn früher anders?“, fragen wir nach. Patrick findet, dass traditionelle Werte verloren gegangen sind, auch wenn er selbst die Vergangenheit nur aus Erzählungen kennt.

»Der Punkt ist überschritten, man hätte früher ansetzen müssen. Helmut Kohl hat den Begriff der geistig-moralischen Wende geprägt, die hat nicht stattgefunden. Den Leuten fehlen Moral und Werte. Immer weniger Eltern vermitteln den Kindern Werte.«

»Meine Großmutter ist 96 Jahre alt geworden, sie hat viel von früher erzählt.«

Wir fragen ihn, woran es seiner Meinung nach liegt, dass es heute anders ist. Die Einwanderung und die Aufnahme von Flüchtlingen sieht Patrick beispielsweise sehr kritisch, so sagt er. Er fürchtet um die Sicherheit und hat Angst vor dem Fremden.

»Ich will nicht rechts klingen, aber das mit den Ausländern, das nimmt überhand und das wird immer schlimmer [...]. Ich habe nichts gegen Ausländer, ich gehe auch gerne zum Griechen essen, ich liebe chinesisches [Essen], wenn die hier arbeiten, dürfen die gerne ..., aber die Kriminalität ... jetzt haben sie gerade wieder welche festgenommen.«

»Ich verstehe nicht, warum die so viele Polizeistellen abbauen, gerade in der jetzigen Situation, mit den Flüchtlingen, die alle hierherkommen.«

Politik, so berichtet Patrick, hat keinen großen Einfluss auf sein Leben. „Über das Netz bekommt man ja schon viel mit ...“, aber zwischen den Volksparteien nimmt er kaum Unterschiede wahr und er sieht nicht, dass Politiker ihre Meinung deutlich äußern oder einen Standpunkt vertreten.

»Es gibt immer mehr Politikverdrossenheit, was an der fehlenden Schärfe der großen Parteien liegt. Es gibt kaum Unterschiede zwischen den Volksparteien. Deswegen fällt es mir schwer, etwas aus Überzeugung zu wählen. Ich möchte etwas wählen, von dem ich sagen kann, die vertreten meine Werte, Ideale und Ziele.«

»Politiker sollen sich trauen, ihre Meinung zu sagen. Wenn die anderen nicht so denken, ist es deren Sache. Das fehlt mir an der Politik. Es ist alles nur abgelesen. Früher war es eine Debatte, heute nicht mehr. Da steht einer, liest etwas ab und das war es. Charisma fehlt. Es fehlen Politiker mit Schärfe und geschärftem Profil. Die, die Schärfe haben, werden abgesägt.«

Politik ist für Patrick vor allem „schwammig“. Er beklagt, dass sie den Unmut der Bevölkerung zu wenig ernst nimmt und sich dazu kaum äußert.

»Wenn ich da jetzt so an die Demonstration in Dresden denke, irgendwie wird viel verwischt gerade. Es wird zu wenig aufgearbeitet, was da am Brodeln ist.«

Aus diesem Grund, so erklärt Patrick, weiß er auch nicht, was er beim nächsten Mal wählen soll. Er habe immer konservativ gewählt, so sagt er, aber diesmal könne es sein, dass er nicht zur Wahl gehe. Nach der Partei gefragt, die ihn derzeit am ehesten vertreten würde, antwortet er nach kurzer Pause:

»Ich finde die Frau Merkel ja nicht so schlecht, aber es gibt Probleme, die mehr angegangen werden müssen.«

Wie würde ein besseres System aussehen? Er glaubt, wirtschaftlich müsse sich Deutschland keine Sorgen machen. Ihm gehe es nicht schlechter als vor einigen Jahren. Aber er ist der Meinung, dass Deutschland sich zu viel gefallen lasse, keinen Standpunkt verteidige und zu wenig Selbstbewusstsein zeige.

»Wir sind zu wenig selbstbewusst. Unsere Armee soll mit Waffen kämpfen, die nicht funktionieren, das macht mir Angst. Wir sollten auch mehr Druck auf das Ausland ausüben, was Atomkraftwerke angeht, es geht nicht, dass Länder um uns herum neue Atomkraftwerke bauen. Die Gefahr macht nicht halt vor unserem Land.«

»Wir sagen, wir zahlen, sind wirtschaftlich führend, halten den Laden zusammen, da kann man auch mehr Druck ausüben. Auch der Eiertanz mit Griechenland – raus! Das verstehe ich nicht, aber es traut sich keiner zu sagen.«

Politik müsse vor allem Familien und den Mittelstand fördern, so sagt er.

»Die Politik muss die Familie ganz stark fördern, die kleinste Zelle in der Gesellschaft. Das findet immer weniger statt und muss sich ändern.«

Das Schulsystem und die Bildungspolitik kritisiert Patrick stark. Sein Neffe geht bereits in die Schule.

»Das Schulsystem geht gar nicht, der Gesamtschul-Scheiß! [...] Da sind Haupt- und Realschüler zusammen, das kann gar nicht funktionieren. Es sind Leute mit großen sozialen Unterschieden. Das dreigliedrige Schulsystem hat sich bewährt, das muss man schärfen. Jetzt findet eine Gleichmacherei statt, das Niveau in den Klassen geht zurück, keiner kann mehr schreiben. Es kann ruhig strenger sein, früher war der Lehrer eine Institution, heute tun mir die Lehrer leid.«

Wie sähe eine neue Art der Politik nach Patricks Vorstellungen aus? Es wäre eine „wehrhafte Demokratie, die auch mal Zähne zeigt“.



Prototyp der desillusionierten Abgehängten: Frank aus Berlin

»Ich habe das immer so gelernt: Nimm das, was du kriegst, und guck, was du daraus machen kannst.«

Der große Mann, der uns gegenüber sitzt, schüttelt verständnislos den Kopf und grummelt:

»Die Politik sagt immer etwas anderes als die Bevölkerung. Dann frage ich mich: Was sind das für Meinungsforschungsinstitute, die so was wiedergeben? Mit wem reden die eigentlich?«

Anschließend fällt er wieder in sich zusammen und erscheint etwas deprimiert. In diesem Fall reden wir mit Frank, 58 Jahre alt, geboren in Ostberlin, begeistert von Modelleisenbahnen, verheiratet, Vater eines Sohnes im Alter von zehn Jahren, starker Raucher, bereits zwei Schlaganfälle hat er hinter sich. Wir sitzen mit ihm im Wohnzimmer der kleinen Berliner Dreizimmerwohnung, in dem die alte Pendeluhr bedrohlich laut tickt, über der Couch hängt ein Schild mit dem Spruch „Home sweet Home“. Danach scheint Frank inzwischen zu leben. Er hat sich in das Private zurückgezogen und findet sein Glück in Modelleisenbahnen und Familienleben. Die Welt draußen wird ihm immer ferner.

Frank erzählt von seinem Berufsleben. Nach dem Besuch der technischen Oberschule ging er zu den Verkehrsbetrieben und war dort jahrelang im Fahrdienst tätig. Er war Facharbeiter, Betriebshofeinsatzleiter und Kraftverkehrsmeister, wechselte später in den Fernverkehr. Vor fünf Jahren erkrankte er und kann seitdem nicht mehr arbeiten. Er bezieht eine Erwerbsunfähigkeitsrente, um die es zunächst einen Rechtsstreit mit der Rentenversicherung gab. Trotz der frühen Rente sei sein Alltag derzeit aber nicht langweilig, erzählt er.

»Mit einem zehnjährigen Sohn sind wir noch viel auf Trab. Früh Schule, dann haben wir einen Kleingarten, dort arbeite ich im Vorstand mit. Im Winter beschäftige ich mich mit meinem Hobby Modelleisenbahnen, was ich schon seit dem sechsten Lebensjahr mache. Und dann macht man, was sonst noch so in der Wohnung anfällt.«

Seine Frau brachte drei Kinder aus früherer Ehe mit in die Beziehung, die alle schon erwachsen sind. Sie hat in der Landwirtschaft gearbeitet, verschiedene Umschulungen absolviert, durchlief einige befristete Arbeitsverhältnisse und war zuletzt im Supermarkt als stellvertretende Filialeiterin beschäftigt, bis auch sie erkrankte.

»Seit vorigem Jahr ist sie krank, weil die Arbeitsbedingungen dort ... Ich äußere mich besser nicht dazu.«

»Wenn man den Ärzten Glauben schenken darf und bei der Reha gar nichts rauskommt, könnte das bei ihr auch auf Verrentung hinauslaufen.«

All diese Entwicklungen machen Frank große Sorgen. Wirtschaftlich ginge es für die Familie dann noch weiter bergab, so befürchtet er.

»Man muss sehen, wie man klarkommt. Es ist natürlich jedes Mal eine gravierende Geldeinbuße. Besser wird es auf jeden Fall nicht. [...] Die richtige Rente wird dann sogar noch 10 % geringer sein.«

Als Frank noch als Fernfahrer unterwegs war, hatte er sehr viel Stress und Druck zu bewältigen, musste lange Strecken in kurzer Zeit zurücklegen. Er gibt dem Stress eine Mitschuld an seinen Schlaganfällen.

»Man ist als Fahrer von den Lieferanten wie der letzte Dreck behandelt worden. Dieses ganze Gefüge, dieses Bestellsystem. Ich habe immer gesagt, der Müller verkauft die Milch, da ist sie noch bei der Kuh im Euter. Wenn man dann an den Druck denkt, morgen früh 3 Uhr Termin in Bremen, ich stand aber abends um 22 Uhr noch da und da ...«

Von Deutschland ist Frank mittlerweile enttäuscht. Er hat sich jahrelang abgearbeitet, aber seine Situation hat sich kontinuierlich verschlechtert. Seitdem fühlt er sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Er ist unzufrieden, auch die allgemeine wirtschaftliche Situation betrachtet er kritisch.

»Die Wirtschaft wandert ab. Die Konzernleitungen bleiben, aber die Produktionen setzen wir alle ins Ausland, in Billiglohnländer. [...] Das sind auch Arbeitsplätze.«

„Ist die Wirtschaft das Hauptproblem?“, fragen wir Frank. Er hustet stark und verneint. Staat und Politik kümmern sich seiner Ansicht nach zu wenig um die eigene Bevölkerung und zu viel um das Ansehen Deutschlands im Ausland. Das enttäuscht ihn.

„Da hat man manchmal das Gefühl, dass wir das Sozialamt der Welt sind [...]. Deutschland will immer gut dastehen nach dem Motto, wir müssen ja noch etwas gutmachen.“

»Ich habe den Eindruck, Nationalstolz gibt es bei den Deutschen gar nicht mehr. Wenn man so sieht, was das Dritte Reich war, das akzeptiere ich nicht [...], aber man kann nicht die heutige Generation bestrafen für das, was die gemacht haben.«

Durch die Zusammenarbeit der Länder in der EU und die Unterstützung Griechenlands sieht Frank nur negative Auswirkungen auf Deutschland zukommen.

»Wenn wir nicht aufpassen, wird die EU Deutschland auch irgendwann zerreißen.«

»Griechenland hat sich das selbst zuzuschreiben. Wenn man mit 40 in Rente geht und jeder Schwager da Beamter werden kann, dann ist es halt so.«

Auch Einwanderung befürwortet Frank weniger. Er assoziiert damit hauptsächlich Negatives und fürchtet sich vor Fremdem.

»Die Vietnamesen bemerkt man nicht, die arbeiten und sind freundlich. [...] Aber wenn ich in diese Balkanländer gehe, dieses östliche Mittelmeer, da kann man Angst kriegen.«

„Sie sind in der DDR aufgewachsen“, haken wir nach. „Wie sehen Sie dieses System im Rückblick und im Vergleich zur heutigen Bundesrepublik?“

»Die Idee des Sozialismus war gut, wurde nur falsch umgesetzt.«

Das heutige Sozialsystem empfindet Frank nicht mehr als ausreichend sozial, wemgleich er froh ist, dass es ein Gesundheits- und Sozialsystem gibt.

»Wird ja immer weniger, was die Krankenkassen übernehmen, ist aber europaweit trotzdem noch ganz gut. Es gibt wenige Länder, die ein besseres Gesundheitssystem haben.«

Auch am Bildungssystem übt Frank einige Kritik. Bei seinem Sohn erlebt er vor allem Unterrichtsausfall und einen Mangel an Lehrkräften. Wenn er an die Zukunft seines Sohnes denkt, hat er den Eindruck, dass nicht alle die gleichen Voraussetzungen und Chancen haben. Seiner Meinung nach wird der Lebens- und Karriereweg zu früh festgelegt.

»Warum muss man ein Kind aufs Gymnasium zwingen? Eine Entscheidung des Kindes ist es mit zehn Jahren jedenfalls nicht.«

»Sicher brauchen wir studierte Leute, aber wir brauchen genauso viele, die die Arbeit machen. Was nützt es, wenn ich so und so viele Studierende habe, für die keine Arbeit da ist?«

Als ungerecht bewertet Frank insbesondere auch Niedriglöhne und „Billigjobs“. Viele müssten arbeiten gehen und dennoch aufstocken, während Unternehmen kaum Steuern zahlten.

»Für den Billigjob braucht das Unternehmen deutlich weniger Steuern zu zahlen. Wieso lässt sich der Staat das gefallen? Es nützt doch nichts, wenn Sie 8,50 Euro die Stunde bekommen, aber nur 20 Stunden pro Woche beschäftigt sind. Das langt doch nicht.«

Politiker sind laut Frank von der Realität weit entfernt. Sie wüssten nicht um all diese Probleme. Die Parteien sind für ihn austauschbar. Sinnvoll erscheint Frank noch am ehesten, dass es eine Opposition gibt.

»Eine Partei wie die Linken braucht man, um den anderen Kontra zu geben.«

Während seines Rechtsstreits mit der Rentenversicherung hat sich Frank selber über das Internet in Paragrafen und Thematik eingelese, sodass er keinen Anwalt benötigte, wie er stolz berichtet. Er setzt sich durchaus mit Themen und Inhalten auseinander, die für ihn persönlich relevant sind. Deutlich gewinnen wir den Eindruck, dass Frank mit der Politik aber abgeschlossen hat. Diese ist für ihn einfach unglaubwürdig und der Sinn von Wahlen verloren gegangen. An seinen persönlichen Lebensumständen ändere sie nichts.

»Man ist ja nun schon gewohnt, dass von den Wahlversprechen nur noch 50 % umgesetzt werden. [...] Dieses bewusste Schwindeln, das ist das, was mir aufstößt, und da nehme ich keine Partei aus.«

Die Glaubwürdigkeit von Medien und Politikern schätzt er überaus gering ein. Seine Resignation zeigt sich folglich an seinem Mediennutzungsverhalten.

»Politiker nehme ich wahr als lebende Sprechblasen. Ich höre da gar nicht mehr zu. Wenn Nachrichten kommen und es kommt eine Rede der Bundeskanzlerin – ich schalte schon weg, denn ich mag diese Sprechblasen nicht mehr hören.«

In diesem Moment kommt Franks Sohn aus der Schule nach Hause. Frank muss noch kochen und so lassen wir die beiden für heute allein.

- Assheuer, T. (2015): Unsere Willkommenskultur. Die Zeit, Nr. 44/2015. Abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2015/44/fluechtlinge-willkommenskultur-rechte-konservative> (29. Oktober 2015).
- Bandura, A. (1977): Self-Efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change. In: *Psychological Review*, 84 (2), S. 191–215.
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, U. (1997): *Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik*. Wien: Picus.
- Beck, U. (1999): *Schöne neue Arbeitswelt*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Beck, U. (2007): *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. (1993): *La misère du monde*. Paris: Éditions du Seuil. (Deutsche Übersetzung: 1998. *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (Hrsg.) (2015): *Deutschland 2014. Sind wir ein Volk? 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – öffentliche Vorstellung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts*. Studie des Zentrums für Sozialforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg unter der Leitung von Prof. Dr. Everhard Holtmann. Abrufbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/deutschland-2014-25-jahre-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit-endbericht,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (18. Februar 2016).
- Daase, C.; Engert, S.; Junk, J. (2013): *Verunsicherte Gesellschaft – Überforderter Staat. Zum Wandel der Sicherheitskultur*. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Dahrendorf, R. (1992): *Der moderne soziale Konflikt*. München: Piper.
- Demuth, C. (2016): *Politische Bildung nach Pegida. Projekt gegen Rechtsextremismus. Expertisen für Demokratie; 2016, 1*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

- Embacher, S. (2015): Die arbeitende Mitte in Ost- und Westdeutschland 25 Jahre nach dem Mauerfall. Empirische Sozialforschung 3. Ergebnisse einer qualitativen Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Faas, S.; Zipperle, M. (2014): Sozialer Wandel. Herausforderungen für Kulturelle Bildung und Soziale Arbeit. Wiesbaden: Springer VS.
- Faus, J.; Faus, R.; Gloger, A. (2015): Politische Kultur in Süd- und Ostdeutschland. Empirische Sozialforschung 4. Ergebnisse einer qualitativ-quantitativen Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Giddens, A. (1996): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. (Originaltitel: 1990. *The Consequences of Modernity*. Stanford: Stanford University Press.)
- Inglehart, R. (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Kaiser, S. (2015): Umfrage zur Zukunft: Die Mehrheit der Deutschen hat Angst – aber wovor? Spiegel Online. Abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/umfrage-die-mehrheit-der-deutschen-hat-angst-a-1068043.html> (16. Dezember 2015).
- Klages, H. (2001): Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 29*, S. 7–14.
- Lévi-Strauss, C. (1962): *La pensée sauvage*. Paris: Plon. (Deutsche Übersetzung: 1968. *Das wilde Denken*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.)
- Melzer, R.; Serafin, S. (2013): *Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit*. Projekt „Gegen Rechtsextremismus“. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Miegel, M. (2014): *Die überforderte Gesellschaft*. Berlin: Ullstein.
- Müller, H.-P. (2012): Werte, Milieus und Lebensstile. Zum Kulturwandel unserer Gesellschaft. In: S. Hradil (Hrsg.). *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*. Frankfurt a. M./New York: Campus, S. 189–212.
- Neugebauer, G. (2007). *Politische Milieus in Deutschland*. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: J. H. W. Dietz.
- Nüchter, O.; Bieräugel, R.; Schipperges, F.; Glatzer, W.; Schmid, A. (2009): *Einstellungen zum Sozialstaat III. Sechs Fragen zur Akzeptanz der sozialen Sicherung in der Bevölkerung*. Frankfurter Reihe „Sozialpolitik und Sozialstruktur“, Band 4. Opladen und Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Sennett, R. (2006): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berliner Taschenbuch-Verlag. (Originaltitel: 1989. *The Corrosion of Character. The Personal Consequences of Work in the New Capitalism*. New York/London: W. W. Norton & Company).

- Schild, J. (2000): Politische Konfliktlinien, individualistische Werte und politischer Prozess. Ein deutsch-französischer Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Schimank, U. (2013). Sozialer Wandel. Wohin geht die Entwicklung? In: S. Hradil (Hrsg.). Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Frankfurt a. M./New York: Campus, S. 17–40.
- Spannagel, D. (2015): WSI-Verteilungsbericht 2015. WSI-Report Nr. 26, November 2015. Abrufbar unter: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_26_2015.pdf. (18. Dezember 2015).
- Ströing, M. (2014): Reichtum und gesellschaftliches Engagement in Deutschland. Empirische Analyse der Determinanten philanthropischen Handelns reicher Personen. Wiesbaden: Springer VS.
- Welzel, C. (2009): Werte- und Wertewandelforschung. In: Viktoria Kaina & Andrea Römmele (Hrsg.). Politische Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag, S. 109–140.
- Weymann, A. (1998): Sozialer Wandel. Theorien zur Dynamik der modernen Gesellschaft. Weinheim/München: Juventa.
- Zick, A.; Klein, A. (2014): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: J. H. W. Dietz.
- Zick, A.; Küpper, B. (2015): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer und Dietmar Molthagen. Bonn: J. H. W. Dietz.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dreiphasiger Forschungsprozess der Segmentierung	21
Abbildung 2: Übersicht „Lebensqualität, -situation und -zufriedenheit“	24
Abbildung 3: Übersicht „Soziale Gerechtigkeit und gemeinschaftliches Zusammenleben“	28
Abbildung 4: Wahlbeteiligung und mobilisierbares Potenzial	31
Abbildung 5: Übersicht „Politik, Staat und demokratisches System“	33
Abbildung 6: Übersicht „Flüchtlinge und Einwanderung“	34
Abbildung 7: Übersicht „Arbeit und Löhne“	38
Abbildung 8: Übersicht „Steuern und Sozialsystem“	41
Abbildung 9: Übersicht „Wirtschaft und Investitionen“	43
Abbildung 10: Übersicht „Bildung und Familie“	46
Abbildung 11: Verteilung der Segmente in der Bevölkerung	51
Abbildung 12: Verteilung der Segmente in Ost und West	52
Abbildung 13: Verteilung der Segmente nach Altersgruppen	53
Abbildung 14: Verteilung der Segmente nach Geschlecht	53
Abbildung 15: Sicht auf Politik und Staat insgesamt und nach Segmenten	54

Abbildung 16: „Dinge anpacken versus ruhige Hand“ insgesamt und nach Segmenten	57
Abbildung 17: Persönliche Situation insgesamt und nach Segmenten	59
Abbildung 18: „Weltoffenheit versus Tradition“ insgesamt und nach Segmenten	61
Abbildung 19: Einstellungen zur Gesellschaft insgesamt und nach Segmenten	63
Abbildung 20: „Energiewende als Chance versus Bedrohung“ insgesamt und nach Segmenten	65
Abbildung 21: „Sparen versus Investitionen“ insgesamt und nach Segmenten	65
Abbildung 22: Kurzcharakteristika der Segmente	66
Abbildung 23: Politische Zufriedenheit und persönliche Lage nach Segmenten	67
Abbildung 24: Politische Zufriedenheit und Wahlnorm nach Segmenten	67
Abbildung 25: Politische Zufriedenheit und Parteipräferenz	68
Abbildung 26: Politische Zufriedenheit und Weltoffenheit/Tradition	69

Die Autorinnen und der Autor

Jana Faus

ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und geschäftsführende Gesellschafterin der pollytix strategic research gmbh.

Rainer Faus

ist Diplom-Sozialwissenschaftler und geschäftsführender Gesellschafter der pollytix strategic research gmbh.

Alexandra Gloger ist Kommunikationswissenschaftlerin M.A. und Beraterin der pollytix strategic research gmbh.



ISBN: 978-3-95861-549-6

